

medien & *zeit*

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart



**Thema:
Im Brennpunkt: Fach- und
Institutsgeschichte**

**Ein-Professoren-Institute in der
Kommunikationswissenschaft**

**100 Jahre kommunikations-
wissenschaftliche Fachtradition
in Leipzig**

**100 Jahre nach der Eröffnung der
Leipziger Zeitungskunde**

**Von der Manufaktur zum
Massenbetrieb**

**Research Corner:
„Der Schoß ist fruchtbar noch, ...“**

3/2015

medien & zeit

Inhalt

Ein-Professoren-Institute in der Kommunikationswissenschaft
Plädoyer für eine Fachgeschichtsschreibung, die institutionelle und wissenschaftliche Leistungen voneinander trennt
Thomas Wiedemann, Michael Meyen.....5

100 Jahre kommunikationswissenschaftliche Fachtradition in Leipzig:
von der Zeitungskunde als akademischer Spezialität zur Wissenschaft von der Mediengesellschaft
Eine Institutsgeschichte im Spannungsfeld von Ideen, Ideologien und Interessen
Erik Koenen.....15

100 Jahre nach der Eröffnung der Leipziger Zeitungskunde
Über den Beitrag der akademischen Journalistenvorbildung in Deutschland
Hans Bohrmann.....32

Von der Manufaktur zum Massenbetrieb
Institutspolitik für die Studentinnen und Studenten.
Eine Collage zu 20 Jahren Institutsgeschichte
Wolfgang R. Langenbacher.....40

Research Corner

„Der Schoß ist fruchtbar noch,...“
Zur Entwicklung rechtsextremer Ideologien in einschlägigen Zeitschriften von 1952/1953 bis zum Staatsvertrag 1955
Christina Steinkellner.....57

Rezensionen.....66

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“, Währinger Straße 29, 1090 Wien, ZVR-Zahl 963010743
<http://www.medienundzeit.at>

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“

HerausgeberInnen:

Wolfgang Duchkowitsch, Christina Krakovsky, Fritz Hausjell;

Lektorat & Layout:

Julia Himmelsbach, Irina Pöschl;

Diotima Bertel, Christina Krakovsky

Redaktion Buchbesprechungen:

Gaby Falböck, Roland Steiner, Thomas Ballhausen

Redaktion Research Corner:

Fritz Hausjell, Christina Krakovsky

Korrespondenten:

Prof. Dr. Hans Bohrmann (Dortmund),

Univ.-Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin),

Univ.-Prof. Dr. Ed Mc Luskie (Boise, Idaho),

Univ.-Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig),

Prof. Dr. Markus Behmer (Bamberg),

Prof. Dr. Rudolf Stöber (Bamberg)

Prepress:

Grafikbüro Ebner

1140 Wien, Wiengasse 6

Versand:

ÖHTB – Österreichisches Hilfswerk für Taubblinde und

hochgradig Hör- und Sehbehinderte

1100 Wien, Werkstätte Humboldtplatz 7

Erscheinungsweise:

medien & zeit erscheint vierteljährlich

in gedruckter und digitaler Form

Bezugsbedingungen:

Einzelheft (exkl. Versand): 6,50 Euro

Doppelheft (exkl. Versand): 13,00 Euro

Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): 22,00 Euro

Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): 30,00 Euro

StudentInnenjahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): 16,00 Euro

Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): 24,00 Euro

Info und Bestellung unter abo@medienundzeit.at

Bestellung an:

medien & zeit, Währinger Straße 29, 1090 Wien
oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

ISSN 0259-7446

Vorstand des AHK:

Dr. Gaby Falböck (Obfrau)

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Obfrau-Stv.)

a.o. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell (Obfrau-Stv.)

Mag. Christian Schwarzenegger (Obfrau-Stv.)

Mag. Christina Krakovsky (Geschäftsführerin)

Barbara Fischer, Bakk. (Geschäftsführerin-Stv.)

Dr. Norbert P. Feldinger (Kassier)

Mag. Bernd Semrad (Kassier-Stv.)

Mag. Diotima Bertel (Schriftführerin)

Irina Pöschl, Bakk. (Schriftführerin-Stv.)

Mag. Roland Steiner

Ing. MMag. Dr. Johann Gottfried Heinrich, BA

Dr. Erich Vogl

Editorial

Personelle Leitung, universitäre Einbettung, politisches Verständnis und nicht zuletzt die „Tradition“, schlicht die Geschichte, von wissenschaftlichen Instituten formen Ausrichtung und Zukunft eines Faches erheblich mit. Die eindringliche Auseinandersetzung mit Fachgeschichte, ob im Sinne einer Aufarbeitung politischer Instrumentalisierung, Aufdeckung bürokratischer Barrieren oder der wissenschaftlichen Ausrichtung, ist notwendig, um eine sinnvolle Institutspolitik zu gestalten. Das vorliegende Heft möchte einen Beitrag dazu leisten und richtet die Aufmerksamkeit auf theoretische Verortungen und praktische Herausforderungen im Zuge der Betrachtung von Institutsgeschichte(n) der Kommunikations-, Medien- und Publizistikwissenschaft.

Damit widmet sich *medien & zeit* einer Thematik, die zu unrecht als verstaubt gelten mag und versammelt vier Beiträge zum Schwerpunkt Fach- und Institutsgeschichte, die die Brisanz des Themas anhand der analytischen Betrachtung von „Ein-ProfessorInnen-Instituten“ über das 100-jährige Jubiläum der „Leipziger Zeitungskunde“ bis hin zum „Modestudium Publizistik“ darlegen.

Gemeinsam mit einer Sonderausgabe anlässlich der Ausstellung „Von der Propagandaschmiede zur Kommunikationswissenschaft“, die vom 24. September 2015 bis zum 25. Februar 2016 am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien (IPKW) gezeigt wird, zeigt *medien & zeit* die für das Fach tragende Rolle in der Auseinandersetzung und im praktischen wie im theoretischen Einfluß von Institutsgeschichte auf.

Der erste Beitrag mit dem Titel „Ein-Professoren-Institute in der Kommunikationswissenschaft“ stammt von Thomas Wiedemann und Michael Meyen. Beide Autoren haben sich schon bisher um die Pflege der Fachgeschichte verdient gemacht: Wiedemann mit seiner Studie über Walter Hagemann und seiner Arbeit im „Biografischen Lexikon der Kommunikationswissenschaft“, Meyen z.B. gemeinsam mit Maria Löblich mit dem von ihnen herausgegebenen Band „80 Jahre Zeitungs- und Kommunikationswissenschaft in München“, 2004. Darin stellten sie drei Fragen: Warum Institutsgeschichte, warum Bausteine, warum gerade diese? Ihre Antworten darauf trugen wesentlich zur inhaltlichen Orientierung der

Ausstellung „Von der Propagandaschmiede zur Kommunikationswissenschaft“ bei.

Eine seit vielen Jahren am IPKW abgehaltene Lehrveranstaltung, die sowohl die Geschichte des Fachs wie auch des Instituts vermittelt, genießt bei den rund 200 teilnehmenden Studierenden hohe Attraktivität. Eine Erklärung für diesen großen Zuspruch mag darin gefunden werden, dass die Studierenden am IPKW bereits in der Studieneingangsphase für Anliegen der Medien- und Kommunikationsgeschichte sensibilisiert und anschließend die Möglichkeit wahrnehmen können, in Kleingruppen historische Arbeitstechniken zu erlernen und diese in Übungen sowie in Forschungsseminaren umzusetzen. In dieser Atmosphäre breitet sich die Überzeugung aus, dass ohne Wissen von der Entwicklung des Fachs sowie von der Geschichte des Instituts weder in der Lehre noch in der Forschung „bodennahe“ Identität entstehen und bestehen kann.

Ungeachtet dieser studentischen Wertschätzung von erhellenden und potentiell „therapeutisch“ wirksamen Ergebnissen einer Institutsgeschichte (Meyen/Löblich, 2004) ist aus einem größeren Blickwinkel der Feststellung von Wiedemann und Meyen zu folgen, dass die Geschichte der eigenen Disziplin neben den Gegenständen und Methoden sowie Theorien ein zentraler Anker für die kollektive Identität sein kann. In ihrem Beitrag zeigen sie auf, dass der Fokus auf Institute eine andere Fachgeschichte produziert als eine personen- oder ideenbezogene Perspektive. Von Pierre Bourdieu ausgehend, für den die Position der einzelnen Akteure im „wissenschaftlichen Feld“ zentral ist, gilt der Schwerpunkt ihres Beitrags, ausgeführt anhand von vier Thesen, dem in der Kommunikationswissenschaft weithin gegeben gewesenen „Ein-Professoren-Institut“. Das „wissenschaftliche Feld“ ist als soziale Welt wie andere auch mit Herrschaftsbeziehungen und sozialen Zwängen zu verstehen, die mehr oder weniger eigenen Gesetzen gehorchen. Das IPKW war von seiner Eröffnung 1942 als Institut für Zeitungswissenschaft bis zur Bestellung von Thomas A. Bauer 1993 als zweiter Ordinarius neben Wolfgang R. Langenbucher ein solches Institut.

Der zweite Beitrag kommt von Erik Koenen, seit 2012 an der Universität Bremen wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Kom-

munikations- und Medienwissenschaft mit dem Schwerpunkt Kommunikationsgeschichte und Medienwandel. Er, der vor kurzem mit einer Studie über die Zeitungs- und Öffentlichkeitstheorie von Erich Evert, Leiter des Instituts für Zeitungskunde an der Universität Leipzig, promoviert hat, betrachtet das Spannungsfeld von Ideen, Ideologien und Interessen an diesem Institut seit 1915. Seine Zusammenschau erfolgt in fünf Etappen: (1.) Karl Büchers Idee und die Institutsgründung (1915-1926); (2.) theoretische Fundierung der Zeitungskunde als Wissenschaft durch Erich Everth (1926-1933); (3.) nationalsozialistische Ideologisierung und Instrumentalisierung unter Hans Amandus Münster (1933-1945); (4.) Rekonstitution nach 1945 und Re-Ideologisierung zur „Sozialistischen Journalistik“ (1945-1989); (5.) Abwicklung der „Sozialistischen Journalistik“ nach der politischen Wende 1989/90 und Neugründung eines integrativen Viel-Felder-Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft (1989-1993).

Hans Bohrmann, Honorarprofessor am Institut für Journalistik der Universität Dortmund und langjähriger Direktor des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, beschreibt in seinem Beitrag prägnant die Entwicklung der Journalistik im deutschen Hochschulsystem. Sie war davon geprägt, dass die meisten Studenten lange Zeit hindurch in anderen Fächern graduiert wurden, wenn sie nicht überhaupt ohne Examen abgingen. Diese Prüfungssituation wurde in der BRD ab 1957 verbessert. Erst die vom Bund in den 1970er Jahren finanziell unterstützten Modellversuche für Journalistik führten zum Doppeldiplom (MA plus Zertifikat der Deutschen Journalistenschule, München) und zum Diplomjournalisten (Dortmund). Der im Rahmen des Bologna Prozesses erfolgte Umstieg brachte keine qualitative Veränderung, so dass der Status einer Universitätsabschlussprüfung bestehen blieb.

„Von der Manufaktur zum Massenbetrieb“, lautet der Beitrag von Wolfgang R. Langenbacher, der von der Universität München kommend vom

April 1984 bis September 2006 das Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien fast ununterbrochen leitete. Bloß in der Zeit von 1994 bis 1997 stand dem Institut Thomas A. Bauer vor. Der Titel des Beitrags gibt eine universitäre Geisteshaltung des Autors wieder, die sich im Großen und Ganzen auf alle MitarbeiterInnen des Instituts übertrug. Langenbacher liefert eine Collage von Dokumenten, aus denen unzweideutig hervorgeht, worauf sich die Institutspolitik in all diesen Jahren vornehmlich konzentrierte: Senkung der Drop-Out-Rate. Dieses Ziel wurde ungeachtet desaströser personeller, räumlicher und sachlicher Verhältnisse - das Institut war das schlechtest ausgestattete aller österreichischen Universitäten - sowie der permanent dramatisch wachsender StudentInnenzahlen (Höchstzahl: 7.000) nie aus den Augen gelassen. Wie das Institut mit dieser Aufgabe umging und zu bewältigen versuchte, kommentiert Langenbacher mit einem Abstand von einem Jahrzehnt Emeritariat. Die Collage von Dokumenten und deren Kommentar bilden nicht nur einen substanziierten Abschluss des vorliegenden Heftes. Sie bildet auch eine geistige Brücke zu dem gleichzeitig produzierten Sonderheft von „medien & zeit“, das zur Begleitung der Ausstellung des Instituts „Von der Propagandaschmiede zur Kommunikationswissenschaft“ als Beitrag zur 650-Jahr-Feier der Universität Wien erscheint.

In der Rubrik Research Corner stellt Jungwissenschaftlerin Christina Steinkellner Ergebnisse Ihrer Masterarbeit vor und verweist dabei auf den politischen und gesellschaftlichen Umgang der frühen 1950er Jahre mit dem nationalsozialistischen Erbe. Dazu legt sie eine detaillierte Untersuchung der einschlägigen Gazetten *Aula* sowie *Eckartsbote* vor.

Ein anregendes Lesevergnügen wünschen die HerausgeberInnen,

Wolfgang Duchkowitsch,
Christina Krakovsky & Fritz Hausjell

Ein-Professoren-Institute in der Kommunikationswissenschaft

Plädoyer für eine Fachgeschichtsschreibung, die institutionelle und wissenschaftliche Leistungen voneinander trennt

Thomas Wiedemann & Michael Meyen
Universität München

Abstract

Der Beitrag plädiert für eine Fachgeschichtsschreibung, die institutionelle und wissenschaftliche Aspekte voneinander getrennt betrachtet und so die eigentliche Leistung früherer Fachvertreter (die institutionelle Absicherung der Disziplin) zu einem Bezugspunkt für die kollektive Identität der Fachgemeinschaft macht. Für dieses Anliegen werden Ein-Professoren-Institute in den Blick genommen, die für die Vergangenheit der Disziplin lange Zeit charakteristisch waren und bei denen es geradezu zwangsläufig zu einer Vermischung personen-, ideen- und institutionengeschichtlicher Perspektiven kommt. Basierend auf Bourdieus Verständnis von wissenschaftlichen Feldern und mithilfe von vier zu Thesen verdichteten Beispielen aus der Geschichte der deutschsprachigen Zeitungs-, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft wird gezeigt, dass für die Akzeptanz (und den Ausbau) von Ein-Professoren-Einrichtungen an der Universität weniger das im Fach angesammelte wissenschaftliche Kapital ausschlaggebend war, sondern die Reputation der Fachvertreter im Feld der Macht – eine Art Metakapital, das in Politik, Medien und Öffentlichkeit erworben wurde.

Zur Einführung: Gegenstand und Ziele

Dieser Beitrag möchte zeigen, dass der Fokus auf Institute eine andere Fachgeschichte produziert als eine personen- oder eine ideenbezogene Perspektive (Löblich & Scheu, 2011). Auf den Punkt gebracht: Wer Institute untersucht, stellt andere Fragen als der Biograf oder der Theoriehistoriker, nutzt andere Quellen und konstruiert folglich ein anderes Bild der Vergangenheit. Dieses Bild ist wichtig, weil die Geschichte der eigenen Disziplin neben den Gegenständen und neben Theorien oder Methoden ein zentraler Anker für die kollektive Identität einer Fachgemeinschaft sein kann (Averbeck & Kutsch, 2002, S. 57; Bohrmann, 2005, S. 178f).

In der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft ist diese Verbindung im Moment eher lose. Jüngere Kolleginnen und Kollegen beziehen sich stärker auf ihre sozialwissenschaftlichen Kompetenzen oder auf ihre internationale Vernetzung als auf die Ahnen des Fachs (wie Karl Bücher, Adolf Koch, Michael Bühler und Oskar

Wettstein), auf seine Gründerväter (Karl d'Ester in München, Emil Dovifat in Berlin, Erich Everth in Leipzig, Karl Weber in Zürich) oder auf die meisten Neugründer wie Hanns Braun und Otto B. Roegge (München), Fritz Eberhard und Harry Pross (Berlin), Franz Ronneberger (Nürnberg) oder Walter Hagemann und Henk Prakke in Münster (Meyen, 2013). Ausnahme von dieser Regel ist lediglich Elisabeth Noelle-Neumann, die 1963 an die Universität Mainz berufen wurde, wie niemand sonst aus den älteren Generationen die Kernelemente der aktuellen kollektiven Identität des Fachs verkörpert (Wilke, 2012), mit der Theorie der Schweigespirale eine weltweit anerkannte wissenschaftliche Leistung vorzuweisen hat (Noelle-Neumann, 1980) und außerdem für den Paradigmenwechsel zur empirischen Sozialwissenschaft steht, der das inhaltliche Band zu den früheren Generationen gekappt hat (Löblich, 2010).

Die Verbindung zur eigenen Geschichte wurde, das ist die These dieses Beitrags, zusätzlich durch eine Fachhistoriografie geschwächt, die zwar zum Teil monumentale Arbeiten über viele der Grün-

derväter und Neugründer vorgelegt hat, dabei aber wissenschaftliche und institutionelle Arbeit vermengt und so die eigentliche Leistung dieser Fachvertreter (die institutionelle Absicherung der Disziplin) in den Hintergrund treten lässt (Benedikt, 1986; Koenen, 2015; Klein, 2005; Sösemann, 1998, 2001; Starkulla & Wagner, 1981; Wiedemann, 2012). Eine der Ausnahmen von dieser Regel ist die Dissertation des Spaniers Ivan Lacasa über die Zeitungswissenschaftler der Weimarer Republik, in der die inhaltliche Arbeit von Emil Dovifat, Karl d’Ester und Erich Everth ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Bestandserhaltung gedeutet wird (Wissenschaft als PR für die Disziplin, siehe auch Lacasa, 2006, 2008). Es ist sicher kein Zufall, dass diese Sicht von einem Ausländer entwickelt wurde. Fachgeschichtsschreibung dient immer auch dazu, nach Traditionslinien zu suchen, die die eigene Einrichtung oder die eigenen Ideen legitimieren (Meyen & Löblich, 2006, S. 15). Münchener Institutsgeschichten kommen deshalb nicht an Karl d’Ester, Hanns Braun und Otto B. Roegele vorbei (Meyen & Löblich, 2004). Das Gleiche gilt in Berlin für Emil Dovifat oder Fritz Eberhard und in Wien für Kurt Paupié.

Dass solche Geschichten aus dem jeweils eigenen Haus im Gegensatz zu Lacasas Geschichte aus Spanien auch da nach wissenschaftlichen Leistungen suchen, wo es wenig zu finden gibt, und so die Akzeptanz in den akademisierten Wissenschaftlergenerationen der Gegenwart erschweren, hat mit einer strukturellen Besonderheit des Fachs zu tun. In der Zeitungs-, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft gab es länger als ein halbes Jahrhundert ausschließlich Ein-Professoren-Einrichtungen. Während Traditionsinstitute wie München, Münster, Berlin oder Mainz ab den frühen 1970er Jahren langsam personell ausgebaut wurden (zunächst in der Regel über Professuren für empirische Forschung und Journalismus), ist das Fach an vielen Standorten bis in die jüngste Vergangenheit nur von einem Vertreter oder einer Vertreterin gelehrt worden. Erst die Bologna-Reform und die damit verbundenen Anforderungen an die Ausstattung grundständiger Studiengänge haben dazu geführt, dass drei oder vier Professuren an einer Universität inzwischen der Regelfall sind und auch Neugründungen wie Passau, Tübingen oder Würzburg sehr schnell mehrere Professorenstellen besetzen konnten. Ausnahmen (Nürnberg-Erlangen, Rostock, Bern) bestätigen auch hier die Regel.

Die Ein-Professoren-Institute eignen sich für das Anliegen dieses Beitrags besonders gut, weil es hier nahezu zwangsläufig zu einer Vermischung der drei Perspektiven kommt, die Maria Löblich und Andreas Scheu als mögliche Zugänge zu einer Fachgeschichte unterschieden haben (Löblich & Scheu, 2011). Der Professor *ist* in diesem Fall das Institut, selbst wenn es dort (in der Regel befristet beschäftigte) Mitarbeiter auf etatisierten und Projektstellen gegeben haben sollte oder andere „gute Geister“ (etwa Sekretäre). Hochschullehrer waren und sind die zentralen akademischen Akteure. Sie prägen das wissenschaftliche Profil einer Universitätseinrichtung und treffen die organisatorischen Entscheidungen (Meyen & Löblich, 2004, S. 19). An Ein-Professoren-Instituten fallen Person, strukturelle Leistungen und wissenschaftliche Arbeit zusammen.

Wenn dieser Beitrag im Folgenden die Besonderheiten solcher Einrichtungen behandelt, dann ist dies auch als Plädoyer für eine Fachgeschichtsschreibung zu lesen, die erstens die Rollen als Institutionengründer und Institutionenbauer von der Wissenschaftlerrolle unterscheidet und damit zweitens zugleich besser erlaubt, die Vergangenheit der eigenen Disziplin zu einem Bezugspunkt für die kollektive Identität der Fachgemeinschaft zu machen – mit Anthony Giddens verstanden als kollektive „Erzählung über sich selbst“ oder, etwas weniger prosaisch, als den kontinuierlich ablaufenden reflexiven Prozess, der die Fragen nach dem Woher, Wohin und Wer oder Was beantwortet (Giddens, 1991). Bevor die Besonderheiten von Ein-Professoren-Standorten zu vier Thesen verdichtet und mithilfe von Beispielen aus der Kommunikationswissenschaft belegt werden, wird zunächst der theoretische Referenzrahmen skizziert, auf den sich die Thesen dann beziehen.

Ein-Professoren-Institute, Universität und Wissenschaft

Fachinstitute, Fakultäten und Universitäten lassen sich mit dem Begriff *Organisation* beschreiben (Meyen, 2011, S. 130-132). Den Kern der teilweise stark ausdifferenzierten Definitionsversuche für diesen Begriff kann man auf drei Merkmale reduzieren: Organisationen arbeiten bewusst auf ein Ziel hin, sie sind arbeitsteilig gegliedert und haben ihre Aktivitäten auf Dauer eingerichtet (Büschges & Abraham, 1997; Kieser 1999). Wie in anderen akademischen Disziplinen geht es in kommunikationswissenschaftlichen Instituten um Forschung und Lehre. Für ihre Mitglieder er-

füllt eine Organisation drei wichtige Funktionen. Sie ordnet erstens die sozialen Beziehungen (Studiengänge, Studienordnungen, Universitäts- oder Institutsverfassung: Wie werden zum Beispiel Entscheidungen getroffen?), sorgt zweitens dafür, dass die Ressourcen verteilt werden (in einer wissenschaftlichen Organisation: Personal, Geld, Räume) und steht drittens für den „Sinnzusammenhang“, zum Beispiel für eine Leitidee oder (wie im Moment in Wien) ein „Leitbild“ (Lepsius, 1995).

Während dieser dritte Punkt für die Beschreibung von Instituten mit mehreren Professoren und vor allem für den Standortvergleich von besonderem Interesse ist (Was unterscheidet das Wiener Institut von München, Münster oder Mainz?) und sich auch Untersuchungen zu den ersten beiden Aufgaben ab einer bestimmten Größe auf die Institute selbst konzentrieren dürften (exemplarisch Meyen, 2011), geht es bei Ein-Professoren-Einrichtungen vor allem um die Verortung dieser Einrichtung in der jeweiligen Universität. Soziale Beziehungen und die Ressourcenverteilung werden von wissenschaftlichen Organisationen über das Kriterium Reputation geregelt. In der Soziologie beziehungsweise für Pierre Bourdieus ist dabei die Position der einzelnen Akteure im „wissenschaftlichen Feld“ zentral. Dieses Feld, zu dem alle Akteure und Institutionen gehören, die Wissenschaft betreiben, wird dort beschrieben als eine soziale Welt wie andere auch (mit Herrschaftsbeziehungen und sozialen Zwängen), die mehr oder weniger eigenen Gesetzen gehorcht. Die Struktur des Feldes wird durch die Verteilung wissenschaftlichen Kapitals festgelegt. Bourdieu versteht darunter die Anerkennung, die von der „Gesamtheit der gleichgesinnten Wettbewerber innerhalb des wissenschaftlichen Feldes gewährt“ wird – eine „besondere Art symbolischen Kapitals“. Vom wissenschaftlichen Kredit und damit von den „objektiven Beziehungen zwischen den Akteuren“ hänge der Spielraum des Einzelnen ab.

„Im Wissenschaftsbetrieb (legen) die herrschenden Forscher oder Forschungen zu jedem Augenblick eine Gesamtheit der bedeutenden Gegenstände fest, der Fragen, die für alle anderen Wissenschaftler Bedeutung haben, denen sie

ihre Aufmerksamkeit widmen und deren Verfolgung sich schließlich ‚bezahlt‘ macht.“
(Bourdieu, 1998, S. 18-23)

Soziale Beziehungen und die Ressourcenverteilung werden von wissenschaftlichen Organisationen über das Kriterium Reputation geregelt.

Bourdieu unterstellt folglich, dass sich wissenschaftliches Kapital in materielles Kapital umsetzen lässt – in Mitarbeiterstellen und in Forschungsgelder, die natürlich wieder Einfluss haben auf die wissenschaftliche Produktion und damit auf die Reputation der einzelnen Professoren. Wissenschaftliches Kapital ist dabei ein Kredit, der nur von den eigenen Kollegen gewährt werden kann, die aber normalerweise nicht nur Kollegen sind, sondern gleichzeitig auch Wettbewerber. Diese Situation (Klienten sind gleichzeitig Konkurrenten) bringt ganz bestimmte Zwänge mit sich.

Für Professoren, die an ihrer Universität die einzigen Vertreter einer Disziplin sind, geht es allerdings nicht nur um die „objektiven Beziehungen“ (Bourdieu) zu den eigenen Fachkollegen, sondern auch (und mit Blick auf Studienordnungen, Prüfungsabläufe und Ressourcen vielleicht sogar noch stärker) um die Anerkennung aus

anderen Disziplinen. Die entsprechenden Kolleginnen und Kollegen wiederum dürften nur einen relativ schwachen Einblick in die Mechanismen der Reputationszuweisung innerhalb der Zeitungs-, Publizistik- oder Kommunikationswissenschaft gehabt haben. Welcher Philosoph und welche Theologin weiß oder wusste schon, wie die wichtigsten Zeitschriften dieses exotischen, neuen Nachbarfachs heißen, wie dort Begutachtungsverfahren laufen und wie viele Forschungsprojekte die DFG oder vergleichbare Fördereinrichtungen dort im Jahr finanzieren? Es ist deshalb zu vermuten, dass die relative Position, die Wissenschaftler in ihrer Herkunftsdisziplin einnehmen, bei Ein-Professoren-Instituten weniger wichtig ist als das Kapital, das sie in sozialen Feldern außerhalb der Universität gesammelt haben.

Nach Bourdieu unterscheiden sich soziale Felder dadurch, dass sie eine eigene Logik der Reputationszuweisung entwickeln und eine spezifische Kapitalmischung herausbilden, die im jeweiligen Feld Erfolg verspricht. Die grundsätzlichen Komponenten sind dabei immer dieselben: Bekanntlich integriert Bourdieus Kapitalkonzept jede für soziales Handeln erforderliche Ressource und damit neben dem ökonomischen Kapital (ma-

terieller Reichtum) auch das kulturelle Kapital („Bildung“), das soziale Kapital (Netzwerk) und das symbolische Kapital (Prestige). Wie schon angesprochen, gehorcht Letzteres der Logik der Hervorhebung und erlangt erst durch die Wahrnehmung anderer Akteure Bedeutung (Bourdieu, 1992, S. 52-69). Folgt man Bourdieu, dann lässt sich das Kapital eines Akteurs (gegen einen entsprechenden Arbeits- und Zeitaufwand) von einem Feld in ein anderes übertragen. Dabei dürften die Reibungsverluste dann besonders gering ausfallen, wenn es in einem angesehenen Feld erworben wurde, dessen Position im sozialen Raum höher ist als die des neuen Betätigungsfeldes. Dies gilt vor allem in Bezug auf das Feld der Macht, das in der Hierarchie sozialer Felder ganz oben steht und die Strukturen aller übrigen Felder zu prägen vermag (Wiedemann, 2014, S. 89-90). In Anlehnung an Bourdieus Vorstellung vom Feld der Macht hat Nick Couldry (2012, S. 140) dem Mediensektor eine ähnliche Rolle wie dem Staat zugeschrieben und deshalb vermutet, dass das Feld der Medien genauso wie die Politik eine Art „Meta-Kapital“ produziert, das sich in alle anderen sozialen Felder (und damit auch in die Wissenschaft) transferieren lässt. Weiter gedacht wird dieser Prozess begünstigt durch den Habitus der Akteure, also durch die Erfahrungen, die mit einer bestimmten (Macht-)Position verbunden sind und ein dazu passendes Verhalten erzeugen (Bourdieu, 1976, S. 164-165). Konkret und als Frage formuliert: Wer könnte bei Ein-Professoren-Instituten die Entscheidungsgremien in Fakultät und Hochschulleitung erfolgreicher von den Bedürfnissen der zeitungswissenschaftlichen, publizistik- oder kommunikationswissenschaftlichen Lehre und Forschung überzeugen als prominente Vertreter aus Politik, Medien und Öffentlichkeit?

Ein-Professoren-Institute in der Kommunikationswissenschaft: vier Thesen

In diesem Abschnitt wird mithilfe von vier eher holzschnittartigen Thesen deutlich gemacht, wie sich die Position von Ein-Professoren-Instituten an der Universität auf die Auswahl und die Leistungen der Professoren sowie auf ihre Bewertung im Rückblick auswirkt. Diese Thesen sind nicht als eine Zusammenfassung des (insgesamt eher disparaten) Forschungsstandes zur Geschichte der kommunikationswissenschaftlichen Einrichtungen angelegt, sondern vor allem mit Blick auf die Ziele dieses Beitrags zu lesen (Plädoyer für

eine stärker institutionengeschichtlich ausgerichtete Fachhistoriografie, die die wissenschaftlichen Leistungen der Gründergenerationen nicht überschätzt und sie gerade dadurch wieder zu einem Bezugspunkt für die kollektive Identität des Fachs macht). Dass Untersuchungen zur Entwicklung an einzelnen Standorten das Wissen differenzieren werden, zeigt unter anderem die Ausstellung zum Wiener Universitätsjubiläum, die Anlass für diesen Beitrag war. Die Beispiele aus der Geschichte der Kommunikationswissenschaft, mit denen die vier Thesen illustriert werden, sind als exemplarisch im Wortsinn zu verstehen. Dass dabei einige Standorte häufiger genannt werden als andere, ist dem begrenzten Wissen der Autoren geschuldet. Vollkommen ausgeblendet wird die Zeit des Dritten Reichs, weil hier das Feld der Macht die an der Universität sonst üblichen Mechanismen der Reputationszuweisung verändert hat (Duchkowitsch et al., 2004).

These 1: Berufungen

Bei Erst- oder Wiederbesetzungen von Hochschullehrerstellen an Ein-Professoren-Instituten ist das wissenschaftliche Kapital, das die Bewerberinnen und Bewerber in der Zeitungs-, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft gesammelt haben, allenfalls ein Entscheidungskriterium unter vielen. Da die Berufungskommissionen von Vertretern anderer Disziplinen dominiert werden, fallen allgemeine Persönlichkeitsmerkmale (Habitus, kulturelles Kapital) und Anerkennung in anderen sozialen Feldern hier viel stärker ins Gewicht als bei Verfahren an großen Fachstandorten. Von besonderer Bedeutung sind dabei soziales und symbolisches Kapital aus Feldern mit einem Bezug zur Öffentlichkeit (Journalismus, Verlagswesen, Politik) – gewissermaßen als Hilfskriterium für die Nähe zum Gegenstand der Disziplin, die dann an der Universität vertreten werden soll.

Am besten illustrieren lässt sich diese These mit einem Beispiel aus der jüngeren Fachgeschichte. Es ist nur wenig mehr als ein Vierteljahrhundert her, dass der Journalist Roger Blum (Jahrgang 1944) 1989 auf eine Professur für Medienwissenschaft an der Universität Bern berufen wurde. Blum hatte Geschichte studiert, in dieser Disziplin 1976 auch promoviert (mit einer Arbeit ganz ohne Medien- oder Journalismusbezug) und in dieser Zeit außerdem die Freisinnig-Demokratische Partei als Abgeordneter im Kantonsparlament von Baselland vertreten (1971 bis 1978).

Nachdem früh abzusehen war, dass sich die Idee einer politischen Karriere unter den Schweizer Bedingungen nicht umsetzen ließ, konzentrierte sich Roger Blum auf den Journalismus und kam hier über die *Luzerner Neusten Nachrichten* bis in die Chefredaktion des renommierten *Tages-Anzeigers*. Auf die Ausschreibung für den Berner Lehrstuhl stieß er eher zufällig. „Ich wusste nur, dass Printmedienerfahrung vorausgesetzt wurde und dass man zur Hälfte im Journalismus bleiben sollte“, sagte Roger Blum (2015) in einem autobiografischen Interview. Dort berichtet er auch, wie er den Bewerbungsprozess erlebt hat:

„In der Berufungskommission gab es ein paar Leute, die unbedingt mich wollten, aber wirkliche Argumente hatten sie nicht. Sie konnten höchstens sagen, dass ich eine klare Haltung habe. Wissenschaftlich gab es von mir außer ein paar historischen und politologischen Aufsätzen nichts. In der Fakultät wurde lange diskutiert. Es gab auch Vorbehalte gegen das Fach. Ein Nebenfach, das lange nur durch zwei nebenamtliche Professoren gestützt wurde und weder Fisch noch Vogel war“.

(Blum, 2015)

Das symbolische Kapital, das Roger Blum aus den Feldern Journalismus und Politik mitbrachte, sein kulturelles Kapital (Auftreten, Formulierungsfähigkeiten) sowie das soziale Kapital, das die Kommission zu Recht bei ihm vermuten konnte, haben in diesem Fall ganz offenkundig das fehlende wissenschaftliche Kapital ersetzen können. Nach Parallelen muss man in der Fachgeschichte nicht lange suchen: Hanns Braun und Otto B. Roegele in München (Löblich, 2004a), Walter Hagemann und Henk Prakke in Münster (Klein, 2005; Wiedemann, 2012), Emil Dovifat, Fritz Eberhard und Harry Pross in Berlin (Sösemann, 1998, 2001), Erich Everth in Leipzig (Koenen, 2015), Elisabeth Noelle-Neumann in Mainz, Dieter Ross in Hamburg (Meyen & Löblich, 2007), Karl Weber in Bern.

Natürlich könnte man einwenden, dass die Nachwuchsproduktion in der Kommunikationswissenschaft lange nicht mit dem Ausbau der Hochschullehrerstellen mithalten konnte und schon deshalb Kandidaten (tatsächlich fast ausschließlich Männer) zum Zuge kommen mussten, die nicht die eigentlich erforderliche Qualifikation für eine Professur mitbrachten (Habilitation oder adäquate Leistungen). Erstens wäre aber durchaus denkbar gewesen, wissenschaftlich ausgewiesene Vertreter aus den Nachbardisziplinen zu

berufen (vor allem: Geschichte, Sprachwissenschaften, Soziologie, Psychologie), und zweitens gab es in den Verfahren, in denen Fachvertreter über eine einschlägige Habilitation zur Professur kamen, zumindest auf den Listenplätzen keine Konkurrenz durch Personen mit wenig wissenschaftlichem und großem Meta-Kapital. Das gilt sowohl für die drei Fälle vor der ersten Habilitationswelle, die das Fach Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre erreichte (Kurt Paupié in Wien, Karl d'Ester in München sowie Wilmont Haacke zunächst in Wilhelmshaven und dann in Göttingen), als auch für die ersten habilitierten Professoren aus der Generation der Jungtürken in der Kommunikationswissenschaft (Kurt Koszyk in Bochum, Winfried B. Lerg in Münster, Franz Dröge in Bremen, Christian Padrutt und Ulrich Saxer in Zürich, Michael Schmolke in Salzburg, Jörg Aufermann in Göttingen, Wolfgang R. Langenbucher in München und Wien). Paupié zum Beispiel setzte sich gegen seine (ebenfalls habilitierten) Fachkollegen Marianne Lunzer-Lindhausen und Karl Kurth durch, Lerg gegen Dröge und Schmolke und Saxer gegen Langenbucher (Meyen & Löblich, 2007, S. 64). Padrutt und Haacke wurden schlicht befördert.

These 2: Reputationsgewinn und Ressourcenverteilung

Um Ein-Professoren-Institute an einer Universität zu verfestigen oder sogar personell ausbauen zu können, braucht man die Anerkennung von Vertretern anderer Disziplinen und vor allem von Fakultäts- und Hochschulleitungen. Da wissenschaftliche Leistungen in der eigenen Disziplin vor der Einführung entsprechender Kennziffern (vor allem: Drittmittelaufkommen und Zitationen) von außen schwer zu bewerten waren, hing diese Anerkennung vor allem vom Auftreten in Gremien und vom Meta-Kapital der Fachvertreter ab. Die Institutionalisierung und der Ausbau der Zeitungs-, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft haben folglich eine andere Kapitalmischung verlangt als ein wissenschaftliches Werk, das die Zeiten überdauern kann.

Er habe „nie etwas Größeres publiziert“, sagte Roger Blum (2015) fünf Jahre nach dem Ende seiner aktiven Universitätslaufbahn. „Ich musste ständig um Ressourcen kämpfen“ (Blum, 2015). Die Situation in Bern war dabei sicher noch extremer als an anderen Fachstandorten. Blum gelang es trotzdem schrittweise, die Finanzierung seines Lehrstuhls von zunächst 50 Prozent (bei

seiner Berufung 1989) auf 75 Prozent (2001) und schließlich auf 100 Prozent (2005) zu erhöhen. Sein größter institutioneller Erfolg war es dann, diesen Lehrstuhl über die eigene Amtszeit hinaus zu sichern, obwohl er von der Universitätsleitung wenig Rückhalt verspürte und auch in den eigenen Reihen mit Widerstand zu kämpfen hatte (vor allem mit Matthias Steinmann).

„Es hat sicher eine Rolle gespielt, wie ich mich in der Fakultät verhalten habe. Ich habe immer versucht, nicht opportunistisch zu sein. In Berufungsverfahren zum Beispiel.“
(Blum, 2015)

Dazu kamen Blums Leistungen in der Ausbildung und das, was er im Rückblick „Brückenschlag“ in die Praxis genannt hat – die Übersetzung des sozialen und kulturellen Kapitals, das er in den Feldern Politik und Journalismus erworben hatte, in attraktive Lehrangebote für Studierende (zum Beispiel Exkursionen und Übungswochen außerhalb der Universität) sowie in Gastauftritte von hochrangigen Vertretern aus Politik und Medien (Blum, 2015).

Während Roger Blum nach dem Eintritt in den Ruhestand begann, an einem Alterswerk zu arbeiten und hier bereits ein erstes viel beachtetes Buch vorgelegt hat (Blum, 2014), ist von Otto B. Roegele (1920 bis 2005) nichts Entsprechendes überliefert. Als er 1963 nach München berufen wurde, brachte Roegele neben zwei Promotionen in der Medizin und der Philosophie (beide vom April 1945) seinen Ruf als einer der führenden katholischen Publizisten in der Bundesrepublik sowie zahlreiche Kontakte in das entsprechende Milieu mit an die Universität (Loeblich, 2004b, S. 91-93). Dieses Kapital erlaubte ihm unter anderem, vier Habilitationen auf den Weg zu bringen, das Institut auf fünf Hochschullehrerstellen auszubauen, 1974 erster Dekan der neuen sozialwissenschaftlichen Fakultät zu werden und ganz entscheidend an den Gründungen der Universität Salzburg und der Hochschule für Fernsehen und Film in München mitzuwirken.

Die Beispiele Blum und Roegele stammen zwar aus unterschiedlichen Kontexten (Land, Zeit), in beiden Fällen haben aber natürlich die Nachfrage auf Seiten der Studierenden sowie der generelle Bedeutungszuwachs des Fachgegenstandes in der Gesellschaft die institutionellen Erfolge erleichtert. Trotzdem stützt gerade der Vergleich mit den Kollegen, die allein schon durch ihre Habilitation viel mehr wissenschaftliches Kapital mitbrachten, die These, dass Meta-Kapital aus den Feldern

Journalismus und Politik an Ein-Professoren-Instituten eine besondere Bedeutung hat. Karl d'Ester, der gerade wegen seiner Habilitation berufen worden war, klagte nach drei Jahrzehnten an der Universität München über „Streitigkeiten zwischen Professoren“ sowie über „mächtigere Disziplinen“, in denen es den Studierenden leichter gemacht worden sei. Vor allem die Doktoranden der Zeitungswissenschaft hätten die Animositäten zu spüren bekommen, die gegenüber dem „verhassten Fach“ gehegt worden seien (d'Ester, 1957, S. 142). Trotz seiner Habilitation brauchte d'Ester den Machtwechsel von 1933 und die damit verbundene Aufwertung der Zeitungswissenschaft, um sein Institut mit Räumen und Personal ausstatten zu können. Kurt Paupié bekam in der *Publizistik* einen wenig schmeichelhaften Nachruf (Gottschlich, 1982), Haackes und Aufermanns Institut in Göttingen ist inzwischen abgewickelt, Zürich wurde erst nach der Verabschiedung von Ulrich Saxer ausgebaut, und Kurt Koszyk gab seine Bochumer Professur sogar auf, weil er mit den Bedingungen unzufrieden war.

These 3: Standortgefährdung durch Verlust des Meta-Kapitals

Für die dauerhafte Verankerung von Ein-Personen-Instituten an der Universität muss das außerhalb der Disziplin erworbene Meta-Kapital immer wieder aktualisiert werden und darf auf gar keinen Fall verloren gehen. Wird die Reputation in Politik, Medien und Öffentlichkeit aufs Spiel gesetzt oder zerstört, gewähren institutionelle Errungenschaften genauso wenig Kredit wie das aufgebaute Vertrauen vonseiten der Fakultät oder der Hochschulleitung (wissenschaftliches Kapital). Im Gegenteil stellt ein Verlust des Meta-Kapitals soziale Beziehungen (etwa Studiengänge) infrage, macht Ressourcen (Titel, Personal, Geld) zunichte und kann schließlich sogar die Existenz eines etablierten Fachstandorts bedrohen.

Veranschaulichen lässt sich diese These mit einem (Parade-)Beispiel aus der deutschen Fachgeschichte, das zugleich als Kehrseite der in These 1 und 2 aufgestellten Behauptungen gelesen werden kann: der Fall von Walter Hagemann, der die Disziplin nach dem Zweiten Weltkrieg an der Universität Münster vertrat und dessen Karriere zumindest auf den ersten Blick deutliche Parallelen zu Roger Blum und Otto B. Roegele aufweist. Als Nachfolger von Hubert Max betrat der promovierte Historiker 1946 die Fachbühne allein aufgrund des sozialen und symbolischen Kapitals, das er

sich in Journalismus und Politik (vor allem als *Germania*-Chefredakteur und damit als Sprachrohr des politischen Katholizismus) erwirtschaftet hatte (Wiedemann, 2012). Dass er im folgenden Jahrzehnt von Münster aus die Neugestaltung des Fachs in Angriff nahm und mit seinem Konzept der systematischen Publizistikwissenschaft ein zumindest für damalige Verhältnisse wegweisendes Modell entwarf (Hagemann, 1947), dürfte aus institutionengeschichtlicher Perspektive weniger interessieren. Vielmehr gelang es dem Erfolg gewöhnten Hagemann dank seinem selbstbewussten Auftreten, seinem zupackenden Naturell und seinem Prestige im politischen und journalistischen Feld, für sich eine Stellenumwandlung (von einer Honorarprofessur in ein Extraordinariat) und für das Institut eine Personalausweitung (einen Assistenten, zuerst Wilmont Haacke und dann Günter Kieslich, sowie ein bis zwei Dauer-Lehraufträge) durchzusetzen und für die nötige Material-Ausstattung zu sorgen (technische Geräte, Bibliothek).

Auch wenn es dem Institutsleiter versagt blieb, einen Diplomstudiengang Publizistik einzuführen: Hagemanns Meta-Kapital machte es den Kritikern des Fachs an der Universität schwer und zahlte sich aus. Davon zeugen nicht nur die Gelder aus dem Bundespresseamt, von denen er selbst (Weltreise 1955) und seine Studenten (Nachwuchstreffen im europäischen Ausland) profitierten, sondern auch Forschungsmittel aus der Praxis (Hagemann, 1956). Betont werden muss dabei, dass sich Hagemann seiner Rückendeckung außerhalb der Wissenschaft immer wieder versicherte und ständig Kontaktpflege betrieb. Am Institut sichtbar wurde das wie bei Roger Blum durch wöchentliche Vorträge von prominenten Gästen aus der Öffentlichkeit, durch Exkursionen und durch die Vermittlung von Praktika (Wiedemann et al., 2012).

Mit Hagemanns erfolgreicher Neu-Etablierung des Instituts für Publizistik an der Universität Münster war es Ende der 1950er Jahre allerdings schlagartig vorbei, weil er sein Meta-Kapital zerstörte und (als Angehöriger der CDU) lautstark gegen die Westorientierung der bundesdeutschen Außenpolitik protestierte sowie an der Seite von

Walter Ulbricht in Berlin für eine Verständigung mit der DDR warb. Begleitet von Anfeindungen in den westdeutschen Medien wurde Hagemann aus der Union ausgeschlossen (verbunden mit der Abkehr seiner Unterstützer aus gemeinsamen Zentrums-Tagen während der Weimarer Republik). Als das nordrhein-westfälische Kultusministerium ein Disziplinarverfahren eröffnete (wegen Verletzung der für Beamte vorgesehenen Mäßigung und „sittlicher Verfehlungen“ mit Studentinnen), regte sich kaum Widerstand aufseiten der Philosophischen Fakultät oder der Hochschulleitung.

Jenseits der tragischen Konsequenzen für Hagemann selbst (Dienstsuspendierung, Verlust des Professorentitels und der Pensionsansprüche, Strafverfahren und Flucht in die DDR) verweist sein Tabubruch auf die enge Verbindung zwischen dem Meta-Kapital eines Institutsleiters und

dem Schicksal eines Ein-Personen-Instituts. Dass Hagemann in der Folge auch aus den Reihen der Disziplin ausgeschlossen wurde, dürfte für den Fachstandort Münster zunächst weniger gravierend gewesen sein. Schwerer wog, dass der Lehrbetrieb nach Hagemanns Ausscheiden nur noch bedingt aufrechterhalten werden konnte, die Studenten für das Rigoroseum zu Hanns Braun nach

München reisen mussten oder die Universität in großer Zahl ohne Abschluss verließen, die Mitarbeiter sich angesichts der unsicheren Zukunft nach Alternativen umsahen (Kieslich wechselte zu Emil Dovifat nach Berlin, die „Hilfskraft“ Walter J. Schütz ins Bundespresseamt nach Bonn) und in der Politik laut über eine Abwicklung des Instituts nachgedacht wurde. Es dauerte, bis sich der Standort Münster unter Henk Prakke von diesem Schock erholte, und es ist bezeichnend, dass sich das heutige Institut immer noch mit der Anerkennung Hagemanns struktureller Leistungen schwertut und die historischen Bezugspunkte in der kollektiven Identität (wenn überhaupt) eher Hubert Max oder Henk Prakke heißen.

These 4: Fachgeschichtsschreibung

Wer an Ein-Professoren-Instituten lehrt, benötigt kein Werk, um im kollektiven Gedächtnis der

Wer an Ein-Professoren-Instituten lehrt, benötigt kein Werk, um im kollektiven Gedächtnis der Fachgemeinschaft zu überleben. Mindestens genauso wichtig ist die institutionelle Leistung, für die wissenschaftliches Kapital unter den geschilderten Bedingungen sicher hilfreich ist, aber nicht notwendig.

Fachgemeinschaft zu überleben. Mindestens genauso wichtig ist die institutionelle Leistung, für die wissenschaftliches Kapital unter den geschilderten Bedingungen sicher hilfreich ist, aber nicht notwendig.

Natürlich gibt es Kommunikationswissenschaftler, die an Ein-Professoren-Instituten gearbeitet und trotzdem herausragende Veröffentlichungen vorgelegt haben – sowohl qualitativ als auch quantitativ. Anstelle vieler sei hier lediglich auf Ulrich Saxer (1931 bis 2012) verwiesen, der auf den Jahrestagungen der DGPK lange als Keynote-Sprecher gesetzt war und noch kurz vor seinem Tod ein Monumentalwerk von mehr als 800 Seiten fertiggestellt hat (Saxer, 2012). Die allerdings ebenfalls zahlreichen Gegenbeispiele finden sich auf den vorangegangenen Seiten – genau wie die Kritik an einer Fachgeschichtsschreibung, die Figuren wie Karl d’Ester, Otto B. Roegele, Kurt Paupié, Emil Dovifat oder Fritz Eberhard allein deshalb zu wissenschaftlichen Vordenkern oder Vorbildern überhöht, weil sie lange an einer Universität gearbeitet haben und am Anfang der institutionellen Entwicklung eines Standortes stehen. Diese Leistung (Erhalt oder sogar Ausbau einer Facheinrichtung) ist dabei keineswegs gering zu schätzen (Kutsch & Pöttker, 1997). Dass aus

einem Fach der Ein-Professoren-Institute eine akademische Disziplin werden konnte, die heute an vielen Standorten weitgehend autonom über Berufungen entscheiden und Einfluss auf die Universitätspolitik nehmen kann (sichtbar schon über die vielen Funktionsträger aus der Kommunikationswissenschaft) und inzwischen bereits im Postdoc-Bereich wissenschaftliche Publikationen generiert, die sowohl quantitativ als auch qualitativ (gemessen an den Veröffentlichungsorten) bei Weitem das übertreffen, was etablierte Kolleginnen und Kollegen noch vor wenigen Jahren bei ihrem Eintritt in den Ruhestand vorzuweisen hatten, hat auch mit der Arbeit vieler Vertreter aus den Gründergenerationen zu tun, die in den Gremien und in der akademischen Lehre ihr Meta-Kapital aus Journalismus und/oder Politik in Anerkennung für die Disziplin transferierten, die sie an der Universität vertraten. Dass sie selbst als Personen dabei oft nur wenig wissenschaftliches Kapital erwerben konnten, lässt sich vor allem mit den Bedingungen an Ein-Professoren-Instituten in der Zeitungs-, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft erklären – mit dem Mangel an Ressourcen (Personal, Forschungsmittel, oft auch Räume) und mit einem Studierendenandrang, der den Raum für wissenschaftliche Arbeit erheblich beschränkte.

Bibliografie:

- Averbeck, S. & Kutsch, A. (2002). Thesen zur Geschichte der Zeitungs- und Publizistikwissenschaft 1900-1960. In: *medien & zeit*, 17 (2/3), S. 57-66.
- Benedikt, K. (1986). *Emil Dovifat*. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist. Mainz.
- Blum, R. (2014). *Lautsprecher und Widersprecher*. Ein Ansatz zum Vergleich der Mediensysteme. Köln.
- Blum, R. (2015). Den Journalismus trage ich im Herzen. In: Meyen, M. & Wiedemann, T. (Hg.), *Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft*. Köln. Abgerufen von <http://blexkom.halem-verlag.de/blum-interview/>, Zugriff am 30. Juli 2015.
- Bohrmann, H. (2005). Was ist der Inhalt einer Fachgeschichte der Publizistikwissenschaft und welche Funktionen könnte sie für die Wissenschaftsausübung in der Gegenwart besitzen? In: Schade, E. (Hg.), *Publizistikwissenschaft und öffentliche Kommunikation*. Beiträge zur Reflexion der Fachgeschichte. Konstanz, S. 151-182.
- Bourdieu, P. (1976). *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabylischen Gesellschaft*. Frankfurt a. M.
- Bourdieu, P. (1992). *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg.
- Bourdieu, P. (1998). *Vom Gebrauch der Wissenschaft*. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz.
- Büschges, G. & Abraham, M. (1997). *Einführung in die Organisationssoziologie*. Stuttgart.
- Couldry, N. (2012). *Media, Society, World*. Social theory and digital media practice. London.
- Duchkowitsch, W., Hausjell, F. & Semrad, B. (Hg.) (2004). *Die Spirale des Schweigens*. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft. Münster.
- d'Ester, K. (1957). *Der Traum eines Lebens*. Ingolstadt.
- Giddens, A. (1991). *Modernity and Self-Identity*. Self and society in the late modern age. London.
- Gottschlich, M. (1982). Kurt Paupié. Nachruf. In: *Publizistik*, 37 (2), S. 179-180.
- Hagemann, W. (1947). *Grundzüge der Publizistik*. Münster.
- Hagemann, W. (Hg.) (1956). *Die soziale Lage des deutschen Journalistenstandes*. Insbesondere ihre Entwicklung seit 1945. Eine Untersuchung des Instituts für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Düsseldorf.
- Kieser, A. (Hg.) (1999). *Organisationstheorien*. 3. Auflage. Stuttgart.
- Klein, P. (2005). *Henk Prakke und die funktionale Publizistik*. Über die Entgrenzung der Publizistik- zur Kommunikationswissenschaft. Münster.
- Koenen, E. (2015). *Erich Everth*. 2 Bd. Diss. Universität Leipzig.
- Kutsch, A. & Pöttker, H. (Hg.) (1997). *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch*. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland. Opladen.
- Lacasa, I. (2006). *Entre ciencia y praxis: la Zeitungswissenschaft alemana en la República de Weimar*. Los conceptos öffentliche Meinung y Öffentlichkeit. Barcelona.
- Lacasa, I. (2008). Zeitungswissenschaft als publizistische Aktion? Karl d'Ester, Emil Dovifat, Erich Everth. In: *medien & zeit*, 23 (4), S. 4-8.
- Lepsius, M. R. (1995). Institutionenanalyse und Institutionenpolitik. In: Nedelmann, B. (Hg.), *Politische Institutionen im Wandel*. Opladen, S. 392-403.
- Löblich, M. (2004a). Eine Fehlbesetzung? Die Berufung von Hanns Braun als Nachfolger Karl d'Esters in München. In: Meyen, M. & Löblich, M. (Hg.), *80 Jahre Zeitungs- und Kommunikationswissenschaft in München*. Bausteine zu einer Institutsgeschichte. Köln, S. 66-89.
- Löblich, M. (2004b). Das Menschenbild von Otto B. Roegele. In: Meyen, M. & Löblich, M. (Hg.), *80 Jahre Zeitungs- und Kommunikationswissenschaft in München*. Bausteine zu einer Institutsgeschichte. Köln, S. 90-118.
- Löblich, M. (2010). *Die empirisch-sozialwissenschaftliche Wende in der Publizistik- und Zeitungswissenschaft*. Köln.
- Löblich, M. & Scheu, A. (2011). Writing the History of Communication Studies: A Sociology of Science Approach. In: *Communication Theory*, 21 (1), S. 1-22.
- Meyen, M. (2011). Das Leipziger Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft: Ein Modell für die Kommunikationswissenschaft in Deutschland? In: Jarolimek, S., Kutsch, A. & Sommer, D. (Hg.), *Großbothener Vorträge zur Kommunikationswissenschaft XI*. Bremen, S. 107-136.

- Meyen, M. (2013). Fachgeschichte als Generationengeschichte. In: Meyen, M. & Wiedemann, T. (Hg.), *Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft*. Köln. Abgerufen von <http://blexkom.halem-verlag.de/fachgeschichte-als-generationengeschichte/>, Zugriff am 30. Juli 2015.
- Meyen, M. & Löblich, M. (Hg.) (2004). *80 Jahre Zeitungs- und Kommunikationswissenschaft in München*. Bausteine zu einer Institutsgeschichte. Köln.
- Meyen, M. & Löblich, M. (2006) *Klassiker der Kommunikationswissenschaft*. Fach- und Theoriegeschichte in Deutschland. Konstanz.
- Meyen, M. & Löblich, M. (2007). „*Ich habe dieses Fach erfunden*“. Wie die Kommunikationswissenschaft an die deutschsprachigen Universitäten kam. 19 biografische Interviews. Köln.
- Noelle-Neumann, E. (1980). *Die Schweigespirale*. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. München, Zürich.
- Saxer, U. (2012). *Mediengesellschaft*. Eine kommunikationssoziologische Perspektive. Wiesbaden.
- Sösemann, B. (Hg.) in Zusammenarbeit mit Gunda Stöber (1998). *Emil Dovifat*. Studien und Dokumente zu Leben und Werk. Berlin, New York.
- Sösemann, B. (Hg.) (2001). *Fritz Eberhard*. Rückblicke auf Leben und Werk. Stuttgart.
- Starkulla, H. & Wagner, H. (1981). *Karl d'Ester*. 1881-1960. Professor für Zeitungswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München 1924-1954. München.
- Wiedemann, T. (2012). *Walter Hagemann*. Aufstieg und Fall eines politisch ambitionierten Journalisten und Publizistikwissenschaftlers. Köln.
- Wiedemann, T. (2014). Pierre Bourdieu: Ein internationaler Klassiker der Sozialwissenschaft mit Nutzen für die Kommunikationswissenschaft. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 62 (1), S. 83-101.
- Wiedemann, T., Löblich, M. & Meyen, M. (2012). Praxisorientierung als Überlebensstrategie. Das Fach- und Berufsverständnis des Publizistikwissenschaftlers Walter Hagemann. In: *Studies in Communication | Media*, 1 (2), S. 225-255.
- Wilke, J. (Hg.) (2012). *Die Aktualität der Anfänge*. 40 Jahre Publizistikwissenschaft an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Köln.

Thomas WIEDEMANN,

Dr., ist Postdoc am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität München. Promotion (2012) über Walter Hagemann. Forschungsschwerpunkte: Fach- und Theoriegeschichte der Kommunikationswissenschaft, Filmsoziologie, Qualitative Methoden.

Michael MEYEN,

Prof. Dr., seit 2002 Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität München. Promotion (1995) und Habilitation (2001) an der Universität Leipzig. Forschungsschwerpunkte: Fach- und Theoriegeschichte der Kommunikationswissenschaft, Medialisierung, Kommunikationsgeschichte.

100 Jahre kommunikationswissenschaftliche Fachtradition in Leipzig: von der Zeitungskunde als akademischer Spezialität zur Wissenschaft von der Medien- gesellschaft

Eine Institutsgeschichte im Spannungsfeld von Ideen, Ideologien und Interessen

Erik Koenen
Universität Bremen

Abstract

Die von Karl Bücher 1915 an der Universität Leipzig initiierte Gründung eines Instituts für Zeitungskunde gilt als organisatorischer Nukleus der fachlichen Institutionalisierung der Zeitungskunde und damit als institutionelle Wurzel der kommunikationswissenschaftlichen Fachtradition in Deutschland. Ausgehend von der These, dass Gesellschaft und Wissenschaft interdependent sind und sich in der Entwicklung und dem Wandel von Disziplinen und ihren institutionalisierten Strukturen spezifische Spannungsfelder aus Ideen, Ideologien und Interessen herausbilden, unternimmt der Beitrag eine konzentrierte Zusammenschau von 100 Jahren Leipziger Fach- und Institutsgeschichte in fünf Etappen: (1.) Büchers Idee und die Institutsgründung (1915-1926); (2.) theoretische Fundierung der Zeitungskunde als Wissenschaft durch Erich Everth (1926-1933); (3.) nationalsozialistische Ideologisierung und Instrumentalisierung unter Hans Amandus Münster (1933-1945); (4.) Rekonstitution nach 1945 und Re-Ideologisierung zur „Sozialistischen Journalistik“ (1945-1989); (5.) Abwicklung der „Sozialistischen Journalistik“ nach der politischen Wende 1989/90 und Neugründung eines integrativen Viel-Felder-Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft (1989-1993).

Problemorientierung

Als Karl Bücher am 5. Januar 1915 beim Sächsischen Kultusministerium in Dresden beantragte, innerhalb der von ihm geleiteten Vereinigten Staatswissenschaftlichen Seminare der Universität Leipzig eine neue zeitungskundliche Abteilung einzurichten, war es weder seine Absicht noch abzusehen, dass damit zugleich eine neue Disziplin begründet werden würde. Auf den ersten Blick steht nämlich hinter Büchers Initiative nicht die Idee eines neuen Universitätsfachs, sondern *nur* die ganz praktische Frage der hochschulgebundenen Professionalisierung von Presseleuten im Sinne der ausdrücklichen „Erziehung eines Journalistenstandes“, der „in wissenschaftlicher, technischer und sittlicher Hinsicht seinen großen Aufgaben gewachsen ist“ (Bücher, 1915, nach vom Bruch, 1980,

S. 604). Bücher war nicht nur Presseforscher, sondern zugleich ein scharfer Kritiker des modernen Zeitungswesens, dessen Niedergang für ihn auch Ausdruck „in einem um sich greifenden Verfall der journalistischen Berufsmoral“ fand (Kutsch, 2002, S. 81). Seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 hatte für ihn die „Verwilderung“ von Journalismus, öffentlicher Meinung und Presse einen Zustand erreicht (Bücher, 1926, S. 311), der nicht mehr länger hinnehmbar war. Unverblümt geißelte er in seiner 1915 erschienenen Schrift *Unsere Sache und die Tagespresse* die Kriegshetze, Sensationslust und Verantwortungslosigkeit, mit der die Presse ihren Teil zum sogenannten „Krieg der Geister“ beisteuerte:

„Die Presse hat in allen Ländern ohne Ausnahme sich den Anforderungen des Krieges nicht

gewachsen gezeigt. Sie hat ein beschämendes Bewußtsein von ihrer Pflicht offenbart, der Wahrheit und nur der Wahrheit zu dienen.“
(Bücher, 1915, S. 4)

Um dem wieder Herr zu werden, unterbreitete er eine Reihe Reformvorschläge, wozu für ihn dann nicht zuletzt die Einrichtung akademischer Ausbildungsstätten für Presseleute gehörte. Trotz oder eben gerade wegen der Kriegszustände und der im Krieg für jeden offensichtlich gewordenen Dringlichkeit einer ebenso raschen wie effektiven Professionalisierung des Berufsfeldes Journalismus und Presse hatte er mit seinem Anliegen in Dresden prompten Erfolg – wohl auch wegen der Erwartung der Politik, sich damit Einfluss auf die Vorbildung von Presseleuten zu sichern. Mit ministerieller Genehmigung begann zum Sommersemester 1915, aber noch eingebunden in die Vereinigten Staatswissenschaftlichen Seminare der zeitungskundliche Lehrbetrieb an der Universität Leipzig. Zum Wintersemester 1916 wurde dann offiziell an der Philosophischen Fakultät ein eigenständiges Institut für Zeitungskunde eröffnet. Als erste akademisch verankerte Einrichtung für die Belange von Journalismus, Presse und Öffentlichkeit wirkte die Leipziger Institutsgründung in den folgenden Jahren deutschlandweit als „organisatorisches Initial“ (Kutsch, 1996, S. 8) für die Gründung einer Vielzahl weiterer Institute dieser Art und trotz der Vorbehalte Büchers gegenüber einer neuen Disziplin war sie zugleich die Keimzelle für die heutige Kommunikations- und Medienwissenschaft.

In den Umständen der Gründungssituation des Leipziger Instituts spiegeln sich Entwicklungsprinzipien wider, die für die Disziplingeschichte der Kommunikationswissenschaft in Deutschland seit ihren Anfängen als Zeitungskunde vor 100 Jahren prägend sind. So war nicht Büchers Idee eines Fachs Zeitungskunde allein für die Institutsgründung entscheidend, sondern deren Kopplung und Konturierung mit dem übergreifenden gesellschaftlichen Interesse der Akademisierung von neuen, modernen Wissensfeldern und hier der akademischen Professionalisierung des journalistischen Berufsfeldes im Speziellen (Kutsch, 2010a; Koenen, 2013). Eingelagert in den zeitgenössischen Trend der Professionalisierung einer Vielzahl moderner Berufs- und Wissensfelder mithilfe akademischer Vorbildung wirkte für seine Forderung nach der Einrichtung exklusiver zeitungskundlicher Studienprogramme zusätzlich der gravierende mediale

Wandel stimulierend, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte. Gemeint sind (1.) der Prozess der „Entfesselung“ der Massenpresse, der die gesamte Wilhelminische Ära begleitete, und (2.) der damit korrespondierende Bedarf an immer mehr Fachkräften für dieses neue Berufsfeld Journalismus und Presse (Wilke, 2000, S. 252ff, 291ff). Neben dem Bedarf an gut ausgebildeten Presseleuten entstand mit der zunehmenden gesellschaftlichen Relevanz der Presse (3.) zugleich eine Nachfrage nach Wissenschaftswissen um „öffentliche Kommunikation“, nach Wissen über die „gesellschaftliche Funktion der Zeitung“, „insbesondere ihrer (langfristigen) strukturellen Wirkungen auf die Gesellschaft und ihrer (eher kurzfristigen) kognitiven Wirkungen auf das Individuum.“ (Averbeck & Kutsch, 2002, S. 60).

Fasst man diese Entwicklungen allgemeiner, so sind Medieninnovationen und Medienwandel, Nachfrage nach Wissen um Kommunikation, Medien, Öffentlichkeit seitens der Gesellschaft sowie Professionalisierung von Medienleuten die externen Referenzen, die die kognitive, institutionelle und soziale Identität des Fachs Kommunikationswissenschaft bis heute begleiten und beeinflussen (Meyen & Löblich, 2006, S. 20f, 43, 59). Sie weisen auf starke und zeitlich relativ stabile „strukturelle Kopplungen“ der Disziplin mit anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen und Interessen hin (Weingart, 2003, S. 87). Mit Mitchell G. Ash (2002, 31ff; 2006) lassen sich diese komplexen Wechselbeziehungen zwischen Ideen und Interessen als disziplinspezifisches „Ressourcenensemble“ bzw. „-konstellation“ interpretieren. Ash erweitert mit diesem Konzept explizit

„den Wissenschaftsbegriff über kognitive Inhalte hinaus auf unterschiedliche und in der Regel interdependente Interessenkonstellationen ganz unterschiedlicher Art“.
(vom Bruch, 2002, 25)

Ressourcen sind mehr als nur Ideen und ökonomisches Kapital. Sie umfassen

„gesamtes gesellschaftlichen Problemdruck bzw. Strategien einzelner Sozialgruppen ebenso wie die unterschiedlichen Erwartungsebenen der gestaltenden Politik (...). Scheinbare Widerlager wie etwa ‚Wissenschaft‘ oder ‚Politik‘ verfließen, sie durchdringen einander in Teilmen-

gen und auf unterschiedlichen Akteur- und Interessen-Ebenen“.
(ebd., S. 25f)

Für die Praxis des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft heißt das dann unter anderem, Wissenschaftler nicht mehr „nur als Opfer der jeweiligen Verhältnisse“ zu verstehen: Ressourcen sind

„im Prinzip gegenseitig mobilisierbar, und zwar in dem Sinne, dass Wissenschaftler genauso gut Ressourcen aus der politischen Sphäre für ihre Zwecke mobilisieren, wie Politiker die Wissenschaftler und ihre Ressourcen für ihre Zwecke zu benutzen versuchen können.“
(Ash, 2006, S. 26)

Im Hinblick auf die schwerwiegenden politischen Umbrüche im Laufe des 20. Jahrhunderts erlangen mit einer solchen Perspektive auf die komplexen wechselseitigen Verflechtungen von Gesellschaft, Politik und Wissenschaft und der Kopplung von Ideen und Interessen zuletzt auch *Ideologien* Relevanz in der Mobilisierung von Ressourcen. Gerade unter den Vorzeichen von Ideologien wird Wissenschaft immer wieder neu arrangiert, nehmen Wissenschaftler

„unterschiedliche politische Systeme für sich in Anspruch, sie nutzen gezielt Erfolgchancen in einem dieser Systeme, sie verbünden sich mit länger- oder kurzfristigen gesellschaftlichen Trends, sie werden aber auch von diesen in sehr unterschiedlichen Abhängigkeitsgraden instrumentalisiert.“
(vom Bruch, 2002, S. 26)

In dem folgenden komprimierten Gang durch die Leipziger kommunikationswissenschaftliche Fachtradition sollen diese disziplinspezifischen Verflechtungen von Ideen, Ideologien und Interessen sowie die daraus resultierenden Ressourcenensembles exemplarisch nachverfolgt werden. Eine solche Perspektive entfaltet auch insofern ihre besondere Bedeutung, weil im größeren Zusammenhang der Geschichte des Fachs in Deutschland die Leipziger Fach- und Institutsgeschichte auch über das Gründungsinitial hinaus immer wieder entscheidende wissenschaftsorganisatorische und -politische Wegmarken und Zäsuren der Neuorientierung und Umgestaltung der fachlich-exklusiven Ressourcenkonstellationen markiert, zu denen die Einrichtung des deutschlandweit ersten ordentlichen Lehrstuhls

für Zeitungskunde 1926, die 1933 eigeninitiierte und für die nationalsozialistische Umordnung des Fachs beispielhafte Ideologisierung und Selbstgleichschaltung des Leipziger Instituts ebenso gehören wie der Sonderweg „Sozialistische Journalistik“ nach 1945.

Idee und Institutionalisierung: Die Gründung des Instituts für Zeitungskunde (1915-1926)

Karl Büchers Bemühungen um die Zeitungskunde sind eng mit seiner akademischen Karriere als Nationalökonom verknüpft. Bereits zu Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn in den 1880er-Jahren, als Professor an den Universitäten Dorpat und Basel, interessierte er sich für Fragen der Presse, „vorzugsweise vom historisch-volkswirtschaftlichen und statistischen Standpunkte aus“ (Bücher, 1912, nach Fischer & Minte, 1981, S. 82). Diese Erkenntnisdimensionen bestimmten auch seine erste größere zeitungskundliche Arbeit über *Die Anfänge des Zeitungswesens*. 1893 publiziert in der Aufsatzsammlung *Die Entstehung der Volkswirtschaft* – dem Werk, mit dem er als Nationalökonom Ansehen und Berühmtheit erlangte – steht diese Studie methodologisch in einem unmittelbaren Erkenntniszusammenhang mit einer „einheitlichen Auffassung vom gesetzmäßigen Verlaufe der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung“ (Bücher, 1893, S. VI), geläufig geworden als Büchers „Wirtschaftsstufentheorie“.

Bücher betrachtete die Zeitung immer als insbesondere volkswirtschaftliche, genauer *sozial-ökonomische Erscheinung*. In dieser Perspektive entfaltete er der zeitgenössischen Terminologie Max Webers (1989; zuerst 1904) folgend drei zeitungskundlich relevante Problemfelder: Als erstes interessierte ihn das „moderne Zeitungswesen“ in Bezug auf seine spezifische „gewerbsmäßige“ und „innere Organisation“ als genuin *wirtschaftliche Erscheinung* (Bücher, 1906, S. 482, 493). Unter dem Gesichtspunkt der *wirtschaftlichen Bedingtheit* des Zeitungswesens richtete er seinen Blick im Weiteren auf den erstmals von ihm in dieser Klarheit herausgestellten „Warencharakter der Presse“ (Fischer & Minte, 1981), der für ihn aus ihrer spezifischen Organisation und Struktur als kapitalistisches Unternehmen resultierte. In diesem Zusammenhang entdeckte er jenen medienökonomisch grundlegenden Dualismus, wie er ihn auch in seiner bekannten wie umstrittenen Zeitungsdefinition festhielt, nämlich dass

die Zeitung infolge ihrer arbeitsteiligen und gewerbsmäßigen Organisation den „Charakter einer Unternehmung“ gewinnt, „welche Anzeigenraum als Ware produziert, die nur durch den redaktionellen Teil absetzbar wird“ (Bücher, 1926, S. 21). Noch heute wird dies unter Stichworten wie Anzeigen-Auflagen-Spirale, Quersubventionierung oder Verbundproduktion als Problem der Souveränität redaktioneller Entscheidungsprozesse und Ressourcen von der werbenden Wirtschaft diskutiert. Schließlich war es das funktionale Moment der *wirtschaftlichen Wirksamkeit* oder in seinen Worten „die volkswirtschaftliche Rolle der Zeitung“, denen er unmittelbare zeitungskundliche Relevanz zuschrieb:

„Ist sie auch in dem großen Netze der Verkehrsmittel nur ein Leitorgan, so wäre doch ohne sie das Zusammenwachsen der zahllosen Einzelwirtschaften zu dem einheitlichen Gebilde der Volkswirtschaft, jene allseitige Funktions- und Arbeitsteilung, die unser Dasein so unendlich viel sicherer und reicher gemacht hat, undenkbar.“

(Bücher, 1906, S. 513)

Über diese Problemdimensionen hinaus, die sich aus der bloßen „nationalökonomischen Betrachtungsweise“ ergaben (Bücher, 1917, S. 232), erkannte Bücher die Presse zugleich als hoch signifikanten Träger, Taktgeber und Spiegel im Zusammenhang der epochalen Umbruchprozesse der kapitalistischen Vergesellschaftung der Moderne. Aufgrund ihrer „allgemeinen Funktion“ als „Leitorgan eines unermesslichen Kulturinhaltes, mit dem sie Tag für Tag die Kenntnisse ihrer Leser bereichert“ und die „sozialen Willensströme“ zerstreut, war sie für ihn ein wesentliches Element der „Kultur der Gegenwart“ und als moderne *Kulturerscheinung* zu verstehen, die alle gesellschaftlichen Lebensbereiche durchdringt (Bücher, 1906, S. 507, 510), was in der Konsequenz auf eine übergreifende kulturwissenschaftliche Deutung zielte. Die „Kultur der Gegenwart“ war die des „modernen Kapitalismus“, charakterisiert von Werner Sombart durch die nach und nach in alle gesellschaftlichen Teilbereiche hineinwirkenden Strukturmodi

„privatwirtschaftliche Organisation, Differenzierung von Berufstypen, Marktregulation, (...) klassenspezifische Verfügung über Kapital und Arbeit.“

(Hübinger, 2006, S. 121)

Als das wichtigste Deutungsproblem und die zentrale Deutungsreferenz der „Kulturwissenschaften um 1900“ (vom Bruch, Graf & Hübinger, 1989; Hübinger, vom Bruch & Graf, 1997) ist die vom modernen Kapitalismus geprägte Vergesellschaftung auch die Folie auf der Büchers Analysen des vielfachen Wechselverhältnisses von Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft auf der einen sowie Journalismus, öffentlicher Meinung und Presse auf der anderen Seite zu lesen sind:

„Die moderne Zeitung ist eine kapitalistische Unternehmung, sozusagen eine Neuigkeitenfabrik, in welcher in mannigfach geteilter Arbeit eine große Zahl von Personen (...) unter einheitlicher Leitung gegen Lohn beschäftigt werden, und die für einen unbekannten Leserkreis, (...), Ware erzeugt. Nicht mehr das einfache Bedürfnis des Lesers oder des Kundenkreises ist für die Qualität dieser Ware maßgebend, sondern die sehr komplizierten Konkurrenzverhältnisse des Publizitätsmarktes. (...) Jede Nummer eines großen Tagesblattes, die heute erscheint, ist ein Wunderwerk der kapitalistisch organisierten volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und der maschinellen Technik, ein Mittel des geistigen und wirtschaftlichen Verkehrs, in dem sich die Wirkungen aller anderen Verkehrsmittel: der Eisenbahn, der Post, des Telegraphen und des Fernsprechers wie in einem Brennpunkte vereinigen.“

(Bücher, 1917, S. 259f)

Kurzum, so lässt sich Büchers zeitungskundliche Erkenntnisorientierung prägnant zusammenfassen, die moderne Volkswirtschaft organisiert die „Herstellung von Öffentlichkeit als Gewerbe“ (Pöttker, 2001, S. 161). Trotz der eindringlichen Bemühungen Büchers, mit denen er seit den 1880er-Jahren die Presse als Forschungsgegenstand pflegte und für ihre Wissenschaftstauglichkeit warb, hinter der von ihm initiierten Gründung des Leipziger Instituts für Zeitungskunde steckte dennoch gerade nicht die Idee der Schaffung einer exklusiven „künstlich-pragmatischen Situation“ (Poser, 2001, S. 211f) zur Bearbeitung seines originären Erkenntnisprogramms und zur Genese einer neuen Disziplin. Trotz seiner jahrzehntelangen Umtriebigkeit in dieser Angelegenheit wollte er das Fach im Rahmen der akademischen Journalistenvorbildung lediglich „als eine Übermittlung nützlicher Kenntnisse angesehen wissen, nicht als Eröffnung einer besonderen Wissenschaft.“ (Bücher, 1915, nach Fischer & Minte, 1981, S. 101) Ein entscheidender Grund

für seine Reserviertheit war das geringe Ansehen der Presse in Gelehrtenkreisen. Meinte er das eine Mal vielsagend, „man kann sich leicht denken, welchen Eindruck diese neue Wissenschaft im Kreise der alteingelebten Universitätsdisziplinen“ wecken werde (ebd., S. 100), so ließ er andernorts tiefer in die Gründe für seine Zurückhaltung blicken und nannte scharfsinnig auch wissenschaftsstrukturelle Hemmnisse in dieser Sache beim Namen:

„Die enge Verbindung, welche in Deutschland zwischen wissenschaftlicher Forschung und Universitäts-Unterricht besteht, hat neben manchen unverkennbaren Lichtseiten doch auch einen großen Nachteil. Dieser besteht darin, daß solche Gebiete des Wissens, welche nicht die Grundlage einer akademischen Laufbahn bilden können, von der Forschung vernachlässigt werden. Unter diesem Schicksal hat auch das Zeitungswesen zu leiden.“

(Bücher, 1917, S. 231)

So wusste er genau, dass die zwar reichhaltigen, doch weitgehend isolierten und verstreuten historischen, kultur- und literaturgeschichtlichen, juristischen, soziologischen oder volkswirtschaftlichen Forschungsbemühungen um die Presse keineswegs für die wissenschaftliche Legitimation eines eigenständigen Fachs genügten und schon deswegen die Skepsis gegenüber einer disziplinären Verfestigung dieses nach Meinung vieler Kollegen dann auch noch eben nur profanen Gegenstandes groß und schwer auszuräumen war.

Selbst wenn sich Bücher in der Frage der Verwissenschaftlichung der Zeitungskunde öffentlich immer zurückhaltend positionierte, man darf dennoch skeptisch sein, ob es ihm tatsächlich „nie und nimmer um die Begründung eines neuen Fachgebiets“ gegangen ist (Meyen & Löblich, 2006, S. 53), und er angesichts der vielfachen Hindernisse nicht viel eher kalkulierte, dass dessen disziplinäre Institutionalisierung erstens die richtige Begründung, zweitens den richtigen Zeitpunkt und drittens eine Langfriststrategie erforderte. Geschickt hat er so ja immer wieder das Argument des *gesellschaftlichen Problemlösungsbedarfs* „Professionalisierung des Berufsfeldes Journalismus und Presse“ ins Spiel gebracht, die Kompetenzen der Zeitungskunde dafür herausgestellt und zum Institutionalisierungskern eines akademischen Studienprogramms gemacht (Kutsch, 2010a). Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges erkannte er die Gunst der Stunde, um dies

mit der nun sogar *kulturpolitischen Notwendigkeit* einer solchen akademisch verankerten journalistischen Vorbildung zu untermauern. Statt sich also im universitären Diskurs in der wenig einträglichen und kräftezehrenden Frage der Verwissenschaftlichung zu verschleißen, hat er mit dem Hinweis auf den gesellschaftlichen Bedarf einer mehr denn je nötigen Professionalisierung von Presseleuten den universitären Institutionalisierungsprozess der Zeitungskunde eingeleitet und damit das wohl größte Hindernis auf dem langen Marsch durch die universitären Instanzen aus dem Weg geräumt. Wohl wissend, dass der wissenschaftliche Status einer Disziplin mit jedem weiteren Institutionalisierungserfolg wächst, verwendete er im Sinne einer Langfriststrategie aber auch in der Folge noch viel Energie dafür, das Fach in Leipzig exemplarisch mit einem Set wichtiger weicher und harter *fachpolitischer Er rungenschaften* zu versehen, die seine universitäre Zukunft sichern sollten.

Ein Lehrbuch, seine *Gesammelten Aufsätze zur Zeitungskunde* (1926), eine eigene Schriftenreihe für hervorragende Examensarbeiten seiner Doktoranden, die Einrichtung einer Assistenz und die erste Habilitation im Fach gehörten ebenso dazu wie das Promotionsrecht. Obenan stand natürlich die Lösung der Nachfolgefrage. „Könnte ein einigermaßen brauchbarer Ersatz für Zeitungskunde beschafft werden“, schrieb er 1925,

„so würde ich mich ganz zurückziehen. Aber will ich das für das neue Fach Geschaffene nicht preisgeben, so muß ich wohl aushalten. Denn ich habe den begreiflichen Wunsch, daß es mich überleben möchte.“

(Braubach, 1966, S. 384)

„Tief überzeugt von der gesellschaftlichen Bedeutung der Zeitungskunde und gleichermaßen angespornt durch seinen Ehrgeiz, das von ihm in Leipzig geschaffene Fach und Institut nicht preiszugeben“,

würdigt Arnulf Kutsch das unermüdliche Engagement Büchers in Sachen Zeitungskunde,

„erstritt sich der für die akademische Lehre in zwischen überalterte Gelehrte (...) schließlich Anfang 1926 das fünf Jahre zuvor beantragte Ordinariat. (...) Erst als er damit eine weitere wichtige Voraussetzung für den Fortbestand und die Selbständigkeit des Fachs wie des Instituts

erreicht hatte, zog er sich endgültig aus dem akademischen Leben zurück“.
(Kutsch, 2010b, S. 747f)

Zurecht sahen schon Büchers Fachkollegen sein größtes Verdienst um die Zeitungskunde in ihrer wissenschaftsorganisatorischen Etablierung und Institutionalisierung an den Universitäten:

„Dem Gründer des Instituts für Zeitungskunde an der Universität Leipzig ist nicht nur dieses Institut zu bleibendem Dank verpflichtet, er hat dadurch auch anderwärts die Bahn gebrochen, nachdem frühere Versuche, der Disziplin auf die Dauer akademisches Bürgerrecht zu gewinnen, gescheitert waren. Ohne ihn gäbe es schwerlich auch in Berlin, Heidelberg und München schon Professuren.“
(Everth, 1931, S. 8)

Das waren anlässlich des Todes von Karl Bücher 1930 dann schon Worte seines Nachfolgers: Erich Everth.

Disziplinäre Fundierung: Zeitungskunde als Wissenschaft (1926-1933)

Wie für die Gründungsphase der Zeitungskunde insgesamt typisch, in der die „enge Verbindung mit der Pressepraxis“ (Koszyk, 1997, 31) ein wesentliches Strukturmerkmal war, spielten in der Frage des Nachfolgers von Karl Bücher die praktischen Kenntnisse sowie die mediale Prominenz der Kandidaten eine gewichtige Rolle. Weil es noch am akademischen Nachwuchs für dieses Wissenschaftsfeld mangelte und die Normen für zeitungskundliche Berufungen noch umstritten waren, reichten in der Regel ausgewiesene praktische Erfahrungen, Exzellenz und Reputation als dem wissenschaftlichen Feld zwar fremde, aber immerhin doch gegenstandsaffine Ressourcen, um die hohen Hürden der Berufungsfähigkeit zu überspringen. Alle drei Kandidaten des letztlichen Berufungsvorschlages der Leipziger Philosophischen Fakultät, Emil Dovifat, Alfred Herrmann und Erich Everth, zeichneten sich entsprechend ebenso durch ein umfangreiches geisteswissenschaftliches bzw. historisches Studium wie langjährige journalistische Tätigkeiten aus. Im Vergleich mit den darüber hinaus bereits zeitungskundlich hervorgetretenen Kandidaten Dovifat und Herrmann, die in dieser Reihenfolge die Liste anführten, musste mit der vom Kultus-

ministerium in Dresden entschiedenen Berufung des nur Drittplatzierten Everth in Fachkreisen dennoch zunächst der Eindruck entstehen, dass hier ein gänzlich unbeschriebenes Blatt „mit einer Professur prämiert“ worden war (Bohrmann & Kutsch, 1979, S. 391). Everths fast vierzehnjährige Tätigkeit in immer exponierten redaktionellen Positionen bei einigen der renommiertesten Tageszeitungen der Zeit (Koenen, 2015, S. 62ff) war nämlich der einzige Ausweis, der ihn in irgendeiner Weise für die Zeitungskunde geeignet erscheinen ließ, was sich in Fach- und Ständekreisen in der Einschätzung spiegelte, dass er für eine praktizistische Fachperspektive stehe und im Wesentlichen die Tradition Büchers weiterführen werde (NN, 1926a; b).

Umso überraschender war so, dass Everth gleich in seiner Anfang November 1926 gehaltenen Antrittsvorlesung *Zeitungskunde und Universität* (1927) klarstellte, dass er seine Aufgabe gerade nicht in der illustrativen Vermittlung der eigenen praktischen Erfahrungen und Erlebnisse sah. Stattdessen monierte Everth scharf den kümmerlichen kognitiven Status der Zeitungskunde als Wissenschaft und entwickelte davon ausgehend ein originelles Fachprogramm, das zum Ziel hatte, die desolaten methodischen und theoretischen Grundlagen der Zeitungskunde (neu) zu fundieren (Koenen, 2015, S. 312ff) Allen voran gehörte dazu die Verlagerung des Schwergewichts der Aufgaben von Fach und Institut weg von der journalistischen Vorbildung hin zu zeitungskundlicher Forschung und Theoriebildung. „Zeitungskunde ist ein theoretisches Fach wie alle anderen wissenschaftlichen Disziplinen, die an der Universität getrieben werden“, heißt es deutlich im Leipziger Studienführer von 1928 und weiter:

„Ein Fach Journalistik gibt es an der Universität Leipzig nicht, es gibt nur das Fach Zeitungskunde. Vorbildung künftiger Journalisten und Zeitungskunde sind nicht dasselbe, die beiden Kreise schneiden sich nur, sie decken sich nicht.“
(Everth, 1928, S. 3)

Um die Zeitungskunde als Wissenschaft zu fundieren und zu profilieren, setzte er an der drängenden und immer noch offenen Frage der kognitiven Identität und der Begründung eines einigenden, disziplinär exklusiven Erkenntnisinteresses an. Bis dahin fand die zeitungskundliche Fachgemeinschaft ihre Gemeinsamkeit lediglich in der Beschäftigung mit dem gleichen materi-

alen Gegenstand „Presse“. Eine einigende Frage oder ein gemeinsamer Komplex an Problemstellungen zu diesem Gegenstand, die zumindest eine fachlich-originäre, identitätsstiftende Erkenntnisperspektive konturierten, aber fehlten ihr. Everths Vorstellungen von einer zukünftigen Zeitungskunde als Wissenschaft zeigten sich dementsprechend erst einmal ebenso pragmatisch wie programmatisch in einer innovativen Definition von Erkenntnisgegenstand und -interesse: Der Journalist in seiner Grundfunktion als „Vermittler“ zwischen Gesellschaft und Öffentlichkeit war sein Ausgangspunkt für eine formale erkenntnisperspektivische Bündelung und Fokussierung des materialen Gegenstandsfeldes „Tagespublizistik“ (Everth, 1927, S. 22). In diesem Sinne charakterisierte er die Presse nicht mehr als materiale, sondern grundsätzlich *soziale Form*, die qua ihrer Funktionszuschreibung seitens der Gesellschaft „Öffentlichkeit“ herstellt und vermittelt. Konsequentermaßen verfolgte er eine Erkenntnisperspektive, die nicht mehr bloß phänomenologisch begründet war, sondern sich ausdrücklich für die sozialen Prozesse zwischen Gesellschaft und Kultur auf der einen und Journalismus, Presse und Öffentlichkeit auf der anderen Seite interessierte. Ihm ging es um die Ergründung von Journalismus und Presse als soziale Formen und Strukturen und das *Wie? der öffentlichen Vermittlungsprozesse* zwischen Gesellschaft, Kultur und Zeitung sowie deren Wechselwirkungen mit dem „geistigen Leben der Zeit“:

„Die Zeitung steht, wenn irgend etwas, mitten im Leben, und auch die theoretische Betrachtung darf sie daher nicht isolieren, sondern tut gut, sie mit Erscheinungen des gleichen Zeitalters zusammen zu stellen.“
(ebd., S. 10, 13)

Wie wohl kein anderer Zeitungskundler steht Everth mit dieser Perspektive für das von Stefanie Averbeck und Arnulf Kutsch (2002, S. 60f) als *fachliche Definitionsphase* bezeichnete, entscheidende Stadium in der Grundlegung der Zeitungskunde als Wissenschaft, in dem der noch heute

gültige Kerngegenstand der Kommunikationswissenschaft „öffentliche Kommunikation und ihre sozialen Bedingungen“ als fachlich-exklusives Erkenntnisproblem definiert wurde.

Aus den vielfältigen „Verbindungsfäden“ der Zeitung mit der gesellschaftlichen Umwelt, die sich aus dieser originären Erkenntnisorientierung ergaben, leitete Everth das zeitungskundliche Stoffgebiet ab, das von der Geschichte der Presse, deren Ethik, Psychologie und Soziologie bis zu deren Organisation, Technik und Statistik reichte (Everth, 1927, S. 7; 1928, S. 3f). Damit konzipierte er die Zeitungskunde zugleich als interdisziplinäre Integrationswissenschaft, die gegenstandsadäquat und problemorientiert Ergebnisse, Methoden und Theorien unterschiedlichster Wissenschaften für die Erkenntnisgewinnung heranzieht – und auch wenn

er sich damit seinerzeit nicht durchsetzte, dies entspricht dem Typus von Fachwissenschaft, an dem sich die Kommunikationswissenschaft heute primär orientiert.

Prinzipiell waren die institutionellen Rahmenbedingungen für die Verwirklichung dieser Vorstellungen günstig. Während die meisten In-

stitute zuallererst einmal ihre bloße Existenz zu sichern hatten, verfügte Everth dank Bücher über ein Institut, das organisatorisch ausgebaut war. Die Grundfinanzierung war durch die öffentliche Hand gesichert, die Bibliothek gut ausgestattet, das Promotionsrecht durchgesetzt, der Status des ordentlichen Lehrstuhls war unumstritten, und vor allem leitete er keines der Ein-Mann-Institute wie u.a. sein Kollege Karl d'Ester in München, der sich einmal darüber beklagte, dass er als außerordentlicher Professor „nicht nur Vorstand, sondern auch noch Archivar, Bibliothekar, Schreiber und Ordnungsmann sein soll“ (Meyen & Löblich, 2006, S. 56). Von Bücher hat er den Institutsassistenten Johannes Kleinpaul übernommen und auch dessen in Ungnade gefallenen Habilitanden Walter Schöne als Privatdozenten zurückgeholt. Wissenschaftsorganisatorisch verliehen all diese Momente zusammen genommen dem Leipziger Institut eine deutliche Vorrangstellung innerhalb der deutschen zeitungskundlichen

Damit konzipierte er die Zeitungskunde zugleich als interdisziplinäre Integrationswissenschaft, die gegenstandsadäquat und problemorientiert Ergebnisse, Methoden und Theorien unterschiedlichster Wissenschaften für die Erkenntnisgewinnung heranzieht.

Institutslandschaft. Dies zeigt sich auch in den nüchternen Zahlen der Hochschulstatistik. Das Institut in Leipzig war wohl auch angesichts dessen, dass das Fach insgesamt unter Studierenden an Beliebtheit gewann, bis zum Wintersemester 1932/33 das größte Institut in Deutschland geworden (Wilkens, 1933). Entsprechend änderte Everth, auch wenn er gegenüber Fakultät und Universität an seinem Anspruch, ein theoretisches Fach zu lehren, keinerlei Abstriche machte und das Institut zuerst als Forschungseinrichtung verstand, an dem Curriculum Büchers wenig. So sicherte er sich den wichtigen legitimatorischen Benefit *Nachfrage*, indem er es letztlich den Studierenden überließ, ob sie das Lehrangebot eben auch als Vorbereitung für den Presseberuf zu nutzen wussten – was sie zu seinem Leidwesen dann allerdings auch mehrheitlich taten.

Denn trotzdem Everth als Wissenschaftler innovativ und hochproduktiv war und in den etwas mehr als sechs Jahren seines wissenschaftlichen Wirkens über ein Dutzend Beiträge in einschlägigen Fachzeitschriften sowie eine umfangreiche Monografie veröffentlichte – bei seinen Studenten und wichtiger noch den Fachkollegen fand seine Zeitungskunde kaum Beachtung. Abgesehen von einigen Nachwuchswissenschaftlern, die sich von seinen Ideen inspirieren ließen (Averbeck, 1999), konnte er sich mit seinem originären Erkenntnisprogramm, der Umkehr der Prioritäten von Theorie und Praxis und seinem Ziel der Fundierung der Zeitungskunde als Wissenschaft weder im Kern des Fachs durchsetzen, noch gelang es ihm, eine Schule zu bilden. Sucht man nach den Gründen, warum er für die Zeitungskunde keine „integrative Figur“ (Averbeck, 2002, S. 28) wurde, so lag das nicht bloß an einer nur rudimentär entwickelten Diskussionskultur im Fach und einer von zu viel Theorie überforderten Studierendenschaft, sondern nicht zuletzt auch an der kurzen Dauer und dem plötzlichen Ende seines Wirkens.

Everths Wirken fand im Frühjahr 1933 ein abruptes Ende. Anlass war seine Teilnahme an dem Mitte Februar 1933 in Berlin veranstalteten Kongress *Das Freie Wort*, der einzigen öffentlichen Protestkundgebung gegen das gerade an die Macht gekommene NS-Regime (Briegleb & Uka, 1983; Carstens, 2013), und ein Vortrag, mit dem er dort für die Wahrung der Pressefreiheit eintrat. Everth blieb mit seinem mutigem Auftritt der einzige Zeitungskundler, der sich öffentlich

gegen die mit den nationalsozialistischen Notverordnungen *Zum Schutze des Deutschen Volkes* verbundenen Gewaltmaßnahmen gegen die deutsche Presse einsetzte. Sein Engagement musste er mit dem Verlust seiner Professur bezahlen. Erst beurlaubt und monatelang mit sogenannten „politischen Ermittlungen“ verfolgt, sah er sich inzwischen schwer erkrankt im Spätsommer 1933 zu seiner vorzeitigen Emeritierung gezwungen. Wenige Monate später starb er im Juni 1934 in Leipzig.

Nationalsozialistische Ideologisierung und Instrumentalisierung: Totalitäre Publizistik (1933-1945)

Mit dem „Einfall“ des Nationalsozialismus in die Wissenschaft 1933 und ihrer rigiden Instrumentalisierung im Sinne von NS-Ideologie und -Politik wurde ein System von besonders förderungswürdigen Führungswissenschaften etabliert (Lundgreen, 1985, S. 9), zu denen auch die Zeitungswissenschaft gehörte – so nun die von oben verordnete, verbindliche Fachbezeichnung. Im Gegenzug für politische Hörigkeit und regimekonforme Selbstgleichschaltung profitierte das Fach insgesamt vom NS-Regime mit einem staatlich geförderten, starken institutionellen Ausbau. Auf das Ansinnen des Regimes, Journalismus und Presse künftig nur noch als Instrument der Lenkung und Kontrolle öffentlicher Meinung zu gebrauchen, reagierte das Fach unumwunden mit einer ideologischen Instrumentalisierung seiner Inhalte, die sich grundlegend an der Funktion und Leistung von Medien für Propagandazwecke orientierte. Es gab somit „keinen politisch neutralen Forschungsgegenstand mehr“:

„Die Orientierungskomplexe ‚Führerstaat‘ und ‚Zeitung als publizistisches Führungsmittel‘ bestimmen die Ideengestalt“ und „öffentliche Kommunikation gilt nunmehr als Propaganda, Propaganda als legitimes Volksaufklärungsmittel, Öffentlichkeit als Volksgemeinschaft der ‚rassisch-völkischen Gleichheit von Mitteilendem und Mitteilungsempfänger“.“
(Averbeck & Kutsch, 2002, S. 61, 63)

In Leipzig geriet das Institut infolge der Zwangsbeurlaubung Erich Everths im Sommer 1933 zunächst in eine ernste institutionelle Krise, die sich zeitweilig sogar zur Existenzfrage auswuchs. Im Ringen um den Erhalt des Instituts spielte die Leipziger Studentenschaft und ihr voran Karl

Oswin Kurth eine federführende Rolle (Kutsch, 1984). Kurth nutzte die Institutskrise zu einer „Machtergreifung im Kleinen“. Für ihn hatte das Institut nur eine Überlebenschance, wenn es sich unmittelbar in die Dienste des NS-Staates stellte. In seiner Funktion als Leiter der Leipziger nationalsozialistischen Fachschaft der Zeitungswissenschaft sah er es als seine Aufgabe, das Institut zu retten, und trimmte es dafür unverhohlen auf NS-Kurs: Mit der

„Gründung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda wurde augenfällig dokumentiert, ein wie großes Interesse der neue Staat der Presse und Propaganda entgegenbrachte. Da nun aber der Geist, der bis dahin im Leipziger Institut für Zeitungskunde geherrscht hatte, der nationalsozialistischen Auffassung von Publizistik und Propaganda geradezu entgegengesetzt war, mußte eine studentische Organisation geschaffen werden, um hier eingreifen zu können.“
(Kurth, 1934, S. 46f)

In diesem Sinne organisierte Kurth als Ersatz für die entfallenen Veranstaltungen Everths eine kleine Vortragsreihe, die thematisch auf die Presse- und Propagandapolitik des neuen Regimes zugeschnitten war.

Genau in diesem Zusammenhang reüssierte Everths Nachfolger Hans Amandus Münster, der sich den Studierenden „als glühender Nationalsozialist präsentierte“ (Kutsch, 2010b, S. 752) und ihnen in seinem Vortrag *Zeitung und Zeitungswissenschaft im neuen Staat* die im Vergleich zum „liberalen Zeitalter“ nun „vollkommene Verschiebung der auf die Presse einwirkenden Kräfte“ klarmachte:

„Riesengroß tritt das Staatsinteresse nun, da die Autorität nichts als die praktisch gewordene öffentliche Meinung ist, in den Vordergrund und stellt sich gebietend vor alle anderen Einfluss nehmenden Faktoren. Leser, Verleger, Redakteure und alle Umweltkräfte, soweit sie sich staatlich regulieren lassen, werden jetzt in den Dienst des einen großen Gedankens gestellt, der als die nationale Meinung ursprünglich von unten nach oben gewachsen ist und nun umgekehrt von oben nach unten erzieherisch wirkt. Da verblassen die alten liberalen Ideen von Pressefreiheit und Zensur und werden zu Unwichtigkeiten. Zensur ist garnicht mehr nötig, wenn der Staat sich die Erziehung aller Jour-

nalisten in seinem Sinne angelegen sein läßt. Pressefreiheit kann ruhigen Gewissens erlaubt werden, wenn der Staat sich darauf verlassen kann, daß seine Zeitungsschreiber die neue Weltanschauung in sich aufgesogen haben und nicht mehr von ihr lassen können.“

(Münster, 1933, S. 281f)

Der gerade einmal 33-jährige Münster hatte mit diesen Worten, mit denen er die Studierenden auf die neue Pressepolitik des Regimes einschwor und ihnen die Ziele einer nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft vorstellte, in Leipzig viel Eindruck gemacht. Wenige Wochen nach seinem Vortrag wurde er erst einmal kommissarisch mit der Leitung des Instituts betraut. Und auch in den Verhandlungen um die Neubesetzung des Lehrstuhls einigte man sich auf Münster, der dann zum Start des Sommersemester 1934 offiziell die Nachfolge Everths übernahm – ein Bruch, der bezogen auf das Erkenntnisprogramm und die Ziele der Zeitungskunde Everths nicht krasser hätte ausfallen können. Das war Tabula rasa zugunsten einer nur noch werturteilsgeladenen, auf der NS-Ideologie gegründeten „Lehre von der Publizistik (oder der politischen Publizistik)“ (Münster, 1935b, S. 10; Jedrarczyk, 2011), die par excellence im Konnex von Politik und Publizistik die Kernelemente nationalsozialistischer Wissenschaft verwirklichte: (1.) die Absage an das Ethos einer autonomen, wertfreien, kurzum: voraussetzungslosen Wissenschaft; (2.) die Forderungen „nach einer ‚ganzheitlichen‘ Wissenschaft“ sowie (3.) nach der Einheit von „Wissenschaft und Leben“: „Wissenschaft dürfe künftig kein Selbstzweck mehr sein“, sie müsse Staat und Volk dienen und so ihre „Nützlichkeit“ erweisen; (4.) die Übernahme der Schlüsselstücke der NS-Ideologie wie u.a. ‚Führerstaat‘ und ‚Volksgemeinschaft‘ als zentrale Erkenntnishorizonte und Ordnungsprinzipien von Wissenschaft (Grüttner, 1997, S. 141ff). In Münsters 1935 publizierter *Einführung in die Zeitungswissenschaft*, die im Untertitel den ideologischen Konnex von „Zeitung und Politik“ herausstellte und die neue „Richtschnur“ (Münster, 1935a, S. 8) für die Studierenden der Zeitungswissenschaft war, wurden diese Prinzipien systematisch re-formuliert. Der „Zweck“ der Zeitungswissenschaft sei es, so Münster,

„Schaden und Nutzen, kurz die gesamte Bedeutung der Zeitung im Leben der Völker kristallklar aufzuzeigen, die Beeinflussungsmöglichkeiten dieses politischen Führungsmittels darzustellen, die ausschlaggebenden Macht-

faktoren im deutschen und ausländischen Zeitungswesen kennenzulernen und so die Voraussetzungen für ein wissenschaftlich begründetes Urteil über die deutsche und ausländische Zeitung zu schaffen.“
(Münster, 1935b, S. 6)

Die Kriterien, um aus „nationalsozialistischer Grundhaltung“ heraus „alle überhaupt möglichen Pressesysteme gleichsam am lebenden Objekt zu studieren“ und zu beurteilen, sind die Korrespondenzen zwischen den geistigen, rechtlichen und wirtschaftlichen „Machtfaktoren“ der „Zeitungsherstellung“ und der „Eigenart“ und den „Interessen“ eines Volkes im Kontext von „Regierungssystem“, „Bevölkerung“ und „Rasse“ (ebd., S. 5, 6f).

Mit diesem Leitidee einer von Dogmen der NS-Ideologie durchtränkten Fachkonzeption spielte Münster für die Programmatik der ‚neuen‘ Zeitungswissenschaft, die ihre Erkenntnisinteressen und Forschungsgegenstände einzig und allein an den politisch-propagandistischen Verwertungsinteressen des NS-Staats ausrichtete, eine Schlüsselrolle. In Korrespondenz zur NS-Propagandadoktrin der Instrumentalisierung, Lenkung und Kontrolle aller Medien weitete er die Zeitungswissenschaft offensiv zu einer totalitären Lehre von der Publizistik, die sich auf die Erforschung aller der von ihm so bezeichneten *politisch-publizistischen Führungsmittel* erstreckte und sich insbesondere für deren publizistisches Wesen und ihre publizistischen *Wirkungen* interessierte:

„Die Gesetze der Wirksamkeit verschiedener publizistischer Waffen, wie Zeitung, Rundfunk, Film, Zeitschrift, Buch usw. auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu erforschen und gegeneinander abzuwägen, wird deshalb eine der Aufgaben sein, die im Mittelpunkt aller zeitungswissenschaftlichen Bemühungen stehen.“
(Münster, 1933, S. 287)

Gemeint waren nichts anderes als Erkenntnisse,

„mit welchen publizistischen Strategien und Techniken die Menschen für die Ziele der Diktatur gefügig gemacht werden können.“
(Kutsch, 2010b, S. 754)

Für ihn war es gleichermaßen eine wissenschaftliche wie politische Aufgabe, wie er am Beispiel des Führungsmittels „Zeitung“ erläuterte, die

„auf die Zeitungsherstellung einwirkenden Kräfte daraufhin zu beobachten, (...) inwieweit die Zeitungen eines Landes wirklich die Interessen des gesamten Volkes vertreten“: Nur „wenn Volk und Staat und Führer eins sind und die Presse Ausdrucksorgan dieser Einheit, sind die Zeitungen berechtigt, sich als Vertreter ‚öffentlicher Interessen‘ und Organe der ‚öffentlichen Meinung‘ eines Volkes zu bezeichnen.“
(Münster, 1935b, S. 6)

Dem Journalisten kam damit zwangsläufig nur noch die Rolle eines „Hilfsmanns des Politikers“ zu (Kutsch, 2010b, S. 753), wonach sich zuletzt auch die Funktion des zeitungswissenschaftlichen Studiums in der Vorbildung des sogenannten Schriftleiternachwuchses streng zu richten hatte:

„Der deutsche Schriftleiter hat einen amtlichen Auftrag bekommen, mitzuwirken an der Durchsetzung der Ideen des nationalsozialistischen Staates.“
(Münster, 1935a, S. 1)

Mit der ausdrücklichen Indienststellung der zeitungswissenschaftlichen Lehre für die NS-Schriftleiter-Ausbildung, wie sie qua *Schriftleitergesetz* festgeschrieben und verordnet wurde, hatte sich die Zeitungswissenschaft langfristig nicht nur theoretisch, sondern auch gegenüber der Praxis nachhaltig kompromittiert. Tief verstrickt in die Machenschaften des NS-Regimes gehörte das Fach „zur eindeutig NS-bestimmten Wissenschaft“ (Bohrmann, 2002, S. 30) und an dieser Nähe wäre das Fach insgesamt und nicht nur in Leipzig nach dessen Ende „fast kaputt gegangen“ (Meyen & Löblich, 2006, S. 64).

Rekonstitution und Re-Ideologisierung: Sozialistische Journalistik (1945-1989)

Nach dem Ende des NS-Staats und des Zweiten Weltkrieges 1945 trennt sich die Geschichte der kommunikationswissenschaftlichen Fachtradition nicht zuletzt infolge der Gründung der beiden deutschen Staatlichkeiten im Herbst 1949 in zwei Entwicklungspfade auf. In den westdeutschen Besatzungszonen waren nach dem Krieg lediglich die Institute in Berlin, München und Münster wiedereröffnet worden. Wegen der offensichtlichen Nutznießung und „direkten Subventionierung“ sowie der teilweise sogar „direkten Personalpolitik“ war es strikte politische

Auflage der dortigen Besatzungsmächte, „sich alle erneut zugelassenen Institute und deren Personal genau anzusehen.“ (Bohrmann, 2002, S. 17, 29, 30) Inhaltlich war ein erster kognitiver Fluchtpunkt im Prozess der Entideologisierung und Re-Formierung des diskreditierten Fachs Zeitungswissenschaft seine Neukonzeption als Publizistikwissenschaft und die Definition des „publizistischen Prozesses“ als neue formale Erkenntnisperspektive (Averbeck & Kutsch, 2002, S. 63f; Wiedemann, 2012). Ende der 1950er- und im Verlauf der 1960er-Jahre wurde dann das publizistikwissenschaftliche Fachkonzept, das sich insbesondere auf publizistisch hergestellte öffentliche Kommunikation konzentrierte, zunehmend in Richtung Kommunikationswissenschaft und „Kommunikation sui generis“ entgrenzt (Averbeck & Kutsch, 2002, S. 63; Klein, 2006). Parallel stimulierte der Prozess einer grundlegenden sozialwissenschaftlichen Neuorientierung, die mit der Rezeption der US-amerikanischen *Mass Communication Research* einherging, den Wandel der kognitiven Identität der Kommunikationswissenschaft zur Sozialwissenschaft (Löblich, 2010).

Dass man demgegenüber an der Universität Leipzig, die bis 1989 in der DDR die einzige Universität für Journalistenausbildung und im weitesten Sinne auch kommunikationswissenschaftliche Forschung blieb, einen ganz anderen Weg ging, illustriert die Polemik, mit der sich der spätere Nestor der Leipziger „Sozialistischen Journalistik“ Hermann Budzislowski von den skizzierten Entwicklungen, die das Fach in der Bundesrepublik durchlief, scharf abgrenzte:

„Bei der Wiedereröffnung der Leipziger Universität im Jahre 1946 schien es unvermeidlich, daß zunächst an die alte bürgerliche Scheinwissenschaft von der Publizistik angeknüpft und daß unter Erneuerung die Einbeziehung inzwischen mächtig entwickelter amerikanischer Forschungsmethoden verstanden wurde. Aber dieser Versuch geriet schnell mit den objektiven Notwendigkeiten unserer gesellschaftlichen Entwicklung in Widerspruch. Aus der alten Publi-

zistik, deren schadhafte Stellen mit Fetzen neuer amerikanischer Zeitungswissenschaft zugedeckt wurden, ließ sich keine Lehre für den Aufbau einer sozialistischen Presse neuen Typs anleiten, das aber war es, was wir brauchten.“
(Budzislowski, 1962, S. 45)

Formal wurde die Politisierung von Journalismus und Presse im Sinne der sozialistischen Ordnung auf der 1. Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED besiegelt, die im Februar 1950 unter dem Motto „Unsere Presse – Die schärfste Waffe der Partei“ stattfand.

Damit spielte Budzislowski auf das neue Institut für Publizistik an, das seit 1946 als Ersatz für das geschlossene zeitungswissenschaftliche Institut an der aus der Leipziger Handelshochschule hervorgegangenen neuen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität angesiedelt war. Leiter dieses Instituts war Gerhard Menz, der vor dem Krieg u.a. auch am Institut für Zeitungswissenschaft Zeitschriftenkunde gelehrt hatte.

Trotz dieser Vorbelastung sprachen neben der fachlichen Eignung die versicherte politische Läuterung und nicht zuletzt die Personalknappheit für Menz. Auch „die sowjetische Besatzungsmacht operierte oft nach dem Motto, wer mit uns gut zusammenarbeitet, über dessen Vergangenheit können wir hinwegsehen.“ (Bohrmann, 2002, S. 18) Menz bemühte

sich entsprechend in der kurzen „antifaschistisch-demokratischen Phase, in der die sowjetische Besatzung Mitstreiter für die Veränderung der Gesellschaft suchte“ (ebd.), an die Leipziger Traditionslinien vor 1933 und hier insbesondere an die von Bücher und Everth entwickelten Ideen und die Konzepte der journalistischen Professionalisierung im universitären Kontext anzuknüpfen, wobei er sich ausdrücklich „auf eine demokratische Gesellschafts- und eine pluralistische Medienordnung“ bezog (Kutsch, 2010b, S. 755). Das entsprach durchaus den Vorstellungen von Universität und Stadt, die gefordert hatten, dass sich das Institut in „der Heranbildung des publizistischen Nachwuchses“ an den „demokratischen Aufgaben und Zusammenhängen der Presse“ orientieren solle (Schreiben Erich Zeigners, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, an Paul Wandel, Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, 10. Juli 1946, Universitätsarchiv Leipzig, R 81h).

Konkurrenz erhielt Menz 1947 durch ein gleich-

namiges Institut, das an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät entstanden war und unter der Leitung Hermann Budzislawski zum Grundstein für die 1954 gegründete Fakultät für Journalistik wurde. Auch hier sah man in der „Ausbildung des journalistischen Nachwuchses“ ein „sehr dringendes Problem“ (Budzislawski, 1959, S. 5), verknüpfte dies jedoch mit einer nachdrücklichen ideologischen Mobilisierung der künftigen Journalisten unter marxistisch-leninistischen Vorzeichen. Im „öffentlichen Rechenschaftsbericht“ zum Tage der Universität 1958 schilderte Budzislawski seine Vorstellungen vom Berufsbild des Journalisten als sozialistischen Führungskader:

„Wir erziehen sozialistische Journalisten. Darunter verstehen wir Menschen, die ihren Beruf nicht als Broterwerb auffassen, sondern als Dienst am Volk, dem in täglicher journalistischer Arbeit ein Bild unseres sich verändernden Lebens (...) übermittelt wird. (...) Diese Vermittlung des richtigen, des marxistisch-leninistischen Weltbildes ist die eine Aufgabe des sozialistischen Journalisten. Die andere, nicht minder wichtige Aufgabe besteht darin, jeden einzelnen Menschen von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen und ihn anzuregen, daß er seinen Teil zur sozialistischen Umgestaltung unseres Landes beiträgt. Unsere Presse hilft den Umgestaltungsprozess zu organisieren und greift dabei im einzelnen operativ ein.“
(ebd., S. 8)

Spätestens mit der Staatsgründung der DDR am 7. Oktober 1949 hatte sich diese Vorstellung vom Journalisten als „Funktionär, der mit journalistischen Mitteln an der Leitung ideologischer Prozesse teilnimmt“ (Sektion Journalistik, 1984, S. 111), ganz im Sinne der SED-Hochschulpolitik und der „offensiven Umwandlung vor allem der Gesellschaftswissenschaften zu einem Faktor normativer sozialistischer Bewusstseinsbildung“ (Kroll, 2003, S. 107) in der Leipziger Journalistenausbildung durchgesetzt. Formal wurde die Politisierung von Journalismus und Presse im Sinne der sozialistischen Ordnung auf der 1. Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED besiegelt, die im Februar 1950 unter dem Motto „Unsere Presse – Die schärfste Waffe der Partei“ stattfand. In der dort verabschiedeten Resolution „Über die Entwicklung der Presse der SED zu einer Presse von neuem Typus“ hin zum „Führungs- und Kampfinstrument der marxistisch-leninistischen Partei“ (Sektion Journalistik, 1984, S. 161) wurden das „ideologische Rüstzeug“

und die „organisatorischen Festlegungen“ zur staatlichen Reglementierung von Journalismus und Presse verabschiedet, die im Wesentlichen bis 1989 Bestand hatten (Holzweißig, 2002, S. 87f). Wissenschaftsorganisatorisch spiegelte sich dieser Prozess in der Eröffnung eines Instituts für Publizistik und Zeitungswissenschaft infolge der erzwungenen Vereinigung der beiden Publizistik-Institute 1951, in dessen Überführung in die Fakultät für Journalistik 1954 und schließlich in deren Umwandlung in die Sektion Journalistik 1969, wobei das Fach „Sozialistische Journalistik“ mit jedem dieser institutionellen Schritte immer stärker in den Hegemonialbereich der SED gerieten.

Mit der Zusammenlegung der Publizistik-Institute von Budzislawski und Menz war auch gleichzeitig das Ende für die sogenannte bürgerliche Leipziger Fachtradition gekommen. Für Partei und Staat war diese weder geeignet, den journalistischen Nachwuchs entsprechend dem herrschenden Bildungsideal der „sozialistischen Menschenbildung“ (Kroll, 2003, S. 47) auszubilden, noch konnte sie Erkenntnisse über politisches Wesen und Wirksamkeit der Presse in einer sozialistischen Gesellschaft liefern. Für die Ausformung und Begründung der Journalistik als eine in diesem Sinne „marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft“ wurde Budzislawskis Lehrbuch *Sozialistische Journalistik* (1966; Blaum, 2002) bedeutsam. Es konturierte pars pro toto Lehrinhalte und Forschungsschwerpunkte, die bis zum Ende der DDR im Mittelpunkt der Journalistikwissenschaft standen. Folgt man den im *Wörterbuch der sozialistischen Journalistik* (1984) definierten Problemdimensionen dieses Wissenschaftsgebietes, dann war es dessen vorrangiger Zweck, den Journalismus umfassend als „gesellschaftliche Erscheinung“ der sozialistischen Gesellschaft in den Blick zu nehmen:

„(1.) als Erscheinung des geistigen Lebens der Gesellschaft, (2.) als Bestandteil und Instrument der politischen, ideologischen, ökonomischen und kulturellen Tätigkeit sozialer Klassen, (3.) als Form der Massenkommunikation und als geistig-praktische Tätigkeit sowie (4.) als Institution des politischen Überbaus.“
(Sektion Journalistik, 1984, S. 112)

Schwerpunkte der Forschung waren entsprechend „das konkrete Wirken des Journalismus als Bestandteil der politischen Massenarbeit“, „der

journalistische Arbeitsprozess und seine Leitung und Planung“ sowie die „Methodik des journalistischen Schaffens“ – alles immer unter der Maßgabe der Optimierung des Journalismus als einer zentralen „politischen Institution“ der sozialistischen Gesellschaft (ebd., S. 112, 159).

Von der Sozialistischen Journalistik zur Kommunikations- und Medienwissenschaft (1989-1993)

Wendezeit 1989/90: Friedliche Revolution, politischer Umbruch, schließlich die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990, das ist der historische Kontext; die inhaltliche Abwicklung der DDR-Journalistik, ein Hungerstreik für den Erhalt wenigstens des Instituts im Dezember 1990, zuletzt die Neugründung einer fachwissenschaftlichen Einrichtung unter dem Namen Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft am 2. Dezember 1993, das sind die historischen Wegmarken in der jüngsten Geschichte des Leipziger Instituts.

Nachdem im Herbst 1989 der Studienbetrieb der Sektion Journalistik zeitweise ganz ausgesetzt worden war und im Laufe des Jahres 1990 als Konsequenzen der politischen Wende im Rahmen einer grundlegenden Neukonzeption und kritischen Selbstevaluation zumindest wieder ein Übergangsstudienprogramm organisiert werden konnte, hatte der am 11. Dezember 1990 im Sächsischen Kabinett gefasste Beschluss, alle diejenigen Fachbereiche zu schließen und neu zu gründen, „deren Aufgabenstellung durch die grundlegenden Veränderungen in Staat und Gesellschaft einen völligen Wandel erfahren muß“ (nach Reimers, 2013, S. 86), auch für die Leipziger Sektion unmittelbare Wirksamkeit. Die Ausbildung systemoptimierender Journalisten war nun ebenso verzichtbar wie Journalismus- und Kommunikationsforschung unter sozialistischen Vorzeichen. Tags darauf reagierte der kommissarische Sektionsdirektor Hans Poerschke in einem offenen Brief mit Unmut auf diesen Entschluss:

„Wir sind empört über den undemokratischen Charakter der Entscheidung, die über unsere Köpfe wie auch über die der Universitätsleitung hinweg, also unter Ausschaltung jeglicher Autonomie der Universität erfolgte. Als eine gesellschaftswissenschaftliche Einrichtung, die eng in die Politik des alten Systems eingebun-

den war, sind wir uns der Notwendigkeit einer grundlegenden inhaltlichen, strukturellen und personellen Erneuerung bewusst. Darauf zielten alle Maßnahmen, die wir auf dem Boden eines demokratischen Konsenses von Wissenschaftlern und Studenten im letzten Jahr eingeleitet haben. Umso betroffener macht es uns, dass diese Entscheidung ohne den geringsten Versuch getroffen wurde, den derzeitigen Stand demokratischer Erneuerung von Lehre und Forschung zur Kenntnis zu nehmen.“

(nach ebd., S. 88)

Im Ringen um den Erhalt des Instituts verwiesen die bislang Verantwortlichen recht pragmatisch und ohne größere Berührungsängste mit den bundesdeutschen Fachkollegen auf das „beachtliche handwerklich-technische Niveau ihrer Ausbildungseinrichtung“ und den „traditionellen Praxisbezug des Studiums“ (Weischenberg, 1992, S. 35f), die nun auf einmal auch ganz ohne das ideologische Korsett „Marxismus-Leninismus“ funktionieren sollten:

„Wir sehen das Bewahrenswerte vor allem in der Verbindung von wissenschaftlich fundiertem Gestaltungswissen mit praktischen Übungen und im Training journalistischer Fertigkeiten durch ein enges Zusammenspiel von Universität und journalistischer Praxis.“

(Herden & Preisigke, 1990, S. 431)

Dass zur Professionalisierung von Journalisten in einer demokratisch verfassten Gesellschaftsordnung mehr als bloße journalistische Methodik gehört, dass fortan Berufsbild, Berufsethik und Berufswissen für die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrages der Herstellung und Vermittlung von Öffentlichkeit Hand in Hand zu gehen hatten, diesen Schluss zogen nur wenige:

„Die Leipziger Ausbildungsstätte hat eine lange Geschichte. (...) Besinnen auf gute Traditionen? Schön wäre es, wenn es nach Jahr und Tag hieße: In Leipzig haben Sie studiert? In der Stadt, von der die Wende damals ausging! Dann müssen Sie ja das journalistische Handwerk beherrschen. Und das demokratische.“

(Wagner, 1990, S. 11)

Karl Friedrich Reimers, zu dieser Zeit Professor für Kommunikations- und Medienwissenschaft am universitären Department der Hochschule für Film und Fernsehen München, war es schließlich, der in dieser schwierigen Umbruchs- und Über-

gangssituation vom Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft zum Gründungsdekan eines neuen Fachbereichs „Journalistik, Kommunikationsforschung und Medienwissenschaft“ berufen wurde (Reimers, 2003a, S. 120). Reimers war von Anfang an klar, dass „nur Journalistik“, bei den Entscheidungsträgern in der sächsischen Landespolitik wie in der westdeutschen Fachgemeinschaft gleichermaßen diskreditiert, in Leipzig „keine wirkliche Chance“ mehr hatte (Reimers, 2003b, S. 4) und widmete sich mit dem ihm ganz eigenen Gefühl für „Strukturen, Prozesse und den Menschlichen Faktor“ der Herausforderung des Projekts „Neugründung“ (Reimers, 2013).

Das Ziel, das Reimers kurz als „KMW Uni Leipzig“ (2003b, S. 4) bezeichnete, war der „Aufbau einer Fakultät oder eines interdisziplinären Fachbereichs für Kommunikations- und Medienwissenschaften“ (Reimers, 1992, S. 156) mit einer deutlichen Berufsfeldorientierung:

„eine Disziplinen-Familie, die forschendes Lehren und Lernen auf neue Beine stellt; die zugleich ungewohnte Zugänge zum schnellen Wandel in den nahe liegenden, immer unterschiedlicher gebauten Berufsfeldern möglich macht (ohne sich mit einer Fachschule oder reinen Berufs-Hochschule zu verwechseln); die einer ideologisch un-fixierten Journalistik nun mitten unter ihren Korrespondenzfächern einen Zukunftsplatz ermöglicht; die eben als kommunikations- und medienwissenschaftliches Strukturen-Haus funktioniert, frei von wissenschaftlich verbrämten Ideologismen und ohne pseudowissenschaftliche Weltbild-Selbstverpflichtungen – offen und disponiert für neue, weitergreifende Erkenntnis-Prozesse, und dies bewusst in Leipzig!“

(Reimers, 2013, S. 96)

Niedergeschlagen hat sich dieses „Bau-Muster“ (Reimers, 1992, S. 157) für die Leipziger Kommunikations- und Medienwissenschaft in einem

„kreativen Fächerverbund“ bestehend aus den „fünf Säulen“: I. Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft, II. Empirische Kommunikations- und Medienforschung, III. Journalistik, IV. Medienwissenschaft, V. Öffentlichkeitsarbeit und Public Relations (Kutsch, 2010b, S. 759).

Mit diesem Strukturmodell sollten, indem es alle verfügbaren Fachperspektiven zum Gegenstandsbereich öffentliche Kommunikation und Medien zusammenführte, ebenso das Spiegelbild einer differenzierten Mediengesellschaft wissenschaftlich einfangen werden wie der gesellschaftliche Professionalisierungsbedarf eines immer komplexer werdenden Berufsfeldes Medien gedeckt werden. Wissenschaftsorganisatorisch orientierte es sich daran, die drei bis dato einander meist zuwiderlaufenden Trends in der bundesdeutschen Fachentwicklung nach 1945: (1.) die fortwährende Ausdifferenzierung und Entgrenzung der Kommunikationswissenschaft in immer mehr Teildisziplinen, (2.) die Herausbildung einer geisteswissenschaftlich orientierten Medienwissenschaft sowie (3.) die verschiedenenorts entwickelten Modelle einer hochschulgebundenen Professionalisierung von Medienleuten unter einem Dach institutionell zu integrieren (Meyen, 2011). Unbestritten liegt darin die zentrale „fachliche Innovation“ des Leipziger „integrierten Fünf-Säulen-Modells“ (NN, 2003, S. 2). Trotzdem hat es bislang keinen Modellcharakter erlangt (Meyen, 2011) und offen ist auch, wie konkurrenzfähig, integrativ und robust dieses Modell langfristig angesichts der heutigen wissenschafts- und fachpolitischen Herausforderungen von Bologna und einer immer kleinteiligeren Modularisierung des Studiums sowie einer im Zeichen von Eliteforschung und Exzellenz immer akzentuierteren Profilierung von Fächern und Instituten ist – Fragen, denen zukünftige Historiker der kommunikationswissenschaftlichen Fachtradition in Leipzig nachgehen sollten.

Bibliografie:

- Ash, M.G. (2002). Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander. In: vom Bruch, R. & Kaderas, B. (Hg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik*. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart, S. 32-51.
- Ash, M.G. (2006). Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert – was hatten sie miteinander zu tun? In: vom Bruch, R., Gerhardt, U. & Pawliczek, A. (Hg.), *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart, S. 19-37.
- Averbeck, S. (1999). *Kommunikation als Prozess*. Soziologische Perspektiven in der Zeitungswissenschaft 1927-1934. Münster.
- Averbeck, S. (2002). Erich Everth. Theorie der Öffentlichkeit und der Interessen. In: *Großbothener Vorträge zur Kommunikationswissenschaft*, Bd. III, S. 9-31.
- Averbeck, S. & Kutsch, A. (2002). Thesen zur Geschichte der Zeitungs- und Publizistikwissenschaft 1900-1960. In: *medien & zeit*, 17 (2-3), S. 57-66.
- Blaum, V. (2002). Hermann Budzislowski, Sozialistische Journalistik (1966). In: Holtz-Bacha, C. & Kutsch, A. (Hg.), *Schlüsselwerke für die Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden, S. 83-85.
- Bohrmann, H. (2002). Als der Krieg zu Ende war. Von der Zeitungswissenschaft zur Publizistik. In: *medien & zeit*, 17 (2-3), S. 12-33.
- Bohrmann, H. & Kutsch, A. (1979). Pressegeschichte und Pressetheorie. Erich Everth (1878-1934). In: *Publizistik*, 24 (3), S. 386-403.
- Braubach, M. (1966). Aus Briefen Karl Büchers an Aloys Schulte. Ein Beitrag zur deutschen Wissenschaftsgeschichte zwischen 1890 und 1925. In: Brunner, O., Kellenbenz, H., Maschke, E. & Zorn, W. (Hg.), *Festschrift für Hermann Aubin zum 80. Geburtstag*. Wiesbaden, Bd. 1, S. 375-402.
- Briegleb, K. & Uka, W. (1983). Zwanzig Jahre nach unserer Abreise... Der Kongress „Das Freie Wort“ 1933. In: *Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch*, 1, S. 203-243.
- vom Bruch, R. (1980). Zeitungswissenschaft zwischen Historie und Nationalökonomie. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Publizistik als Wissenschaft im späten deutschen Kaiserreich. In: *Publizistik*, 25 (4), S. 579-607.
- vom Bruch, R., Graf, F.W. & Hübinger, G. (Hg.) (1989). *Kultur und Kulturwissenschaften um 1900*. Krise der Moderne und Glaube an die Wissenschaft. Wiesbaden.
- vom Bruch, R. (2002). Umbrüche und Neuorientierungen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Einführung. In: vom Bruch, R. & Kaderas, B. (Hg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik*. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart, S. 25-31.
- Budzislowski, H. (1959). *Die Ausbildung der Journalisten und die Erforschung der Presse*. Öffentlicher Rechenschaftsbericht vor der Fakultät für Journalistik am Tage der Universität am 15. Oktober 1958. Leipzig.
- Budzislowski, H. (1962). Über die Journalistik als Wissenschaft. In: *Zeitschrift für Journalistik*, 3 (2), S. 43-49.
- Budzislowski, H. (1966). *Sozialistische Journalistik*. Eine wissenschaftliche Einführung. Leipzig.
- Bücher, K. (1893). *Die Entstehung der Volkswirtschaft*. Sechs Vorträge. Tübingen.
- Bücher, K. (1906). Das Zeitungswesen. In: Hinneberg, P. (Hg.), *Die Kultur der Gegenwart, ihre Entwicklung und ihre Ziele*. Berlin et al., Bd. 1, S. 481-517.
- Bücher, K. (1915). *Unsere Sache und die Tagespresse*. Tübingen.
- Bücher, K. (1917). *Die Entstehung der Volkswirtschaft*. Vorträge und Aufsätze. Erste Sammlung. 10. Aufl. Tübingen.
- Bücher, K. (1926). *Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde*. Tübingen.
- Carstens, U. (2013). Der Kongress „Das Freie Wort“ vom Februar 1933 im Spiegel der Presse. In: *Tönnies-Forum*, 22 (1), S. 55-79.
- Everth, E. (1927). *Zeitungskunde und Universität*. Antrittsvorlesung. Gehalten am 20. November 1926. Jena.
- Everth, E. (1928). *Das Studium der Zeitungskunde an der Universität Leipzig*. Leipzig.
- Everth, E. (1931). In memoriam Karl Büchers. In: *Zeitungswissenschaft*, 6 (1), S. 2-8.
- Fischer, H.-D. & Minte, H. (Hg.) (1981). *Karl Bücher*. Auswahl der publizistikwissenschaftlichen Schriften. Bochum.

- Grüttner, M. (1997). Wissenschaft. In: Benz, W., Graml, H. & Weiß, H. (Hg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*. Stuttgart, S. 135-153.
- Herden, T. & Preisigke, K. (1990). Die Leipziger Fernsehjournalistenausbildung im Umbruch. In: *Media Perspektiven*, 7, S. 430-437.
- Holzweißig, G. (2002). *Die schärfste Waffe der Partei*. Eine Mediengeschichte der DDR. Köln et. al.
- Hübinger, G. (2006). *Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit*. Eine Intellektuellengeschichte. Göttingen.
- Hübinger, G., vom Bruch, R. & Graf, F.W. (Hg.) (1997). *Kultur und Kulturwissenschaften um 1900*. II: Idealismus und Positivismus. Stuttgart.
- Jedraszcyk, J. (2011). Hans Amandus Münster und die Ideologisierung des Leipziger Instituts für Zeitungswissenschaft im Dritten Reich. In: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte*, 14, S. 189-204.
- Klein, P. (2006). *Henk Prakke und die funktionale Publizistik*. Über die Entgrenzung der Publizistik- zur Kommunikationswissenschaft. Münster.
- Koenen, E. (2013). „Laien, Praktiker, nicht nur Wissenschaftler theoretisieren.“ Der Beitrag der modernen Wissensgesellschaft zum Entstehungszusammenhang und Verwissenschaftlichungsprozess der Zeitungskunde. In: *medien & zeit*, 28 (4), S. 14-23.
- Koenen, Erik (2015): *Erich Everth – Wissenstransformationen zwischen journalistischer Praxis und Zeitungskunde*. Biographische und fachhistorische Untersuchungen. Diss. Leipzig.
- Koszyk, K. (1997). Zeitungskunde in der Weimarer Republik. In: Fünfgeld, H. & Mast, B. (Hg.), *Massenkommunikation*. Ergebnisse und Perspektiven. Festschrift für Gerhard Maletzke. Opladen, S. 29-49.
- Kroll, F.-L. (2003). *Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert*. München.
- Kurth, K. (1934). Die Mitwirkung der Zeitungswissenschaftlichen Fachschaft und Vereinigung an der Vorbildungsarbeit. In: Münster, H.A. (Hg.), *Die drei Aufgaben der Zeitungswissenschaft*. Leipzig, S. 46-48.
- Kutsch, A. (1984). Karl Oswin Kurth (1910-1981). In: Kutsch, A. (Hg.), *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*. Sieben biographische Studien. Köln, S. 215-243.
- Kutsch, A. (1996). Das Fach in Leipzig – 1916 bis 1945. In: *Relation Leipzig*, 3 (5), S. 8-11.
- Kutsch, A. (2002). Karl Bücher, Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde (1926). In: Holtz-Bacha, C. & Kutsch, A. (Hg.), *Schlüsselwerke für die Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden, S. 80-83.
- Kutsch, A. (2010a). Professionalisierung durch akademische Ausbildung. Zu Karl Büchers Konzeption für eine universitäre Journalistenausbildung. In: Eberwein, T. & Müller, D. (Hg.), *Journalismus und Öffentlichkeit*. Eine Profession und ihr gesellschaftlicher Auftrag. Festschrift für Horst Pöttker. Wiesbaden, S. 427-453.
- Kutsch, A. (2010b). Kommunikations- und Medienwissenschaft. In: *Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009*. Leipzig, Bd. 4.1, S. 739-759.
- Löblich, M. (2010). *Die empirisch-sozialwissenschaftliche Wende in der Publizistik- und Zeitungswissenschaft*. Köln.
- Lundgreen, P. (1985). Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich. In: Lundgreen, P. (Hg.), *Wissenschaft im Dritten Reich*. Frankfurt a. M., S. 9-30.
- Meyen, M. (2011). Das Leipziger Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft: Ein Modell für die Kommunikationswissenschaft in Deutschland? In: *Großbothener Vorträge zur Kommunikationswissenschaft*, Bd. XI, S. 107-136.
- Meyen, M. & Löblich, M. (2006). *Klassiker der Kommunikationswissenschaft*. Fach- und Theoriegeschichte in Deutschland. Konstanz.
- Münster, H.A. (1933). Zeitung und Zeitungswissenschaft im neuen Staat. In: *Zeitungswissenschaft*, 8 (5), S. 274-287.
- Münster, H.A. (1935a). *Das Studium der Zeitungswissenschaft in Leipzig*. Leipzig.
- Münster, H.A. (1935b). *Zeitung und Politik*. Eine Einführung in die Zeitungswissenschaft. Leipzig.
- NN (2003). Auftakt. In: *KMW Uni Leipzig 1993-2003*. Leipzig, S. 2.
- NN (1926a). Zeitungswissenschaftlicher Lehrstuhl in Leipzig. In: *Deutsche Presse*, 16 (40-41), S. 22.
- NN (1926b). Prof. Dr. Erich Everth. In: *Zeitungswissenschaft*, 1 (11), S. 177.
- Pöttker, H. (Hg.) (2001). *Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag*. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien. Konstanz.
- Poser, H. (2001). *Wissenschaftstheorie*. Eine philosophische Einführung. Stuttgart.

- Reimers, K.F. (1992). Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Universität Leipzig. In: Baier, H. (Hg.), *Medienstadt Leipzig*. Tradition & Perspektiven. Berlin, S. 155-160.
- Reimers, K.F. (2003a). Von der DDR-Journalistik an der KMU zur Leipziger Kommunikations- und Medienwissenschaft ab 1991. In: Frey-Vor, G. & Steinmetz, R. (Hg.), *Rundfunk in Ostdeutschland*. Erinnerungen – Analysen – Meinungen. Konstanz, S. 109-131.
- Reimers, K.F. (2003b). 10 Jahre Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft. In: *KMW Uni Leipzig 1993-2003*. Leipzig, S. 4.
- Reimers, K.F. (2013). Turmbau zu Leipzig. In: *Großbothener Vorträge zur Kommunikationswissenschaft*, Bd. XII, S. 70-124.
- Sektion Journalistik (1984). *Wörterbuch der sozialistischen Journalistik*. 2. Aufl. Leipzig.
- Wagner, H. (1990). Der Entzug der Doppeldroge. In: *Journalist*, 41 (7), S. 8-11.
- Weber, M. (1989/1904). Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Hauer, F. & Küttler, W. (Hg.), *Max Weber: Rationalisierung und entzauberte Welt*. Schriften zur Geschichte und Soziologie. Leipzig, S. 48-119.
- Weingart, P. (2003). *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld.
- Weischenberg, S. (1992). *Journalistik*. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation. Bd. 1. Opladen.
- Wiedemann, T. (2012). *Walter Hagemann*. Aufstieg und Fall eines politisch ambitionierten Journalisten und Publizistikwissenschaftlers. Köln.
- Wilke, J. (2000). *Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte*. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Köln et al.
- Wilkens, J. (1933). Entwicklung und heutiger Stand des zeitungswissenschaftlichen Studiums. In: *Zeitungswissenschaft*, 34 (33), S. 542.

Erik KOENEN,

Magister Artium, ist seit 2012 an der Universität Bremen wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für historische Publizistik, Kommunikations- und Medienwissenschaft (IPKM), Fachgebiet Kommunikationsgeschichte und Medienwandel, sowie Mitglied des Zentrums für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI). Im Juli 2015 hat er an der Universität Leipzig erfolgreich sein Promotionsverfahren abgeschlossen. Thema der Dissertation „Erich Everth – Wissenstransformationen zwischen journalistischer Praxis und Zeitungskunde. Biographische und fachhistorische Untersuchungen“. Forschungsschwerpunkte: Fach-, Theorie- und Wissenschaftsgeschichte, Kommunikations- und Mediengeschichte, Soziologie der Kommunikation und Medien.

Aktuelle Publikationen:

- Koenen, E. (2013). „Laien, Praktiker, nicht nur Wissenschaftler theoretisieren“. Der Beitrag der modernen Wissensgesellschaft zum Entstehungszusammenhang und Verwissenschaftlichungsprozess der Zeitungskunde. In: *medien & zeit*, 28 (4), S. 14-23.
- Koenen, E. (2015). Mediennutzung im Medienwandel: von der Entfesselung der Massenpresse bis zum ersten Plurimedialisierungsschub der Medienkommunikation in den 1920er-Jahren. Erkundung eines kommunikationshistorischen Forschungsfeldes. In: Kinnebrock, S., Schwarzenegger, S. & Birkner, T. (Hg.), *Theorien des Medienwandels*. Köln, S. 189-210.

100 Jahre nach der Eröffnung der Leipziger Zeitungskunde

Über den Beitrag der akademischen Journalistenvorbildung in Deutschland

Hans Bohrmann
Technische Universität Dortmund

Abstract

Die Presse kam als Gegenstand in die Geisteswissenschaften. Zeitungskunde / Zeitungswissenschaft waren der Gegenstand und die Veröffentlichungen diesem, auch wenn sie sich am Rande mit dem Journalismus befassten. Die anfangs kleine Zahl von Studenten, die das Fach wählten, erforderten Prüfungen. Angeboten wurde nichts Spezifisches, sondern die Doktorsprüfung, d. h. der überwiegende Teil der Studenten wurde in anderen Fächern graduiert, meist ging man ohne Examen ab. Die Schwerpunktsetzung des Faches und die defizitären Prüfungsmöglichkeiten, zeigen, dass mit dem Fach ein Beitrag zur Professionalisierung beabsichtigt war. Durch das Fach hatte „Standespolitik“ (J. Heuser) einen Durchbruch erzielt, die eher der Institution, weniger den Journalisten zu gute kam. Die Prüfungssituation wurde ab 1957 (BRD) und den Dipl. - Journalisten in der DDR (Leipzig) verbessert, wobei der MA-Titel sich langsam durchsetzte und viele Fremdbestimmungen durch die Nebenfächer enthielt. Erst die vom Bund in den 70iger Jahren finanziell angeschobenen Modellversuche für eine Journalistik führten zum Doppeldiplom (MA und Zertifikat der Deutschen Journalistenschule, München) und zum Dipl.-Journ. (Dortmund). Der im Rahmen des Bologna Prozesses erfolgt Umstieg auf B.A. und konsekutiven MA bringt keine qualitative Veränderung, sodass der Status einer Universitätsabschlussprüfung bestehen bleibt. Im Konkurrenzkampf um Publikum und Werbeaufträge im digitalen Zeitalter scheinen Redaktionen für direkter Subventionen (M.-L. Kiefer), sachlich geeignet, aber das Unistudium Journalismus hat keinen Beitrag Professionisierung (vgl. Ärzte, Rechtsanwälte) gebracht. Alle Fortschritte wurden zusammen mit den Verlagen gegangen, die bislang die von den indirekten Subventionen profitiert haben.

Der Bildungssektor ist in Mitteleuropa fast durchweg verstaatlicht worden. Das hängt grundlegend mit den hohen Kosten für die Institutionen zusammen, für deren gesellschaftliche Deckung keine Alternative gesehen wurde. Die Kaiser, Könige, Fürsten, die in ihren Ländern Universitäten unterhielten, taten das, weil sie die qualifizierten Nachwuchs für die eigene Verwaltung (Juristen), fürs Militär (Feldscher, auch Tiermediziner), Theologen sichern wollten. Als Propädeutikum boten die alten Universitäten die sieben freien Künste an, die nicht zu einem eigenständigen Abschluss führten. Ein Magisterexamen bildete oft den Abschluss, mit dem Doktorat war zugleich die Lehrbefähigung verbunden. Sie galt für alle Fakultäten und belegt damit den engen Zusammenhang, der damaligen Wissenschaften.

Auch heute gilt für den tertiären Bildungssektor der Hochschulen die staatliche Finanzierung, selbst wenn in den jüngst vergangenen Jahrzehnten mehrfach private Hochschulen (Witten: Medizin, „Jakobs Universität“, Bremen u. a.) oder fachlich spezialisierte Einrichtungen: „Henry Nannen“ Schule für Journalismus u. a.) hinzu gekommen sind, die allerdings fast durchweg staatliche Zuschüsse nicht unbeträchtlicher Höhe erhalten, die das fortgesetzte Angebot überhaupt erst ermöglichen.

Als im 19. Jahrhundert die Grundlagen des heutigen tertiären Bildungssektors gelegt wurden, lassen sich zwei zeitlich nacheinander beginnende Bewegungen unterscheiden: Die Universitäten, die Bewerber nach Abschluss der höheren Schulen aufnahmen und in denen nach den mit

Humboldts Namen belegten Reformen, die Professoren die Einheit von Forschung und Lehre – nach ihrer Berufung selbstbestimmt und mit dem Recht der Selbstergänzung wahrnahmen. Gelehrt wurden Fächer, sie hatten nur zufällig Berührungen zum Berufssystem. Die Fakultäten beschlossen auch über die innere Gliederung selbst und bestimmten die Universitätsabschluss-examen, ebenfalls in eigener Verantwortung, die auch keine direkte Anbindung ans System der Berufe suchten.

Die führende Fakultät der neuen Universitäten war die Philosophische Fakultät und in ihr, kaum bestritten, die Philosophie, die auch in die anderen in ihr vertreten Fächer hinein wirkte, besonders in die Psychologie, Pädagogik und Soziologie. Die Sprach- und Literaturwissenschaften, Geschichte mit ihren Teilfächern und weiteren historisch sich primär verstehenden Disziplinen (Musikwissenschaft u. a.); auch die Ökonomie und die Naturwissenschaften gehörten in die Philosophische Fakultät und natürlich die Geisteswissenschaft Mathematik. Es ist kein Wunder, wenn sich später diese Fakultäten in Abteilungen gliederten und der Stoff für neue Fakultäten (Sozial- und Wirtschaftswissenschaften u. a. und Naturwissenschaften) abgaben, aber erstaunlich lange bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts oft mit einem Dekanat zusammen geblieben sind. Das Hochschulsystem insgesamt begann sich auszudifferenzieren und neben Universitäten traten Technische Hochschulen und Handelshochschulen (u. a.), die teilweise auch von privaten Trägern angeschoben oder finanziert wurden. Gegen den Widerstand der Universitäten erhielten die THs auch das Promotionsrecht. Die Abschlüsse der neuen Hochschulen wurden teilweise mit Berufsorganisationen abgesprochen, waren aber, wie bei den Universitäten, grundsätzlich nicht zugleich Berufseingangszertifikate, wenn es auch oft so schien, weil zunehmend etwa in einigen technischen Fächern der Dipl.-Ing. beide Eigenschaften zu besitzen schien. Aus der Gesellschaft nahmen die neuen Hochschulen auch Impulse für neue Fächer auf insbesondere, wenn es um Ausbildungswünsche ging.

Das deutsche Universitätssystem, dessen deutlichste Ausprägung zuerst die Berliner Universität (Friedrich Wilhelms Universität, heute: Humboldt Universität) gewann, hat anregend gewirkt, d.h. zunächst über Preußen hinaus in Deutschland, aber auch international (bspw. Nordamerika). Die Einheit von Forschung und Lehre waren

das Kennzeichen, aber auch andere Besonderheiten der Organisation wie das zweischichtige Bibliothekssystem aus Universitätsbibliothek und Fach- (bzw. Instituts-)Bibliotheken wirkte Maßstab setzend.

Die internationale Ausstrahlung der deutschen Universität führte auch zu einem erheblichen Anstieg der Zahl ausländischer Studenten (Robert Ezra Park bspw. promovierte in Heidelberg). Die aufstrebenden Naturwissenschaften (bspw. Chemie) und die technischen Wissenschaften wurden vor dem Ersten Weltkrieg fast durchgängig in deutschen Zeitschriften und in Monographien in deutscher Sprache abgebildet.

In den Hochschulen des 19. Jahrhundert in Deutschland spielte als Gegenstand die in seinem letzten Drittel kaum zu übersehende Bedeutung der Massenpresse und der sich zum Beruf aufstellende Journalismus praktisch keine Rolle. Als Thema von Lehrveranstaltungen und sporadischer Behandlung in Aufsätzen oder innerhalb von Monographien, tauchte die gedruckte Presse gelegentlich auf. Otto Groth ist diesen Spuren nachgegangen. Die Hochschullehrer, die sich im weitesten Sinne auch mit Presse, von der Technik angefangen bis zu eher literarischen Themen, auseinandersetzten, taten das neben ihrem Pflichtprogramm und offenbar zunächst gar nicht in der Absicht, daraus ein eigenes Fach, wie auch immer konstruiert, zu machen, dass durch Einheit von Forschung und Lehre würde ausgeübt werden können.

Das galt auch für Karl Bücher, dessen staatswissenschaftlich Professur noch in unbekannter Zukunft lag, als er einen Teil seiner ökonomischen Thematik etwa in Dorpat, aus der relativ kurzen eigenen journalistischen Erfahrung wählte, wenn er über Themen der Presse und des Journalismus las und auch im wirtschaftlichen Zusammenhang publizierte.

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mehrten sich die Versuche, zu einer formalen Ausbildung für Journalisten zu kommen.

In Berlin betrieb Richard Wrede über ein Jahrzehnt lang eine private Journalistenhochschule, für die er durchaus fachlich profilierte Mitarbeiter als Lehrer gewonnen hat. Er gab ein erstes Lehrbuch der Journalistik heraus.

An der TH Darmstadt hat Jakob Friedrich Meissner viele Jahre lang einschlägige Lehrveranstaltungen als Vorbereitung für Zeitschriftenjournalismus gehalten. An der Universität Heidelberg

hat der Historiker Adolf Koch länger ein journalistisches Seminar regelmäßig angeboten. Alle diese Einrichtungen hatten durchaus erhebliche Hörerzahlen, woraus geschlossen werden kann, dass Studenten eine Notwendigkeit für eine systematische, wissenschaftliche Vorbildung für spätere Arbeit im Feld des Journalismus gesehen haben. Sie verdanken sich aber immer einer eher zufälligen Personenkonstellation und sind im Hochschulsystem institutionell nicht verankert gewesen und waren daher transitorisch.

Der Durchbruch zum Hochschulfach gelang in einer gesellschaftlichen Ausnahmesituation, wie sie der Erste Weltkrieg geschaffen hatte. Karl Bücher hatte als Zeitungsleser Bedenken gegen die deutsche Zeitungsberichterstattung, die er auch formulierte. Damit stand er nicht allein, wenn man bspw. Max Webers kritische Zeitungspublizistik hinzuzieht. Bücher zog den Schluss, dass man die Ausbildung von Journalisten verbessern müsste und setzte sein Prestige als öffentliche Persönlichkeit ein und nach seiner Entpflichtung auch seine Zeit und Energie.

Das neue Fach wurde 1915 aber nicht aufgrund von Beratungen in der Fakultät / Universität eingerichtet, sondern durch einen entsprechenden Antrag, den der Staatswissenschaftler Karl Bücher (Leipzig) bei seiner Dresdner Behörde stellte. Die stimmte zu, denn Bücher konnte darauf hinweisen, dass er über Zeitungsthemen bereits langjährig geforscht und publiziert hatte, dass er über die Stiftung eines Zeitungsverlegers liquide Mittel (für Lehraufträge und Sachmittel) an der Hand hatte und dass er selbst nach der gerade erfolgten Emeritierung seine Arbeitskraft für das Projekt zur Verfügung stellen werde. Erst ein Jahrzehnt später wurde – offenbar in Übereinstimmung mit der Fakultät ein neues Ordinariat eingerichtet, als Bücher die Institutsleitung aus Altersgründen niederlegte. Das Fach wurde Zeitungskunde genannt und stellte auf die Institution ab, nicht auf die journalistische Berufstätigkeit und signalisierte zugleich Bescheidenheit. Bücher war sich nicht schlüssig, ob es wirklich ein eigenes Fach würde der können. Da das beabsichtigte Institut für Zeitungskunde innerhalb der Staatswissenschaften eingerichtet wurde, bot es für die dortigen Studenten gute Ergänzungen und neue Prüfungsordnungen mussten nicht geschaffen werden, weil

Das Fach wurde Zeitungskunde genannt und stellte auf die Institution ab, nicht auf die journalistische Berufstätigkeit und signalisierte zugleich Bescheidenheit.

die Promotionsmöglichkeit bereits bestand, von der der Hochschullehrer Karl Bücher für seine Studenten Gebrauch machen konnte. In Leipzig hatte die Persönlichkeit und das wissenschaftliche Gewicht des Ordinarius sicher den Ausschlag gegeben, dass das Experiment vom Dresdner Ministerium und den Fakultätskollegen in Leipzig konsentiert worden ist.

Es unterliegt aber kaum einem Zweifel, dass die Bedingungen an kaum einem anderen Hochschulort so ideal gelegen haben und dass institutionell wenig bewegt wurde: Es wurde kein neues Universitätsfach, sondern vielleicht eher eine Art zusätzliche Wahlmöglichkeit innerhalb der Staatswissenschaften geschaffen. Es wurde kein neuer Gegenstand universitär geadelt, denn schon Lorenz von Stein und Wilhelm Heinrich Riehl hatten in ihren klassischen Werken die einbezogen.

Es wurden auch keine bislang ungebräuchlichen Methoden eingebracht, denn die historischen Arbeitsweise und die statistische Methode, die Bücher nutzte, gehörte zum Methodenkanon der Staatswissenschaften. Durch die Zeitungskunde wurde auch kein freier

Beruf ins tertiäre Bildungssystem aufgenommen und es wurde schon gar nicht eine Universitätsabschlussprüfung für den Journalismus angeboten, denn die Promotion, vor allem in den Fächern der Philosophischen Fakultät, wurde bereits in den Jahrzehnten zuvor nicht ganz selten von Hochschulabsolventen angestrebt, die später in den Journalismus gingen (meist als Chefredakteur oder Ressortleiter).

In den weiteren Jahren der Weimarer Republik haben die Kultusministerien und daneben Städte im Rahmen kommunaler Kulturpolitik das Heft in Sachen Zeitungskunde in die Hand genommen. In Münster wurde eine gewünschte Dozentur für den habilitierten Karl d'Ester nicht geschaffen, weil Preußen in Berlin eine Einrichtung zur Verbesserung der Journalistenausbildung schaffen wollte.

Aufgrund einer Initiative des Bayerischen Landtags wurde vom Ministerium eine a. o. Professur für Zeitungswissenschaft eingerichtet, auf die Karl d'Ester berufen wurde. Das war die preiswerte akademische Lösung für Nichtordinarien, denen in die ein zusätzliches Thema abdecken und in der

Regel keine weiteren Kosten als die Personalkosten verursachten. Karl d'Ester hat dann auch das von ihm angestrebte Institut im Wesentlichen aus eigenen Mitteln und Zuwendungen, die er organisierte, unterhalten. An der Universität Köln, die mit kommunalen Geldern nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und unterhalten wurde (ähnlich wie Frankfurt a. M. und Hamburg) wurde der Historiker Martin Spahn in der Hoffnung berufen, dass er auch die Zeitungskunde mit vertreten würde. Der Wunsch ging zum Ärger des OB Konrad Adenauer, der zur Eröffnung des neuen Ausstellungsgeländes mit einer Internationalen Presseausstellung Pressa (1928) dachte, nicht in Erfüllung, denn Spahn, der zu seiner Reise durch die rechten Parteien im Reichstag ansetzte (zum Schluss landete er im Großdeutschen Reichstag bei der NSDAP) hielt sich – was auch seine Historikerkollegen ärgerte – fast durchweg in Berlin auf. Die internationalen Pressematerialien, die die Ausstellung hinterließ, brachte die Stadt deshalb fern von Spahn in ein eigenes kommunales Institut ein. Dabei stand sicher das Vorbild Dortmunds Pate, dass mit dem „Niederrheinisch – Westfälischen Zeitungsverlegerverein“ (Bochum) ein kommunales Institut für Zeitungsforschung (1926) gegründet hatte. Dort sollten auch Lehrveranstaltungen stattfinden, wohl der Weiterbildung oder als eine Art Volkshochschule dienen, was aber nicht zustande kam.

In Berlin hatte sich in der Trägerschaft einer vom Reich und den Ländern mit dem *Reichsverband der Deutschen Presse* (Journalistenverband) und dem *Zeitungsverleger Verein* stehendes, hochschulfreies „Deutsches Institut für Zeitungskunde“ gegründet. Es beruhte auf den langjährigen Planungen des (konsekutiv) sowohl für Verleger als auch für den Journalistenverband planenden ehem. Münchener Chefredakteurs Dr. Martin Mohr (Münchener Neueste Nachrichten), der auch zum Leiter berufen wurde. Ihm stand ein Team von vier auch akademisch qualifizierten Referenten zur Seite, wie es die universitären Institute mit den wechselnden Mittelbauern kaum aufbauen konnten. Durch die Person seines Leiters war das Institut unter Mohr durch einen (immer wieder zu erneuernden Lehrauftrag, unter seinem Nachfolger Emil Dovifat durch eine a. o. Prof. mit der Berliner Universität verbunden. Die Universität sträubte sich gegen die neu zugewiesene Stelle für Zeitungswissenschaft und wählte in ihrem Berufungsverfahren Dovifat wohl bewusst nicht aus. Der Minister oktroyierte ihn gleichwohl, ein unbequemer Anfang, der jahrelange Verstimmung nach sich zog.

Im folgenden Jahr 1926 wurde in Heidelberg ein Hochschulinstitut für Zeitungswesen neuen Typs gegründet. Es war klar sozialwissenschaftlich ausgerichtet und an ihm arbeiteten mehrere Hochschullehrer, die bereits an der Universität arbeiteten und zwei Dozenten, die einerseits von den Südwestdeutschen Zeitungsverlegern, andererseits vom Südwestdeutschen Journalistenverband vorgeschlagen worden. Zwar ging es auch im Heidelberger Institut um die Institution Presse, aber der journalistische Prozess, in dem Presse entsteht, wurde ausdrücklich mit thematisiert und in der Forschung wurde an das breite inhaltliche Spektrum der soziologischen Enquete angeknüpft, die Max Weber bereits vor dem Ersten Weltkrieg vorgeschlagen, die aber nie ernsthaft angegangen worden war.

Ohne noch kleinere Einrichtungen an der Universitäten in Freiburg/Br. und Halle/S. weiter zu thematisieren, kann man festhalten, dass in der Weimarer Zeit durch die oft unter Federführung von nicht universitären Einrichtungen zeitungswissenschaftliche Institute geschaffen wurden, die bestenfalls Teilnahmezertifikate ausgeben konnten und nur in Leipzig, München und Berlin zeitungswissenschaftliche Hochschulabschlussprüfungen abzulegen waren. Dabei handelte es sich um die Doktorprüfungen der Philosophischen Fakultäten, die durch Dreifächerprüfungen (zwei Nebenfächer) gekennzeichnet waren. Aus dem Gebiet der Zeitungswissenschaft konnte auch in Köln und Heidelberg Dissertationsthemen gewählt werden wobei aber andere Fächer (bspw. Geschichtswissenschaft) das Hauptfach galten. Die Doktorprüfung war nie eine von vielen Studenten zu wählende Universitätsabschlussprüfung, sondern die erste Stufe auf einer möglichen Karriere eines Hochschullehrers. Wie man an den Zahlen der abgeschlossenen Dissertationen in Berlin (Dovifat), vor allem aber in München (München) ablesen kann, waren diese im Vergleich zu anderen Fächern der Philosophischen Fakultäten exponentiell gewachsen (was auch bei den anderen Fächern deutliche Fragen des Typs hinterließ, was denn Zeitungswissenschaftler den Studenten anderer Fächern voraus hätten), aber immer noch wurde nur eine Minderheit der Hauptfächler graduiert.

Eine deutliche Anhebung des Bildungsstandes des Journalistenberufs, wie es Karl Bücher und Martin Mohr im Sinn gehabt haben, wurde deutlich verfehlt.

Joachim Heuser hat in seiner Monographie zu Martin Mohr aber das Ergebnis klar als Standes-

politik gekennzeichnet. Die Presse war durch die Zeitungswissenschaft an die Universität gelangt. In den Weimarer Jahren hatten die zeitungswissenschaftlichen Lehrveranstaltungen erheblich gewachsene Studentenzahlen aufzuweisen. Natürlich haben sich Teile davon in anderen Fächern in anderen Fächern prüfen lassen, die meisten haben sich aber selbst nach einigen Semestern selbst entlassen. Es dürfte einen deutlichen Einschnitt nach sechs Semestern gegeben haben, der Mindestsemesterzahl nach der man damals eine Dissertation abgeben konnte. Als diese Generation in Rentenalter kam, also um die siebziger Jahre herum, habe ich diesen oder jenen Studenten kennen gelernt, der bei der damaligen Bundesanstalt für Angestellte die Anerkennung seiner Semester für die Rente als Äquivalent zum Studienabschluss erfolglos einzuklagen versucht hat.

An der unbefriedigenden Situation der Abschlüsse in der Zeitungswissenschaft hat sich in den zwölf Jahren Nationalsozialismus nicht wirklich etwas geändert. Zwar wurde für die wiederum deutlich gestiegene Zahl der Studenten der Zeitungswissenschaft an mehr Hochschulorten zentral eine Bescheinigung des *Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes* (DZV) eingeführt. Sie bestätigte, dass der Kandidat Semestern innerhalb eines wiederum zentral verordneten Studienplans zurückgelegt habe, der wenig mehr als eine Zusammenstellung von Vorlesungstiteln war. Diese DZV Bescheinigung konnte man bei den Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Zweigvereinen an den Hochschulen beantragen (die in der Regel von Mitgliedern der *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes* geleitet wurden). Die Bescheinigung erlaubte es Zeitungsverlagen, die die Studenten einstellten 50% Rabatt auf die zweijährige Volontärszeit zu bewilligen.

Die nationalsozialistische Zeit hat durch die deutliche Förderung der Zeitungswissenschaft, die dafür mit Folgsamkeit antwortete, der qualifizierten Journalistenausbildung genau so einen Bärendienst erwiesen, wie mit der Verstaatlichung in der Reichspressekammer. Es scheint so, als wäre es damit auf Dauer unmöglich Journalismus als Dienst an der Öffentlichkeit an anerkannte Ausbildungsvoraussetzungen und verbindliche Weiterbildung zu knüpfen, wie es für Ärzte und Rechtsanwälte, aber bspw. nicht für Architekten üblich ist. Viele Architekten schließen sich dennoch (freiwillig) im *Bund Deutscher Architekten* zusammen, wenn sie damit auch ein privater Zusammenschluss bleiben.

Nach der Niederlage des nationalsozialistischen Staates war die Parole im westlichen Teil Deutschlands kulturpolitisch zweifellos: Zurück zu Weimar. Das galt auch für die Hochschulen und Zeitungswissenschaft zumal. Sie hatte sich mit der Diktatur fast durchweg intensiv eingelassen und wurde entsprechend abgewertet. Das galt umso mehr, als das Hochschulpersonal fast durchgängig dasselbe blieb.

Wandel kam in die Bildungspolitik durch die Ver vierfachung der Abiturientenzahlen auf 20% des Jahrgangs in den fünfziger Jahren. Voran gingen die Stadtstaaten Berlin und Hamburg, aber auch das Flächenland Schleswig – Holstein, wo offenbar die Flüchtlingszahlen zu Buche schlugen. Die Anzahl der Studierwilligen nahm, voraussehbar, stark zu; das traditionelle Hochschulregiment und die überforderte Bildungspolitik reagierte nicht.

Vielfach gingen enttäuschte Studenten ohne irgendeine Graduierung ab.

Der Münsteraner Lehrstuhlinhaber Walter Hagemann versuchte dem Vorbild von Psychologen und Soziologen zu folgen und einen Diplomabschluss (1957) für das von ihm „Publizistik“ neu benannte Fach im Düsseldorfer Ministerium durchzusetzen. Beraten von den Berufsverbände folgt ein glattes Nein der Ministerin. Im Unterschied zu den berufstätigen Psychologen, die bereits in der späten Kriegszeit das Hauptfachstudium durch eine Prüfung auf mittlerer Ebene abschließen konnten, und den Soziologen, waren die angestellten Journalisten – wohl aufgrund der Erfahrungen mit der NS – Diktatur – einig, dass keine wie auch immer bindenden Berufsvoraussetzungen zustimmen wollen. Und auch die zuständige Fakultät, die ihren Einfluss, der durch die Dreifächerprüfung gegeben war, nicht mindern wollten, lehnten ab. Möglich, dass auch die Kenntnis von dem Abschluss als Diplomjournalist, wie sie in der DDR (Universität Leipzig) für Journalisten verbindlich durchgesetzt wurde, in der Zeit des Kalten Krieges Einfluss bei der negativen Aufnahme des Vorschlags hatte.

Ab 1957 (FU Berlin) wurde stattdessen der Magister Artium der vormodernen Universität als Abschluss vor dem Doktorat aktiviert. Er arbeitete mit drei Prüfungsfächern, wovon Publizistik (in München Zeitungswissenschaft) Hauptfach sein konnte. Quantitativ bedeutenden Einfluss hat dies neue Examen nicht gleich genommen, aber es schuf eine Alternative, die langsam an den zögernden Universitäten und auch in der journalistischen Praxis angenommen wurde.

Die kommunikationspolitischen Debatten in der Bundesrepublik, die sich hauptsächlich um die Pressekonzentration rankten, brachten in den sechziger und siebziger Jahren erneut die Frage einer akademischen Bildung für Journalisten auf den Plan. Der Deutsche Presserat ließ durch Günter Kieslich und Wolfgang R. Langenbacher ein Gutachten erstatten, das den Vorschlag von Modellversuchen auf den Tisch legte, die vom Bund finanziert, mit einem Diplom für Journalistik abzuschließen waren. In München und Dortmund starteten die Modellversuche, im Einzelnen unterschiedlich ausgestaltet, und in die Planung wurden die Berufsverbände der Journalisten und Verleger eng einbezogen. Die Modelle waren erfolgreich und haben die übrigen Fachinstitute der heute fast durchgängig Kommunikationswissenschaft genannten Disziplin mit gerissen. Mit den Diplomjournalisten und den Magisterabschlüssen ist der Journalismus in den vergangenen Jahrzehnten im Schnitt deutlich akademisiert worden, wenn in der Praxis die erworbenen Titel auch nur selten herausgestellt werden.

Gegenwärtig stellt sich bildungspolitisch die Frage, ob es gelingt an diesen Erfolgskurs durch die Bologna-Reform (umgesetzt ab 2003/4), die den Bachelor of Arts als Basisabschluss an Hochschulen durchgängig anbietet und den *Master of Art* für deutlich weniger Studenten konsekutiv vorbehält, während die Diplomabschlüsse gestrichen worden sind, anzuknüpfen. Da wird erst ein Rückblick in einem Jahrzehnt beantworten können.

Dass Promotionen von all diesen Veränderungen unberührt geblieben und deren Anzahl nicht viel über dem Ersatzbedarf an Hochschullehrern liegt, wird nur angemerkt.

Berufspolitisch stellt sich die ganz andere Frage, ob die Zeitungs- und Zeitschriftenpresse, die das ganze zwanzigste Jahrhundert das Gros des Journalistennachwuchses gebraucht hat, künftig noch ähnlich aufnahmefähig bleiben wird. Durch die Digitalisierung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sind ganz neue Bedingungen entstanden, die die Auflagen in allen industriell geprägten Ländern seit Jahrzehnten langsam fallen lässt, inzwischen sind weit über 20% verloren gegangen. Das führt zu Verkleinerung von Redaktionen und hat in der Bundesrepublik erstmalig zu einer deutlichen Journalistenarbeitslosigkeit beigetragen.

Die Situation lässt Befürchtungen aufkommen, dass der flächendeckende und qualitätsorientierte Journalismus nicht mehr auskömmlich finanziert werden kann, denn mit den Käufern bzw. Abonnenten ist auch das Anzeigenaufkommen erheblich zurück gegangen.

Es wird über direkte und indirekte staatliche Finanzhilfen für die Presse diskutiert. Vorliegende Erfahrungen bzw. auch aus Frankreich, lassen Zweifel wachsen, ob die Förderung der Verlage gestemmt werden kann und ob sie die Redaktionen auch wirklich erreicht.

Ob die von Marie-Luise Kiefer vorgeschlagene Lösung des Dilemmas, einer Förderung von Redaktionen bei zielführender ist, wird offen bleiben müssen, weil gerade auch in Deutschland die Schatten der Vergangenheit immer wieder aufgerufen werden können und weil nicht zweifelsfrei ist, ob der Journalismus eher ein freier Beruf mit eigener von allen konsentierter Moral ist, oder ob Journalisten, jedenfalls in der Presse, abhängig Beschäftigte sind, die die Normen ihres Berufs nicht unabhängig anwenden können.

Bibliografie:

- Averbeck, S. (1999). *Kommunikation als Prozess*. Münster, Hamburg, London.
- Bücher, K. (1926). *Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde*. Tübingen.
- Bücher, K. (1915). *Unsere Sache und die Tagespresse*. Tübingen.
- Dovifat, E. (1927). *Der amerikanische Journalismus*. Mit einer Darstellung der journalistischen Berufsbildung. Stuttgart.
- Duchkowsitch, W., Hausjell, F. & Semrad, B. (Hg.) (2004). *Die Spirale des Schweigens*. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft. Münster.
- d'Ester, K. (1984). *Auswahl der publizistikwissenschaftlichen Schriften*. Bochum.
- Fiedler, A. (2014). *Medienlenkung in der DDR*. Köln, Weimar, Wien.
- Fischer, H.-D. (2014). Das gesponserte Institut. Joseph Pulitzer und die „Graduate School of Journalism“ der Columbia University. In: *Kommunikation über Grenzen*. Studien deutschsprachiger Kommunikationswissenschaftler zu Ehren von Joan Hemels. Berlin (u. a.), S. 259-271.
- Fünfgeld, H. & Mast, C. (Hg.) (1997). *Massenkommunikation*. Ergebnisse und Perspektiven. Festschrift Gerhard Maletzke. Opladen.
- Groth, O. (1948). *Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft*. München.
- Groth, O. (1928-1930). *Die Zeitung*. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). 4 Bde. Mannheim, Berlin, Leipzig.
- Heuser, J. (1994). *Zeitungswissenschaft und Standespolitik*. Martin Mohr und das „Deutsche Institut für Zeitungskunde“ in Berlin. Münster, Hamburg.
- Kiefer, M.-L. (2010). *Journalismus und Medien als Institutionen*. Konstanz.
- Kiefer, M.-L. (2011). Die schwierige Finanzierung des Journalismus. In: *Medien und Kommunikation*, 59, S. 5-22.
- Kieslich, G. & Langenbucher, W. R. (1971). *Memorandum zur Journalistenausbildung*. Bonn, Bad Godesberg.
- Kopper, G. G. & Eurich, C. (1985). *Journalistik in Dortmund*. Ein Studienbegleiter. Institut für Journalistik, Dortmund.
- Kutsch, A. (2014). Die Journalistenhochschule zu Berlin (1900-1914). In: *Kommunikation über Grenzen*. Studien deutschsprachiger Kommunikationswissenschaftler zu Ehren von Joan Hemels. Berlin (u. a.), S. 217-257.
- Kutsch, A. (1984). *Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich*. Köln.
- Kutsch, A. (2010). Professionalisierung durch akademische Ausbildung. Zu Karl Büchers Konzeption für eine akademische Journalistenausbildung. In: *Journalismus und Öffentlichkeit*. Festschrift für Horst Pöttker. Wiesbaden, S. 427-453.
- Langenbucher, W. R. (1973). Kooperation Deutsche Journalistenschule und Institut für Zeitungswissenschaft (München). In: *Publizistik*, 18, S. 84 – 85.
- Lierow, L. (2005). Masse, Publikum und das Ding genannt Öffentliche Meinung. Robert Ezra Parks Heidelberger Dissertation. In: Averbeck, S. & Kutsch, A. (Hg.). *Zeitung, Werbung, Öffentlichkeit*. Biographisch-systematische Studien. Köln, S. 55 - 87.
- Maoro, B. (1987). *Die Zeitungswissenschaft in Westfalen*. München (u. a.).
- Meissner, F. J. (Hg.) (1907). *Studien über das Zeitungswesen*. Festschrift für Adolf Koch. Frankfurt a. M.
- Meyen, M. & Höfler, B. (2008). Ende des Studiengangs, Ende der Debatte? Das „Münchener Modell zur Ausbildung von Diplom-Journalisten“. In: Meyen, M. & Wendelin, M. (Hg.), *Journalistenausbildung, Empirie und Auftragsforschung*. Neue Bausteine zu einer Geschichte des Münchener Instituts. Köln. S. 28-84.
- Obst, B. (1986). Das Ende der Presse-Enquete Max Webers. Der Heidelberger Professorenprozess von 1912. In: vom Bruch, R. & Roegele, O. B. (Hg.), *Von der Zeitungskunde zur Publizistik*. Biographisch-institutionelle Stationen. Frankfurt a. M., S. 45-62.
- Weischenberg, S. (2014). *Max Weber und die Vermessung der Medienwelt*. Wiesbaden.

Hans BOHRMANN,

geb. 1940 in Berlin, Prof. i.R.. Nach Abitur 1959 Studium an der FU Berlin. Publizistik (Hauptfach) Soziologie und Geschichte (Nebenfächer). Promotion 1959, anschließend wiss. Assistent und Ass. Prof.; 1972-1977 Akad. Rat/Oberrat am Institut für Publizistik in Münster. 1977 zum Direktor des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund ernannt (Ltd. Städt. Bibliotheksdirektor) bis 2003. Seit 1978 Geschäftsführer des Mikrofilmarchivs der deutschsprachigen Presse (Dortmund). 1976/78 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik. 1992 Honorarprof. am Institut für Journalistik der TU Dortmund. 1995-2004, stell. Direktor des Erich - Brost - Instituts für Journalismus in Europa (Dortmund).

Von der Manufaktur zum Massenbetrieb

Institutspolitik für die Studentinnen und Studenten

Eine Collage zu 20 Jahren Institutsgeschichte

Wolfgang R. Langenbucher

Vorbemerkung

Im Wintersemester 1983/84 waren statistisch 2.100 Studierende registriert; erfahrungsgemäß widmete sich nur ein Teil so ernsthaft dem Studium, dass entsprechend der bis dahin geltenden Doktoratsordnung mit einem erfolgreichen Abschluss zu rechnen war. Nicht zuletzt die in unserem Fach besonders hohe Drop-Out-Rate war einer der Gründe zum Übergang in eine neue Studienordnung, das Diplomstudium mit dem Abschluss Magister. Die startete im Sommersemester 1984; von wenigen Übertretern abgesehen (von der Institutsleitung befürwortet, von den hoffnungsvoll sich als Doktores Wählenden aber ungeliebt) begannen die Abschlüsse in diesem neuen Normalstudium Ende der 80er Jahre. Das wichtigste Ziel neben einer inhaltlichen Studienreform war die Senkung der Drop-Out-Rate. Die personellen, räumlichen und sachlichen Voraussetzungen dafür waren desaströs schlecht. Trotzdem verfolgten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ganzem Engagement dieses Ziel. Durch die in diesen Jahrzehnten allgemein dramatisch wachsenden v.a. Studentinnenzahlen wurde dieses Ziel von Semester zu Semester zu einer immer schwieriger zu lösenden Aufgabe.

Wie das Institut mit den Ressourcen einer kleinen, nur langsam größer werdenden Manufaktur diese Gegebenheiten zu bewältigen versuchte, d.h. für fast zwei Jahrzehnte die ganze Institutspolitik auf die Studierenden konzentrierte, das soll hier in einer Collage mit Dokumenten aus mehr als 20 Jahren Institutsgeschichte rekonstruiert und dokumentiert und am Ende aus dem Abstand von einem Jahrzehnt Emeritariat kommentiert werden.

Dokumentation zu 20 Jahren Institutsgeschichte

September 1985

Ein Jahr nach Beginn der neuen Studienordnung erschien – redigiert von Klaus Lojka – der „Studienführer Diplomstudium“. In meinem Vorwort schrieb ich u.a.:

Mit dem Inkrafttreten der neuen Studienordnung steht das Institut am Beginn eines schwierigen Weges der Hochschulreform. Alle Beteiligten müssen in den nächsten Semestern erst die Erfahrungen sammeln, die dem neuen Studiengang seine endgültige Gestalt geben. In der Perspektive des Lehrkörpers dürfte eine der schwierigsten Fragen werden, wie das Lehrangebot jeder einzelnen Vorlesung, jedes Seminars und jeder Übung auf die berufsorientierten Ziele des Studienganges ausgerichtet werden kann. Und in der Perspektive der Studierenden dürfte für viele zum Problem werden, daß die

Studienordnung im zweiten Studienabschnitt sie veranlaßt, sich für ein konkretes Praxisfeld der gesellschaftlichen Kommunikation zu entscheiden.

Beides ist eine Konsequenz der Hochschulgesetzgebung des vergangenen Jahrzehntes. Für alle Disziplinen gilt nun, was für viele in der Vergangenheit längst selbstverständlich war, daß Lehre und Studium den Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten sollen. Dies korrespondiert damit, daß in immer mehr Bereichen der Kommunikationspraxis die Forderung nach einer wissenschaftlichen Berufsvor- oder sogar -ausbildung gestellt wurde und wird.

Beides – die Forderung der Praktiker nach einer wissenschaftlichen Berufsausbildung und die prinzipielle Berufsorientierung des Universitätsstudiums – bedeutet vor dem Hintergrund eines jahrzehntelang anders gepflegten Selbstverständnisses im Grunde eine kleine Revolution. Aber auch wenn Praxis und Wissenschaft

nun bereit sind, aufeinander zuzugehen, kann eine solche neue Entwicklung nicht von heute auf morgen ohne Kontroversen und Friktionen, Enttäuschungen und schwer vollziehbare Einstellungswandlungen in Gang gesetzt und in Gang gehalten werden. Die „Berührungsgängste“ wurden schließlich auf beiden Seiten jahrzehntelang gepflegt.

Die Erarbeitung und Erprobung eines Studienganges, der im Sinne der neuen Hochschulgesetze wirklich Ernst macht mit der Orientierung an den Bedürfnissen der beruflichen Praxis, fordere vom Wissenschaftler ein grundsätzliches Umdenken. Dieser ist in der Regel gewohnt, die Eigengesetzlichkeit seiner Wissenschaft autonom zu setzen und daraus – angeblich – immanente, sachadäquate Ansprüche abzuleiten, mit denen der Studierende ohne Rücksicht auf dessen Bedürfnisse konfrontiert wird. Ihm werden Erkenntnisbestände und Methoden eines Faches vermittelt und in der Prüfung dann wieder abgefragt, deren Sinn aus der jeweiligen Einzelwissenschaft heraus begründet wird. Das Resultat hat man hinsichtlich der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in der Vergangenheit ganz richtig so beschrieben: Diese Fächer bilden keine Kommunikationspraktiker (z.B. Journalisten) aus (und wollen das auch nicht), sondern Kommunikationswissenschaftler (früher: Zeitungswissenschaftler).

Die Lernziele für einen beruflichen Studiengang fordern aber ein ganz anderes Vorgehen: Hier bestimmen nicht-wissenschaftliche Vorgaben als Auswahlkriterien, welche Inhalte eines Faches geeignet sind, eine wissenschaftliche Berufsausbildung für ein bestimmtes Tätigkeitsfeld zu realisieren.

[...]

Diese „dienende“ Funktion der Wissenschaft für die Berufsausbildung zu akzeptieren, fällt vielen in der Universität heute noch schwer. Zu unserer „déformation professionnelle“ als Wissenschaftler scheint zu gehören, daß wir den Stellenwert unserer oft hoch spezialisierten jeweiligen Disziplin nur schwer auf die Praxis hin relativieren können. Natürlich ist auch eine wissenschaftliche Berufsvorbildung ohne Eindringen in die jeweilige Einzelwissenschaft nicht denkbar. Wer die grundlegenden Methoden, die Ansätze, das soziologische Denken etwa, nicht

gelernt hat, kann auch die Erkenntnisse nicht wirklich begreifen, die er aus diesem Fachgebiet speziell für seinen späteren Beruf angeboten bekommt. Konkret wird es dabei in der Zukunft vor allem darauf ankommen, Lehrformen und Lehrinhalte zu entwickeln, die der Integration von praktischhandwerklicher und theoretisch-wissenschaftlicher Ausbildung dienen.

[...]

Dieser Studienführer entsteht zu einem Zeitpunkt einer allgemeinen Unsicherheit über die künftige Entwicklung des akademischen Arbeitsmarktes. Nichts deutet darauf hin, daß man in der zweiten Hälfte der 80er Jahre weniger Kommunikationsberufler als in der Vergangenheit braucht. Wer von der gegenteiligen Annahme ausgeht, und sein Studium nicht zielführend anlegt, könnte damit für sich selbst allerdings gerade diesen Zustand gezielt herbeiführen, den er fürchtet. Dieser Studienführer mag mithelfen und soll in dieser Richtung auch weiter verbessert werden, diesen Irrweg zu verhindern.

Wien, September 1985

Ende Sommersemester 1986

Ein Jahr später erschien im Wiener Braumüller-verlag der erste Band einer ganz auf den Lehrbetrieb des Institutes zugeschnittenen Reihe „Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft“; weitere Bände wurden in rascher Folge ediert und setzten die Ziele um, die in Band 1 so formuliert worden waren:

Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (PKW), auch unter Bezeichnungen wie Zeitungswissenschaft, Journalistik, Medienwissenschaft, Massenkommunikationsforschung o.ä. betrieben, befand sich in den 70er und 80er Jahren in einer stetigen Expansionsphase. Überall in den deutschsprachigen Demokratien und besonders intensiv in der Bundesrepublik Deutschland, entstanden neue Institute, neue Lehrstühle, neue Studiengänge und neue Forschungsschwerpunkte. Personell aber ist das Fach noch immer nur sehr bescheiden ausgestattet. Dies führte auch dazu, daß es an den für eine wachsende Studentenzahl nötigen Lehr- und Handbüchern fehlt, weil niemand neben dem alltäglichen Lehr- und Forschungsbetrieb

noch Zeit und Muße fand, diese Produkte herzustellen, durch die ein Fach sich nicht zuletzt konstituiert und Solidität gewinnt. Eine dieser Lücken soll diese **Buchreihe** schließen.

[...]

Die PKW muß mehr sein als die Wissenschaft von einzelnen Medien, also der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens, des Flugblattes oder welcher technischen Materialisation immer sich die miteinander kommunizierenden Menschen bedienen. Es geht ihr um das umfassendere **Phänomen der gesellschaftlichen Kommunikation**, interpersonale ebenso wie massenmedial vermittelte. Immer deutlicher zeichnete sich dabei ein disziplinäres Verständnis der PKW ab, das im Zuge der **Studienreform** vielen Lehrplänen zugrunde gelegt wurde. Daraus ergibt sich auch die Grundstruktur dieser Studienbücher, die der Reihe nach – mit den jeweils wichtigsten klassischen wie neueren Texten – vermitteln werden, welche **Gebiete** das Fach heute konstituieren:

- Kommunikationstheorie
- Methoden der empirischen Kommunikationsforschung
- Medienlehre und Medienkunde
- Kommunikations- und Mediengeschichte
- Kommunikations- und Medienpolitik
- Kommunikations- und Medienökonomie
- Kommunikations- und Medienpraxis.

[...]

Bedacht wird bei der Konzeption der einzelnen Bände vor allem der direkte Bezug auf konkrete Lehrveranstaltungen, wie sie regelmäßig an den Instituten für PKW stattfinden. Damit soll diese Buchreihe auch eine Hilfe sein gegen den oft gigantischen und hemmungslosen Kopieraufwand, der heute in der Lehre allgemein üblich geworden ist – und ja nichts anderes darstellt als die Herstellung und Verbreitung von Raubkopien urheberrechtlich geschützter Werke. Auf kompakte, aber gezielte und im Umfang handliche Weise wird damit den Studierenden das Material für das notwendige Selbststudium, begleitend zu den Vorlesungen, Seminaren und Übungen, in die Hand gegeben. Studieren heißt für den Sozial- und Geisteswissenschaftler ja noch immer, sich ein Gebiet wissenschaftlich zu erlesen. Die Bände sammeln unentbehrliche

„**Muß**“-Texte. Wer diese Studienbücher durchgearbeitet hat – sie zur **Einführung** oder als **Repetitorium** nutzend –, müßte über ein **Belesenheitsprofil** verfügen, das ihm jenes Wissen, jenes Problembewußtsein und jenes denkerische Niveau vermittelt, das am Ende eines ordnungsgemäßen Studiums inner- wie außerhalb der Universität von einem „gebildeten“ Kommunikationswissenschaftler erwartet wird.

[...]

Zusammengenommen bildet die Reihe eine Bibliothek zu Fragen der gesellschaftlichen Kommunikation, ohne deren wissenschaftliche Analyse sich die moderne Gesellschaft nicht verstehen läßt.

Wien, Ende Sommersemester 1986

Wolfgang R. Langenbacher
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien

Die Reihe ist im Laufe der Jahre auf zwölf Bände angewachsen.

Wintersemester 1987/88

Inzwischen hatte das vierte Studienjahr des Diplomstudiums begonnen; rasch wurde nun klar, welche Aufgaben uns damit für die künftigen Jahre gestellt waren – bei ins Unvorstellbare wachsenden Immatrikulationen und vollkommener Ignoranz der Politik und der Universitätsspitze angesichts dieser Entwicklungen. Ich reagierte darauf in meiner Einführungsvorlesung im Audimax mit einer „Rede zum Semesteranfang“, hier nur die Kernsätze:

- Sie sind, wie Sie nun zu Beginn des Semesters im größten Hörsaal der Universität, dem Auditorium Maximum (im Jargon: Audi Max), sitzen, schlecht informiert; und Sie wurden schlecht informiert, z.B. von den Zeitungen. Unsere Konsequenz: permanente, intensive Studienberatung; notieren Sie Ihre Fragen – keine wird unbeantwortet bleiben.
- Bisher war der Normalfall dieses Studiums der Studienabbruch. Bei ungenügender Information über das Studium ist das eine notwendige Konsequenz; sie erscheint mir unproblematisch, wenn sie früh erfolgt, aber eine persönliche, finanzielle und oft auch

berufliche Katastrophe, wenn man erst nach sechs oder acht oder gar noch mehr Semestern die Universität ohne Abschluss verlässt.

- *Freilich: es gibt gerade in unserem Fach nicht wenige erfolgreiche Abbrecher.*
- *In diesem Lande gibt es keinen Numerus Clausus (NC), der z.B. in Deutschland die Studienwahl auf groteske Weise fremdbestimmt. Wir sehen darin eine Chance für Sie: begreifen Sie die ersten beiden Semester als ein Selbstprüfungsprogramm: Sie suchen sich uns, wir suchen uns Sie – ohne Vorgaben von außen. Um was geht es dabei? Sie selbst prüfen Ihre Studierfähigkeit, bezogen auf dieses Fach und orientieren sich gegebenenfalls um, wenn beides nicht zusammen passt. Ein unterschätztes Element in diesem Kontext: Ihre Lesefertigkeiten. Unser Fach ist, wie andere Sozial- und Geisteswissenschaften, eine Buchwissenschaft. Wer über der Omnipräsenz von Radio und Fernsehen sich selbst zum Neo-analphabeten sozialisiert hat, bedarf einer (Auto-)therapie oder wird scheitern. Auch sollte man möglichst kein kultureller Frührentner sein, sondern Abend für Abend am so reichen Leben dieser Stadt teilnehmen.*
- *In vier, fünf Jahren werden die unter Ihnen, deren Selbstprüfungsprogramm sich für die Publizistik – und Kommunikationswissenschaft entschied (nach allen Erfahrungen: weniger als die Hälfte derer, die heute hier sitzen!), stolz ihren Abschluss feiern. Wenn nicht reiche Eltern ihnen einen anderen Weg ermöglichen, beginnt nun – nach allen Jobs – eine verbindliche Berufskarriere. Die Schlüsselqualifikationen dafür haben wir Ihnen und Sie sich hoffentlich, nein: gewiss, vermittelt.*

Aus diesem Semester stammt auch diese Notiz: Der trotz der dramatisch wachsenden Studentenzahlen und der nun erstmals absehbaren Prüfungsbelastungen weiter lächerlich kleine Mitarbeiterstab tröstete ich mich mit dem Satz des Nobelpreisträgers Fedor Lynen: „Akademische Freiheit bedeutet: es darf mehr gearbeitet werden als verlangt wird.“ Die Zumutungen nahmen in den folgenden Jahren aber – durch pro Jahr in die hunderte gehende Betreuungen von Masterarbeiten und Abschlussprüfungen – in einem Ausmaße zu, die diesem Postulat einen bitteren Geschmack gaben. Der Mittelbau und seine wissenschaftliche Karrieren litten darunter massiv und teilweise irreparabel. So dauerte es ungebühr-

lich lange bis in diesem Kreis die erste Habilitation möglich war.

Beginn Wintersemester 1988

Inzwischen praktizierten wir dieses Diplomstudium – mit – im Wortsinne – uns überwältigenden, d.h. nicht mehr zu bewältigendem „Erfolg“. Aus schierer Verzweiflung formulierten wir einen „Offenen Brief an die Kommunikationswirtschaft Österreichs“, der erfreulicherweise von einigen Tageszeitungen veröffentlicht wurde:

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien: Hilferuf für ein Notprogramm!

Im vergangenen Semester waren an der Universität Wien über 6000 Studierende in Publizistik- und Kommunikationswissenschaft immatrikuliert. Diesen Studentenzahlen stehen 4 Hochschullehrer, 4 Assistenten und 3 Angestellte gegenüber!

Diese Zahlen dokumentieren einen Zustand jenseits aller Verhältnisse, die für ein wissenschaftliches Studium – selbst bei höchster Beanspruchung und Einrechnung aller denkbaren Überlasten – noch als akzeptabel angesehen werden können.

Die unvermeidbaren Folgen zeigen sich in katastrophalen Verhältnissen:

- *hohe Abbrecherquoten;*
- *unkontrollierbare Mängel der wissenschaftlichen Bildung;*
- *die Vergeblichkeit, exzellente Spitzenleistungen zu entdecken und zu fördern.*

Von den zuständigen staatlichen Stellen ist in der derzeitigen Situation keine Hilfe zu bekommen. Für die gegenteiligen Erwartungen gibt es nicht einmal den allerkleinsten Hoffnungsschimmer. Unsere einzige Chance ist die unkonventionelle Hilfe von privater Seite.

Ganz aktuell haben wir das Problem, daß wir dem Interesse der Studierenden an den Praxisfeldern Werbung und Journalismus nicht gerecht werden können. Wir brauchen dafür ab 1. 10. 1989 dringend je eine Assistentenstelle. Ebenso dringlich ist der Bedarf an zwei studentischen Hilfskräften, ohne die wir ab dem Wintersemester 1989/90 nicht mehr in der Lage sind, die Bibliothek offen zu halten. Ich

wende mich deshalb mit diesem offenen Brief an die Kommunikationswirtschaft Österreichs. Ich appelliere an die ganze Branche, uns bei der Lösung dieser Probleme zu helfen.

Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft widmet sich nicht irgendeinem geistigen Luxus, sondern einer vielfältigen und zukunftssträchtigen Praxis – vergleichbar in ihrem Nutzen eher der Medizin als der Philosophie. Vor allem das Interesse der jetzigen Studentengenerationen, also der Geburtsjahrgänge vom Ende der 60er Jahre, an Werbung und Öffentlichkeitsarbeit verfangt dringend eine adäquate personelle Berücksichtigung in Forschung und Lehre. Nur so sind wir in der Lage, jenen professionell exzellenten und kompetenten Nachwuchs auszubilden, den eine immer deutlicher sich profilierende „Mediengesellschaft Österreich“ der 90er Jahre braucht.

*o. Univ. Prof. Dr. Wolfgang R. Langenbucher
(Vorstand d. Instituts f. Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien)*

Überweisungen auf universitäre Konten löste dieser Notruf weniger aus, aber wir schufen damit wenigstens Öffentlichkeit für unsere Probleme. Wie sich später zeigte, war dies einzig erfolgreiche Methode, um die Ignoranz der Verantwortlichen im Ministerium und an der Universitätsspitze zu knacken.

Mai 1990

Ein Jahr später wandten wir uns – in unserer Verzweiflung über die wachsende Diskrepanz von Studentenzahlen und Studienbedingungen – in einem „Appell an die Maturantinnen und Maturanten Österreichs“:

Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft im Wintersemester 1990/91 und im Sommersemester 1991

Die Zustände an Österreichs Universitäten sind „dramatisch“, eine „Katastrophe“; ihre Veränderung macht ein „nationales Notprogramm“ nötig; Österreich ist in Gefahr, zum wissenschaftlichen „Nationalpark“ zu werden: Das sind nicht die Worte eines böswilligen Kritikers, sondern des zuständigen Ministers, Dr. Erhard Busek. So und ähnlich hat er sich seit

seinem Dienstantritt immer wieder geäußert. Und er hat Recht!

In unserem Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft treten all diese Probleme mit besonderer Härte und Häufung auf. Derzeit kommen auf einen Professor 1.696 Studierende. Man nennt das hochschulstatistisch „Betreungsverhältnis“. Aber bei solchen Relationen ist jede ernst zu nehmende Betreuung unmöglich. Für über 5.000 Studierende verfügen wir über einen kleinen Hörsaal und einen Übungsraum. Ein Studium, das wissenschaftlichen Qualitätsansprüchen gerecht wird, ist unter solchen Bedingungen nur noch als Zufall möglich, als Einzelkämpfertum nach dem Motto der Darwin'schen Selektionstheorie: Überleben können nur die Fittesten. Der Rest aber wird frustriert bis zur psychischen Erkrankung, die meisten geben das Studium nach langen, vergeblichen Jahren resigniert auf, die wenigen mit erfolgreichem Abschluß brauchen dafür weit mehr als die vorgesehenen acht Semester. Verstehen Sie, daß ich als Vorstand dieses Institutes Ihnen nicht im Ernst raten kann, sich dieser Misere auszusetzen? Ich appelliere deshalb an Sie: Verschonen Sie uns wenigstens für ein Jahr. Verbringen Sie dieses Jahr als Volontär in einer Zeitung oder Zeitschrift, als Praktikant in einer Werbeagentur, machen Sie eine „Schnupperlehre“ in der PR-Abteilung einer Firma, gehen Sie ins Ausland und arbeiten Sie an einer der zahllosen Radiostationen, die dort in den letzten Jahren entstanden sind, studieren Sie im Ausland. Ich verspreche Ihnen: Sie werden so nur gewinnen und können nichts versäumen.

Ob sich diese Zustände einmal ändern werden? Ich hoffe – nicht zuletzt für Sie und Ihre Eltern –, daß sich vor allem die verantwortlichen Politiker als Antwort nur ein „ja“ vorstellen können. Alles andere wäre eine Schande für das Kultur- und Wissenschaftsland Österreich.

Ich bitte um Ihr Verständnis für diesen ungewöhnlichen Schritt.

*Wolfgang R. Langenbucher
Vorstand*

Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

PS: Demnächst ist ein neuer Nationalrat zu wählen. Seine Sache ist es, ein „Notprogramm“ zu initiieren.

Wintersemester 1991/92

Die räumlich Enge und Primitivität in einem halben Flügel des sogenannten „Neuen Institutsgebäudes“ in der Liebiggasse konnte nur ertragen, wer trotz aller (Ent-)Täuschungen an das ministerielle (Berufungs-)Versprechen von 1983 glaubte, dass wir umsiedeln würden; dazu kam es nur und endlich dank der Interventionen einer Studentin (!), Tochter eines Ministers.

Der heiß ersehnte Umzug war Grund, an zwei Stellen darauf einzugehen:

1. In einer Baubroschüre, um die sich unser Gastprofessor Holger Rust kümmerte:

Ein Institutsgebäude

Wolfgang R. Langenbucher

So eingreifend die Universitätsreform der letzten beiden Jahrzehnte auch war – Institute blieben die basale Einheit der Universitäten. In ihnen findet der real existierende akademische Wissenschafts- und Lehrbetrieb statt, egal, welche demokratische oder bürokratische Verfassung die Hochschulen ansonsten haben. Dies bedeutete gegenüber den früheren Zeiten immerhin einen gewaltigen Fortschritt. Damals drehte sich alles um „das“ Ordinariat, die Lehrkanzel. Trotzdem haben nur wenige Institute einer Universität – ob in Wien oder sonst wo – eine eigene bauliche, architektonische Identität: Vielleicht „die“ Anatomie, „die“ Universitätsfrauenklinik, aber wo gibt es „die“ Mathematik oder gar „die“ Germanistik? Für die meisten Disziplinen und die dazugehörigen Institute reicht es gerade für eine Zeile auf einer großen Orientierungstafel am Eingang eines Universitätsgebäudes und für ein mehr oder weniger repräsentatives Türschild.

Dieser Zustand mag ganz unproblematisch gewesen sein zu Zeiten, als selbst eine so große Universität wie die in Wien von den Studenten und den an der Universität beschäftigten Menschen als – zunächst bauliche – Einheit erlebt werden konnte. Heute spricht man üblicherweise von einem „Haupt“gebäude, womit auf weitere verwiesen wird, aber diese zahllosen Nebengebäude bleiben anonym. Sie sind das architektonische Symbol jener Anonymität, die in der modernen Massenuniversität für alle ihre Mitglieder – nichtwissenschaftliches Personal, Studenten, Assistenten und wissenschaftliche

Mitarbeiter sowie Professoren – zum Schicksal geworden ist. Wer gelegentlich – aus Wien, Münster, Berlin oder München kommend – zu Gast ist in Klagenfurt, Eichstätt oder Freiburg (Fribourg) in der Schweiz, den erinnern ferne Ahnungen daran, daß einst auch an seiner Universität einmal Richtzahlen galten, die den Studierenden die Chance gaben, ein persönliches Gespräch mit den Lehrenden zu führen – und nicht nur aus Zufall. Wo andernorts 5.000 Inskribierende die ganze Universität ausmachen – solche Zahlen drucken die Statistiker der zuständigen Ministerien den Massenuniversitäten leicht für ein paar Fächer alleine aus.

Sind solche Zustände reformierbar? Glaubt irgendeiner der Verantwortlichen an ihre Reformierbarkeit? Helfen kann hier wohl nur die Teilung in kleinere Einheiten. Sei es nach dem Modell eigener Universitäten für die diversen Fachbereiche (Naturwissenschaften, Humanwissenschaften u.ä.) oder die Dezentralisierung der hierarchischen Strukturen und die Autonomisierung der Fakultäten und Institute.

*Um aus ihrer Anonymität herauszutreten, müssen die universitären Einrichtungen zuallererst nachvollziehbare urbane Qualitäten bekommen. Dies ist eine alte, für große wie kleine Einheiten geltende Erkenntnis. So läßt sich eine Aussage des bekannten englischen Parlaments-theoretikers Walter Bagebot (1826-1877, *The English Constitution*), die er auf das Verhältnis von Staatsnation und Parlamentsgebäude bezog, gewiß so aktualisieren: „Um die Herzen seiner Studenten zu gewinnen, muß ein Institut zunächst ihre Augen fesseln.“*

Wenige Monate vor seinem 50. Geburtstag (7. Mai 1992) vermag das einst als Institut für Zeitungswissenschaft gegründete und mit der Hochschulreform umbenannte (1983) Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft allen seinen Institutsangehörigen und seiner professionellen wie gesellschaftlichen Umwelt diese Qualität zu bieten. Vor diesem Standort residierte es im Laufe der Jahre an drei verschiedenen Adressen (seit der Gründung bis Winter 1953/54 Heßgasse, dann Hanuschgasse und schließlich seit Sommer 1963 Universitätsstraße). Es spricht alles dafür, daß es jetzt seinen Ort für die absehbare Zukunft der nächsten Jahrzehnte gefunden hat.

Die unbestreitbare Tatsache, daß dies alles Zufällen zu verdanken ist, nimmt dem Ergebnis nichts von seinem epochalen hochschul- und wissenschaftspolitischen Rang. Wer die Vor-

geschichte nicht kennt – die Mißachtung des Faches in der Praxis ebenso wie in der Wissenschaftspolitik und -bürokratie, die Phantasielosigkeit der Kollegen anderer Fächer in der Raumplanung Anfang der 80er Jahre – könnte, vor dem portalartigen, ästhetisch signifikanten Eingang der Schopenhauerstraße 32 stehend, glatt auf die Idee kommen, dies sei das Resultat eines schlüssigen, zielbewußten Konzeptes.

Ganz offensichtlich ist es hier wenigstens einem Fach gelungen, jener „Katastrophe“, jenen „grauenhaften Zuständen“ zu entkommen, als die Bundesminister Erhard Busek die universitären Verhältnisse nach seinem Amtsantritt immer wieder beschrieb. Und er kann in Zukunft dieses Institut in diesem Gebäude als eines jener „Aushängeschilder“ vorzeigen, die er einem verblüfften und ungläubigen Publikum in einem „Kurier“-Interview 1989 ankündigte.

Ab dem WS 1991/92 befindet sich die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft also im Luxus einer Ausnahmesituation. Das Warten hat sich gelohnt. In meinem Briefverkehr mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung findet sich mit Datum vom 6. 2. 1984 die Formulierung: „Ihre Anträge auf bauliche Veränderung werden durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung unterstützt werden“. Daß aus dieser kaum sehr viel versprechenden „Berufungszusage“ schon im Juni 1984 die Widmung des Gebäudes Schopenhauerstraße 32 durch die Gremien der Universität für uns wurde, ließ uns damals allzu früh in Euphorie verfallen. Danach verging Jahr für Jahr, in dem die Akten auf unbekannten Wegen zu unbekannten Orten wanderten. Anfang November schritten die Studierenden in ihrer Verzweiflung zu einer Besetzung des Gebäudes und endlich nach mehr als fünf Jahren war dann Baubeginn. Aus einer ursprünglich geplanten technischen Sanierung ist ein funktional und bedürfnisgerecht gestalteter Neubau geworden.

Nun muß dieses urbane, städtebauliche und räumliche „Geschenk“ inhaltlich beglaubigt werden. Die Schopenhauerstraße 32 muß zur Provokation für die dort Arbeitenden und Studierenden werden. Die so gerne zur Entschuldigung herbeizitierten ungünstigen Umstände sind um einen Quantensprung geringer geworden. Im Jargon demokratischer Klippschule gesprochen: Die Steuerzahler, die viele Millionen investiert haben, dürfen nun für ihr Geld einen geistigen Kapitalrückfluß erwarten. Kreativität, Originalität und Exzellenz sind die richtigen

Stichworte des hochschulpolitischen Kurses der letzten Jahre hierfür.

Noch am leichtesten werden sich die Chancen der Dislozierung einlösen lassen, wenn es nun darum geht, Funktionen für ein Quartier, einen Stadtteil zu initiieren. Den Bewohnern des 18. Bezirkes müßte irgendwann scheinen, daß hier das Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Währing situiert sei.

Schwieriger, weil nicht nur von äußeren Bedingungen abhängig, werden die intellektuellen Leistungen und Qualifikationsschübe zustandezubringen sein, damit Wien wieder einmal zu einem Ort wird, wie damals Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre, als Paul F. Lazarsfeld und sein Kreis durch kreative Forschungsdesigns und einfallsreiches Forschungsmanagement diese Stadt zum Geburtsort der modernen empirischen Sozial- und Kommunikationsforschung machten. Gewiß, die Konstellation der Geister von damals ist nicht wiederholbar, aber an den „signifikanten Problemen“, deren Entdeckung ihm so wichtig war, fehlt es auch am Ende des Jahrtausends nicht. Ihre Bearbeitung ist heute und damals eine Frage des intellektuellen Ranges der WissenschaftlerInnen einer an sich selbst Ansprüche stellenden Disziplin.

Gerade an der dringlichen Aktualität zahlreicher Fragen, die eine Schlüsseldisziplin der Epoche namens „Kommunikationswissenschaft“ erfordern, dürfte es am Beginn der 90er Jahre nach den Kommunikationsrevolutionen der 80er Jahre wohl keine Zweifel geben. Diese Jahre dürften auch unsensibleren Zeitgenossen, in der Rolle des Laienwissenschaftlers im Sessel vor dem Fernsehbildschirm, klar gemacht haben, daß sich dieser Teil der Welt immer rascher von der Industriegesellschaft zur Kommunikationsgesellschaft wandelt. Kommunikation ist zum eigentlichen Element der globalen Entwicklungsdynamik unserer Gesellschaft geworden. Kommunikation – so jüngst (Dialektik der Kommunikationsgesellschaft, Frankfurt 1991, S. 132) der Soziologe Richard Münch – ist ein hochexplosiver Stoff: „Zusätzlich zu unseren Anstrengungen, die explosiven Stoffe des technologischen Zeitalters zu kontrollieren, haben wir noch viele Anstrengungen vor uns, die hoch explosiven Stoffe des Zeitalters der Kommunikationsgesellschaft unter Kontrolle zu halten.“

In den vergangenen 150 Jahren haben die Gesellschaftswissenschaften sich bemüht, die Industriegesellschaft analytisch zu durchdringen

und zu begreifen. Seit Mitte dieses Jahrhunderts hat sich ein Teil dieser sozialwissenschaftlichen Interessen auf die Kommunikation verlagert, aber erst jetzt zeichnen sich die Konturen einer Kommunikationsgesellschaft ab, die ihre Schlüsselwissenschaft braucht. Da ist noch mancher theoretische und empirische Modernitätsrückstand aufzuholen, aber daß die Fülle der Einzelforschungen und die großen Syntheseleistungen von der Kommunikationsgesellschaft ebenso eingefordert werden, wie einst auf anderen Gebieten der Industriegesellschaft, daran gibt es keinen Zweifel.

Institutsgebäude Schopenhauerstraße 32 in Wien, 18. Bezirk: kein schlechter, ein herausfordernder Standort.

2. Im Semesterinfo Wintersemester 1991/92

Vorwort

Dies ist mehr als ein konventionelles Vorwort zu der allsemesterlichen Informationsbroschüre. Diesmal darf es eine Begrüßung sein – feierlich, selbstbewußt und voller Freude. Nur die ganz alten (!) unter den Studierenden wissen, wie lange wir auf diesen Tag warten mußten. Und verkehrstechnisch gesprochen sind es nur vier Stationen mit den Linien 40 und 41, die uns vom früheren Institut trennen. In Wirklichkeit aber geschieht in diesem Wintersemester 1991/92 ein Riesenschritt in eine neue Ära des Faches in Wien.

Was bedeutet dieses neue Institut für Sie, die Studierenden? Ich picke ein paar Rosinen heraus:

- zunächst einmal ganz fundamental: ein eigenes Institutsgebäude.
Fragen Sie bei den Kolleginnen und Kollegen anderer Disziplinen herum, wer in einer derartigen Eigenständigkeit residiert. Es sind nicht viele, die dieses Glück haben.
Treten Sie ein und blicken Sie nach oben – Sie werden mir zustimmen, daß schon allein dieses Portal Ihre Augen fesseln wird.
Wenn Sie weitergehen, finden Sie zur linken Hand – erstmals (!) – eine Bibliothek, mit Arbeitsplätzen, mit Lesesälen, mit Zeitungen und Zeitschriften, die Sie tatsächlich lesen können und die nicht in irgendwelchen Regalen verstauben.
Geradeausgegangen kommen Sie in den Hörsaal, mit Tageslicht und einer kom-

fortablen kommunikationstechnischen Ausstattung.

Im ersten und zweiten Stock finden sich weitere Unterrichtsräume, darunter eine Lehrredaktion – mit 10 Arbeitstischen, 10 Telefonapparaten und 10 Computern mit allem Komfort.

- Und im Rest des Hauses finden Sie die Mitarbeiter in ihren neuen Arbeitsräumen. Und ich bin ganz sicher, Sie werden sehr schnell spüren, wie das neue Gebäude, die neuen Möbel, die neuen Geräte und das freundliche Ambiente dieses Grätzels auch die Sekretärinnen, Assistentinnen und Assistenten, Professorinnen und Professoren inspiriert! Wer genaueres über das Institut wissen will, der möge sich für einen kleinen Beitrag zur Unkostenaufbringung, die sog. Baubroschüre kaufen – solange der Vorrat reicht.

In der Pressekonferenz am Mittwoch, 25. September 1991 habe ich behauptet, daß wir nun außen- wie innenarchitektonisch zur Nr. 1 der Institute für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft im deutschsprachigen Raum geworden sind. Es wird nicht zuletzt von Ihnen, den Studierenden abhängen, ob wir auch intellektuell die Chance haben, zur Nr. 1 zu werden. Nicht zuletzt von Ihrer Kreativität, Leistungsbereitschaft und Innovationsfähigkeit hängt es ja ab, wie der wissenschaftliche Ruf des Faches sich in den nächsten fünf, zehn oder zwanzig Jahren entwickelt.

Aber auch für uns alle, die wir jetzt hier arbeiten, muß diese neue Situation zur Herausforderung werden.

Es ist heute nicht mehr riskant, die Kommunikationswissenschaft als die epochale Schlüsseldisziplin zu bezeichnen. Aber es wäre geistige Hochstapelei, wollten wir behaupten, daß wir diesem Anspruch schon gerecht werden können. Das verhindert nicht zuletzt die Tatsache, daß wir zweifelsohne auch Nr. 1 an Studentenzahlen sind und vielleicht die Nr. 15 an personeller Ausstattung. Trotzdem: Wenn Originalität und Produktivität unserer Arbeit jetzt nicht steigen, so darf sich der Steuerzahler fragen, ob das Geld von den Verantwortlichen in die richtigen Kanäle geleitet wurde.

[...]

Die Massenuniversität, wie sie sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten entwickelt hat

und in deren Ambiente Sie studieren müssen, ist nach meiner Überzeugung nicht reformierbar. Einen Zustand etwa, wie er von Bildungsplanern aller Länder für richtig gehalten wird, also bestimmte Relationen zwischen der Lehrenden und der Studierenden, bleibt bis in alle absehbare Zukunft hinweg illusionär. Auch sind Massenuniversitäten nicht mehr „regierbar“. Den Mut zur Zellteilung aber hat niemand. So bleibt die Devise: Rette sich, wer kann. Uns hat man die Infrastrukturen geschaffen, um uns zu retten. In diesem so lebendigen Stadtviertel des 18. Bezirkes wird dieses Institut zu einer eigenständigen Institution werden. Auch Sie werden sich einleben hier und werden nach Überwindung der notwendigen Anfangsschwierigkeiten unsere „Vergrätzlung“ genießen.

[...]

Wien, September 1991
Wolfgang R. Langenbucher

Mai 1992

50 Jahre Institut

Die anhaltende Misere auf allen Ebenen unserer Arbeit hinderte uns nicht daran, „Fünfzig Jahre Institut“ zu feiern, gewiss auch beflügelt, dies in einem eigenen Institutsgebäude tun zu können, aber auch im Bewusstsein eines schwierigen Datums: 7. Mai 1942. Wie man in den Reden zur Gründung nachlesen kann, geschah dieser Anfang ganz im Zeichen des Nationalsozialismus. So war nach dem Krieg eine nachholende Neugründung geboten, die sich bis in die 70er Jahre hinzog. Heute bewirtschaftet das Institut einer größten Studienrichtungen überhaupt. Die Studenten- und Absolventenahlen haben sich seit Ende der 70er Jahre vervielfacht. Dies geschah noch in den 80er Jahren gegen den ausdrücklichen Willen des zuständigen Ministeriums: dort setzte man auf das Prinzip „Aushungern“, damit die Studenten endlich wegbleiben. Eine langsame Wende leitete erst BM Eberhard Busek ein, der begriff, dass dieses Fach sich zur Schlüsseldisziplin der Kommunikations- und Mediengesellschaft entwickelt hatte und eben darum das leidenschaftliche Interesse einer jungen Generation fand. Damals entstand auch ein Leitbild, das in konzentrierter Fassung noch heute auf der Homepage zu finden ist:

1. Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft ist eine durch methodische Vielfalt geprägte **Sozialwissenschaft**.
2. Als **Integrationswissenschaft** rund um ihren Forschungs- und Lehrgegenstand Kommunikation macht sie Theorien und Methoden aus der Soziologie für sich fruchtbar, aus der Psychologie, der politischen Wissenschaft, der Wirtschaftswissenschaft, Geschichte, Philosophie und Jus. Interdisziplinarität ist damit Programm für uns.
3. In Forschung und Lehre sind wir Teil einer hochgradig vernetzten internationalen Scientific Community.
4. Unsere Forschungsschwerpunkte handeln von Kommunikation und Medien in **gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen**.
5. Unser vorrangiges Bildungsziel ist, den Studierenden eine exzellente **wissenschaftliche Vor-Bildung** für eine möglichst große Bandbreite von Berufen in der Kommunikationspraxis zu vermitteln.
6. Wir verstehen uns als Teil einer Universität, deren soziale, ökonomische und politische Bedingungen einen – unserer besonderen intellektuellen Verantwortung anvertrauten – Raum der Autonomie schaffen, der die Möglichkeiten **fundamentaler Kritik** gewährleistet.

Ansonsten musste an diesem Tag auf viele Defizite und damit Zukunftsaufgaben verwiesen werden; in Stichworten: Forschung, Promotionsstudengang, Abbau der hohen Zahl von Lehrbeauftragten und Schaffung von Dauerstellen, qualifizierte Auswahl der Studien (d.h. Verbindlichkeit für unsere Idee der studentischen „Selbstprüfung“), förderliche Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Mai 1994

10 Jahre Diplomstudium: STEP

Nach zehn Jahren konnten wir alle nun wirklich stolz Bilanz ziehen: unser wichtigstes Ziel wurde erreicht: die Erhöhung der Absolventenzahlen; und zwei Drittel davon waren junge Frauen. Reiches eigenes statistisches Material und die vom BMWF alljährlich herausgegebene Broschüre „Universitäten. Hochschulen: Statistische Daten“ gaben uns jeden Anlass – gerade im Vergleich mit anderen Fächern –, mit erhobenem Haupt auf die Leistung einer praktischen Studienreform zu verweisen: die richtige Antwort auf

die zum Alltag gewordene Massenuniversität. Gelohnt hatte sich nicht zuletzt, dass wir nicht nachließen, uns und unsere Studierenden mit dem Problem der Studierfähigkeit zu beschäftigen, nach Lösungen jenseits des deutschen NC suchend. Wir entwickelten konkrete Maßnahmen für eine STEP, eine Studieneingangsphase; erst viele Jahre später wurden daraus studientechnische Vorschriften, die zum großen Teil freilich hinter dem Erkenntnisstand zurück blieben, den die einschlägige Hochschulforschung nahe legte und den wir unseren Versuchen zugrunde legten. In diesem Prozess musste wir lernen, dass es alles andere als einfach ist, die Studienanforderungen für ein bestimmtes Fach zu konkretisieren. Manches Kollegengespräch über fachspezifische Anforderungen, valide Indikatoren oder immanente Sachansprüche endet mit dem Hinweis auf Selbstverständlichkeiten wie Sprachliche Ausdrucksfähigkeit, Lesen und Schreiben (schriftliche Formulierungsfähigkeiten) im emphatischen (!) Sinne.

Unsere vorläufige Lösung war jedenfalls eine Eingangsphase und ein ehrlicher Selbsttest auf die eigene Studierfähigkeit. Eine hohe Abbrecher- und Wechslerquote war jedenfalls aus dieser Sicht ein Erfolg – und gelernt fürs Leben in einer Kommunikationsgesellschaft hatten jedenfalls auch diese Studenten etwas!

Rhetorisch operierten wir mit einer ironischen Bemerkung aus einer Qualitätszeitung: „Was haben Knast und Uni gemeinsam? Sie können sich ihre Klientel nicht aussuchen.“ Ausgangspunkt war die – häufig bis heute als skandalös empfundene – Überzeugung: Die Matura ist kein Eignungsnachweise für das Studium, garantiert also keine „Hochschulreife“. Dies erklärt auch die gängige Entscheidungsunsicherheit bei der Studienwahl mit den Folgen des Studienabbruchs, häufigen Studienwechsels und unabgeschlossener Studien. Eine Schwundquote von Inskribierenden, denen ihre Studierunfähigkeit klar wurde, war bei diesem Denken durchaus erwünscht – Studienabbruch also so früh wie möglich. Attraktive Alternativen zur Universität bietet unser Bildungssystem ja wahrlich genug.

In aller Härte: Es ist sinnlos zu studieren, wenn man nicht studierfähig ist.

Aber wie erreicht man Studierfähigkeit? Unser Antwort war simpel: Indem man das Fach seiner ersten Studienwahl studiert, ein, zwei Semester eine „Schnupperlehre“ betreibt und so als Studierender die Verantwortung für sein weiteres

Studienschicksal übernimmt. Das ist allerfeinster Humboldt, der den Studenten so vorbereitet wissen wollte, dass sie „physisch, sittlich und intellektuell der Freiheit und Selbständigkeit überlassen werden können“. Die Matura aber leistet das – aus vielerlei Gründen – nicht mehr, der NC widerspricht allen akademischen Idealen und hatte verheerende Rückwirkungen auf das Lernklima der Gymnasien. Es bleibt: Die Universitäten und die Studierwilligen müssen einander finden. Weil das nicht passiert, sieht die Realität für allzu viele Studierende so aus:

Frust, verträdelte Lebenszeit, null Bock – Motivation, Lustlosigkeit, Depressionen, sinnloser, häufiger Fächerwechsel, endlose Studiendauer, Scheitern, Abbruch, examensloses Verlassen der Universität, „erschütternde Abbrecherquoten“ (SZ 7.11.03), und im Schnitt ein viel zu hohes Abschlussalter.

Als ich 1984 zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Studienordnung, eine Posten antrat, hielt sich die Begeisterung über diesen Schritt zu einer Studienreform bei den meisten Institutsmitgliedern in unverhohlenen engen Grenzen. Mein Bedarf an Nostalgie dagegen war naturgemäß gering.

Faktisch begann mit dieser neuen Studienordnung eine verblüffende Erfolgsgeschichte. Der jährliche AbsolventInnen-Output steigerte sich seitdem kontinuierlich.

[...]

Ihnen vor allem – den Magistrae und Magistri – der Jahre 1984 bis 1994 – gilt die Einladung zu diesem Abend. Sie möchte das Institut feiern und damit veranlassen zu einer gemeinsamen Bilanz [...], daß Studienreform keine Chimäre bleiben muß, sondern ganz konkret und real praktiziert werden kann.

Nach zehn Jahren der Implementation (= Anwendung Durchführung) ist für die nächsten Jahre nun die Evaluation (= Bewertung) angesagt. Ihr Hauptkriterium: wie wurde dieses reformierte Studium den Kriterien einer wissenschaftlichen Berufsvor- (und eingeschränkt: aus-)bildung gerecht? Woran ließe sich das schlüssiger ablesen, als an den Karrieren derer, an die diese Einladung geht?

Wintersemester 1997/98

Mein Vorwort zur Semesterbroschüre dokumentiert, dass die Universität und damit je des Institut in den Strudel ständiger Reformen geraten waren. Wir versuchten, uns in der entstehenden neuen Landschaft zu positionieren.

Vorwort des Institutsvorstandes

o. Univ.-Prof. Dr. Wolfgang R. Langenbacher

Wenn dieses Semester und dieses Studienjahr 1997/98 nun beginnen, so ist nichts mehr wie es früher war. Und doch blieb der Alltagsbetrieb – zumindest zunächst – doch so, wie er auch in den vergangenen Jahren Semester für Semester ablief. Hinter den Kulissen aber rumort es, muß es rumoren. Schon seit einigen Jahren gilt ein neues Universitätsorganisationsgesetz (UOG 93), daß an unserer Universität nun mit System und externer Unternehmensberatung eingeführt wird. Zu organisieren gilt es vor allem die für die Universitäten neue Autonomie. Aus einigen Geschäften mußte sich das zuständige Ministerium nun zurückziehen, um in Zukunft andere zu kultivieren („Aufsicht“). Neueren Datums und mit neuen dienstrechtlichen Regelungen bringt es vor allem eine ganz neue Kategorisierung und Verantwortungsstruktur für die Lehrenden.

Besonders betroffen: die AssistentInnen und UniversitätsdozentInnen. Sobald das neue UOG praktiziert wird – 1999 oder erst im Jahre 2000? – wird es die neue Figur des „Studiendekans“ geben, der dann für die Organisation der Lehre an der ganzen Fakultät verantwortlich ist. Bis dahin liegen seine Kompetenzen bei den jeweiligen Vorsitzenden der Studienkommissionen. Dieses UniStG wird für uns alle – Lehrende wie Studierende – bald einschneidende und nachhaltige Konsequenzen haben. Brauchen wir diesen Reformanstoß durch die Universitätspolitik? Ist er zeitgemäß oder nur eine Folge steriler politischer Aufregungen? Ich wende diese Fragen auf unser Fach an: Bis zum Beginn der 80er Jahre herrschte studienorganisatorische Anarchie; eine gesetzlich vorgeschriebene Studienordnung gab es nicht; die einzige Abschlußmöglichkeit war das Doktorat und die Doktorhüte hingen die meiste Zeit ziemlich hoch. Die Zahl der Studierenden, denen es gelang sie sich zu angeln, war seit den 70er Jahren notorisch niedrig. Die Zahl der erfolgreichen DoktorandInnen pendelte um 25

– meist darunter – selten darüber. Dann trat endlich mit dem Sommersemester 1984 eine schon seit den 70er Jahren mögliche neue Studienordnung auch in unserem Fach in Kraft. Gemessen am Output begann damit eine beispiellose Erfolgsgeschichte. In den ersten Jahren konnte es ja nur AbsolventInnen geben, die aus der „alten“ Doktoratsordnung in die neue Diplomordnung übertraten. Nach vier, fünf, sechs Jahren aber dann setzte der Boom der originären DiplomstudentInnen ein und bescherte uns Statistiken, die von kollegialen und politischen Beobachtern fast schon wieder für gefährlich gehalten wurden.

Warum können diese Zahlen „gefährlich“ erscheinen? Nun – unser Institut ist wahrscheinlich – nein sicher – das personell am schlechtesten ausgestattete Institut aller österreichischen Universitäten bezogen auf die Zahl der Studierenden. Wer mit einer so kläglichen Zahl an SekretärInnen und Bibliothekskräften, AssistentInnen und HochschullehrerInnen eine im Vergleich mit anderen Studienrichtungen so hervorstechende Zahl von Studierenden erfolgreich zum Abschluß führt, der könnte die verantwortlichen Politiker und zuständigen Beamten im Ministerium ja auf dumme Gedanken bringen...

Eine solche Trotzhaltung haben wir uns nie erlaubt. Sie wäre auf Kosten der vielen jungen Leute gegangen, die diesem Fach – nicht nur in Wien und Österreich – ja zuströmen wie nie zuvor. Ganz falsch kann ein solches Jahrgang für Jahrgang stabil bleibendes Interesse ja nicht sein, denn die sich wandelnden Interessen bei der Studienwahl reagieren ja auch auf Zeitströme und intellektuelle Hoffungsgebiete. Und so ganz unproduktiv oder gar kontraproduktiv war unsere Outputorientierung dann ja doch nicht. Immerhin hat uns dies den Auszug aus den wahrlich fürchterlichen räumlichen Bedingungen des NIG gebracht, ein eigenes Institutsgebäude („das Institut für Publizistik der Universität Währing“!); wir erhielten ein weiteres Ordinariat und neue AssistentInnenstellen und wer dabei war, konnte sich vor einem Jahr bei einer Rede des damaligen Wissenschaftsministers Rudolf Scholten über dessen Bemerkung freuen, daß die „Publizistik- und Kommunikationswissenschaft ein aufstrebendes Fach“ sei. Eine derartige Äußerung ist mir aus keinem anderen Lande in Erinnerung.

Wichtiger als solche Gratifikationen aber ist

eine andere: Unser Ziel, die Zahl der erfolgreichen AbsolventInnen systematisch zu steigern, bewirkte keineswegs eine Steigerung der steigenden Arbeitslosenzahlen, sondern führte in hunderte von „Karrieren“. So lauten die Titel einer demnächst 3-bändigen Dokumentation, die eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Fritz Hausjell in den vergangenen Jahren erstellt hat und die an den hunderten von einzelnen Biographien höchst lebendig macht, wie vielfältig die beruflichen Chancen mit diesem Studium sind. Man hört oft den Einwand, daß diese Karrieren ja auch trotz dieses Studiums zustandegekommen sein könnten: geschenkt. Daß Beruf und Studium nicht immer fugenlos zusammenpassen wissen wir aus vielen Untersuchungen über die Berufe von AkademikerInnen. Daß dies bei den meisten unserer AbsolventInnen der Fall ist, zeigt ein Blick in diese Bände. Dies ist ja auch kein Wunder, denn eine Informations- und Kommunikationsgesellschaft braucht schließlich auch einschlägig kompetente KommunikationsexpertInnen.

Diese unsere Konzentration auf die „Produktion“ von DiplomandInnen im vergangenen Jahrzehnt hatte natürlich auch ihren Preis: die personelle Ressourcenknappheit ging vor allem zu Lasten der Profilierung dieses Institutes hinsichtlich der Forschung. Es wurde und wird auch in der Schopenhauerstraße geforscht, aber für so etwas wie eine corporate identity unserer Forschungsleistungen reichten die Kräfte nicht (mehr). Die eigentlich Leidtragenden dieses Sachverhaltes waren und sind die AssistentInnen. Die von ihnen für die Habilitation geforderten Leistungen sind nicht zuletzt Forschungsleistungen. Wer aber regelmäßig einige dutzend Studierende zu ihren Forschungsleistungen anleitet und sie dabei intensiv betreut, der und die muß eigene Interessen zurückstellen. So mag es kein Wunder sein, daß mit Dr. Hannes im vergangenen Semester seit mehr als 10 Jahren erstmals wieder ein hauptamtlicher Assistent des Institutes die *venia legendi* und den Titel des Universitätsdozenten erreichen konnte.

Noch einmal zum UniStG. Eine der wichtigsten Reformvorschriften dieses Gesetzes ist der Paragraph, der eine „Studieneingangsphase“ vorschreibt. Viele Studienrichtungen stellt dies vor völlig neue inhaltliche und organisatorische Probleme. Wer sein Studium bei uns schon be-

gonnen hat weiß, daß wir damit keine Probleme haben. Wir haben es nicht so genannt, aber wir haben von Anfang an eine derartige Studieneingangsphase praktiziert. Sie bestand in den Pflichtlehrveranstaltungen der ersten zwei, drei Semester, die in einer Art Schnellsiedekurs die ganzen Aspekte und Dimensionen des Faches in Vorlesungen und Übungen vermittelt. Wer dieses halbe Dutzend von Lehrveranstaltungen erfolgreich hinter sich gebracht hat, darunter einige haarige Klausuren, der weiß ziemlich zuverlässig, ob ihn dieses Fach interessiert und ob er mit den Anforderungen dieses Faches zurecht kommen kann. Er hat gewissermaßen ein „Eignungsfeststellungsverfahren“ durchlaufen, dessen prognostischer Gehalt mit Sicherheit um vieles größer ist als die Maturanoten, die ja in Deutschland über einen *numerus clausus* über den Zugang zu vielen Studienrichtungen entscheiden. Wer in diesen ersten Semestern scheitert, der hat gegenüber den drop outs der Vergangenheit den großen Vorzug, daß er nicht erst kurz vor dem Schlußexamen darauf aufmerksam gemacht wurde und selbst darauf aufmerksam wurde, daß er mit seinem Studium nicht zurecht kommt. Und auch für einen Studienwechsel oder das Verlassen der Universität in Richtung einer ganz anderen Ausbildung ist es nach einem oder zwei Jahren noch nicht zu spät.

War die Studienreform also notwendig? Für diese Studieneingangsphase bringt sie uns jedenfalls jetzt eine korrekte rechtliche Grundlage. Was wir bisher einigermaßen locker praktiziert haben, stellen wir nun auf verbindlichere Grundlagen.

Darüberhinaus aber ist dieser Zwang zur Studienreform vielleicht eine große Chance, unsere sozusagen durch Erfolgsverwöhnung vielleicht entstandene Betriebsblindheit zu überwinden, um wieder einmal sehr prinzipiell den Fragen nachzugehen, für welche gesellschaftliche Praxis diese Disziplin eigentlich die wissenschaftliche Vorbildung vermitteln kann und soll. Kommunikationsgesellschaft und -technik haben heute ganz andere Konturen als Anfang der 80er Jahre. Inhaltlich ist die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in diesem Zeitraum geradezu explodiert. Das heute in Zeitschriften, Monographien und Handbüchern zur Verfügung stehende gewonnene Wissen ist um so vieles umfangreicher geworden, daß wir nicht mehr

damit entschuldigt werden, es gäbe ja keine Forschungsergebnisse und keine Veröffentlichungen. Aber wie mit diesen Wissensfluten umgehen? Wie viele und welche dieser Wissensbestände braucht die Studentin, der Student – nicht als solcher, sondern in seiner späteren Rolle als professioneller Berufsmensch? Solche Fragen müssen in den Mittelpunkt der jetzt beginnenden Studienreformdiskussion gerückt werden, damit möglichst bald eine möglichst zukunftsweisende neue Studienordnung besteht.

Semester 2002/03

Zum Wandel der universitätspolitischen Situation in diesen Jahren gehörte ein Stichwort: „Evaluation“. Damit fand ein Anschluss an internationale Normen statt – und eine grundstürzende Veränderung – in gewisser Weise doch typisch österreichischer – Universitätskulturen. Für unser Institut wurden zwei uns durchaus kollegial verbundene Personen gewählt und vom Rektorat mit einem Evaluationsbericht beauftragt: Univ.-Prof. Dr. Hans-Bernd Brosius und Univ.-Prof. Dr. Claudia Mast

Da es darin ausschließlich um die Forschung ging, konnte uns das Ergebnis nicht überraschen, denn welches Defizit unsere konsequente Politik für die Studentinnen und Studenten zur notwendige Folge hatte, war evident; wir erhielten die Quittung für eine Rechnung, die den Erwartungen der 80er und 90er Jahre, aber nur noch in Grenzen denen des neuen Jahrzehnts entsprach:

„Die katastrophale Situation des Wiener Instituts ist historisch gewachsen. Durch die permanente Überlast in Lehre und Prüfungen, die Pragmatisierung von weiten Teilen des Mittelbaus und die einseitige „Belohnung“ von Lehr- und Prüfungsaufgaben durch Prüfungshonorare ist das Institut in eine deutliche Schieflage geraten und muss grundlegend saniert werden. Die Prüfungshonorare, die einen nennenswerten Teil der Einkünfte aller Mitarbeiter darstellen, haben vermutlich verhindert, dass das Institut viel früher auf seine Notlage aufmerksam machte. Durch die langfristig angelegte Überlast haben sich allerdings bestimmte Sachverhalte dramatisch verschlechtert. Hier sind besonders Nachwuchsförderung und Forschungsleistung zu nennen.“

(München, Stuttgart, 23.10.2002)

Die Stellungnahme zu dem Bericht der externen GutachterInnen (Evaluationsbericht) vom 23. Oktober 2002:

1. *Da es sich hier um einen Evaluationsbericht über die Forschungsleistungen handelt, wird verständlicherweise zu wenig berücksichtigt, dass das Institut seit Mitte der 80er Jahre seine vorrangige Pflicht darin sah, den immer zahlreicher werdenden Studierenden (v.a. weiblichen Geschlechts) einen Abschluss zu ermöglichen. Wie richtig diese hochschul- und bildungspolitische Entscheidung war, wurde dieser Tage wieder durch die neuesten Arbeitslosenstatistiken bestätigt. Unser Fach kommt dort nicht vor, während andere Studienrichtungen für ihre AbsolventInnen und Absolventen ganz offensichtlich großen Arbeitsmarktproblemen aussetzen. Wie wir auch durch unsere langjährigen Untersuchungen zeigen konnten (Buchserie „Karrieren“), bietet unser Studium hervorragende Arbeitsmarktchancen.*
2. *Die Feststellung, dass die Anzahl der Studienabbrecher bei uns unnatürlich hoch sei, bedarf der Korrektur. Einmal davon abgesehen, dass die Abbrecherquoten auch in anderen Studienrichtungen und anderen Ländern – wie dies für Deutschland zuletzt in einer neueren Statistik wieder nachgewiesen wurde – konstant hoch ist, muss die genau gegenteilige Feststellung getroffen werden: dem Institut ist es in konsequenter Ausrichtung auf den Studienerfolg seiner Studierenden gelungen, die AbsolventInnenzahlen kontinuierlich zu steigern und damit – insbesondere im Verhältnis zum wissenschaftlichen Personal – in Größenordnungen zu steigern, die es wahrscheinlich zum in dieser Hinsicht erfolgreichsten Institut nicht nur der Kommunikationswissenschaft machen.*

Die Auseinandersetzung mit diesem Evaluationsbericht und unserer Stellungnahme begann viel versprechend: Das Rektorat gab uns den Auftrag und die Mittel für die Ausarbeitung eines Forschungsprofils; als wissenschaftliche Mitarbeiterin wurde Mag. Cornelia Brantner eingestellt. Aufgrund umfangreicher Gespräche mit allen wissenschaftlichen Mitarbeitern, intensiver Literaturrecherchen und zahlreichen Expertengesprächen entstand eine Expertise von fast hundert Seiten mit einem Forschungsprogramm, das ob seiner entschieden makrotheoretischen Perspektiven

dem Wiener Institut eine profilierte und international singuläre Stellung geben sollte. Sie wurde Ende 2003 abgeschlossen – und dann schubladisiert; für mehr als fünf Jahre gab es das Thema Forschungsorientierung nicht mehr.

Executive Summary

1. *Effiziente Forschungsarbeit kann nur geleistet werden, wenn die strukturellen Rahmenbedingungen und die Ressourcen vorhanden sind. Dies muss für das Wiener Institut mit Nachdruck bezweifelt werden. Zum einen sind die räumlichen Gegebenheiten völlig unzureichend. Neben den fehlenden Ressourcen sind es aber vor allem die Anzahl der Studierenden und Absolventen, die einer Effektivierung der Forschungsleistung entgegenstehen. Dies gilt umso mehr, als dieser Zustand nicht temporärer Natur ist, sondern sich im Verlauf der letzten 20 Jahre kontinuierlich verschlechtert hat. Gerade die Langzeitwirkungen einer studentischen Überlast führen in einem Spiralprozess zu einer abnehmenden Forschungsleistung und mangelnder Nachwuchsförderung. Für die Mitarbeiter bedeutet das auch, dass sie keine langfristigen Forschungsperspektiven entwickeln und so Schritt für Schritt ihre Kapazität und ihre Arbeitsperspektive notgedrungenenmaßen immer mehr auf die Lehre beschränken.*
2. *Für die Fokussierung und Reorganisation der Forschung ist einerseits eine klare Schwerpunktsetzung mit Blick auf die vorhandene Forschungslandschaft an den anderen Instituten, andererseits aber auch eine Integration der vorhandenen Forschungsaktivitäten einzelner Mitarbeiter anzustreben. Gleichermaßen müssten aber auch neue Forschungsschwerpunkte, die eine internationale Anschlussfähigkeit des Institutes sicherstellen, gebildet werden.*
3. *Mit Blick auf die sich verschärfende Wettbewerbslage der Universitäten untereinander soll darauf geachtet werden, dass das inhaltliche Profil des Instituts keine Imitation bereits vorhandener vergleichsweise leistungsstarker Institute im deutschsprachigen Raum (z. B. München, Mainz, Leipzig) darstellt, sondern mit Blick auf die Entwicklungen der Arbeitsmärkte der Nachfrage entspricht und mit Blick auf das Gebot der Unverwechselbarkeit unter den Anbietern ein inhaltlich spezifisches Image aufbaut. Dieses wird unter*

den derzeitigen Bedingungen weniger durch allgemeine Grundlagenforschung erworben als vielmehr durch angewandte Kommunikationsforschung und berufsorientierte Ausrichtung der Studieninhalte.

4. *Eine stärkere Vernetzung mit anderen Instituten der Universität kann die Forschungsperspektiven erleichtern und fördern. Als viel versprechend erscheint in diesem Zusammenhang ein "Zentrum Gesellschaftswissenschaften", gebildet v.a. aus unserer Disziplin, Soziologie und Politischer Wissenschaft.*
5. *Im Fach wird seit vielen Jahren eine – zumindest phasenweise – intensive Diskussion über Forschungsdefizite geführt. Dabei lassen sich drei Schwerpunkte – sozusagen als herrschende Lehre – identifizieren:*
 - Defizit Komparatistik
 - Defizit Makroebene
 - Defizit Langzeitforschung
6. *Aus diesem state-of-the-art leiten wir eine Reihe von Leitlinien ab, die für unsere Forschungsphilosophie profilbildend sein sollen:*
 - Grundlagenforschung
 - (theoriegeleitete) Praxisorientierung
 - Komparatistik als methodischer Königsweg
 - Gesellschaftliche Kommunikation als Makrophänomen
 - empirisches Methodenverständnis
 - Langzeitforschung
7. *Als Quintessenz aus all diesen Schritten, beginnend bei den Feststellungen und Empfehlungen des Evaluationsberichtes von Brosius/Mast, stellen wir – skizzenhaft – drei Forschungsschwerpunkte (FSP) vor, die in einem Zeithorizont von fünf Jahren (2004 – 2008) den profilbildenden, thematischen Rahmen für die konkrete Forschungsarbeit geben sollen:*
 - FSP 1: Politik-, Gesellschafts-, Medienwandel
 - FSP 2: Kommunikations- und Medienkompetenz
 - FSP 3: Gesellschaftliches Lernen

Wintersemester 2004/05

Rückschau aus zehn Jahren Emeritariat

(Teil-)Bilanz Diplomstudienordnung

Als eine der ersten Studienrichtungen bereiteten wir ein reformiertes Studium nach dem Bologna-Modell vor, das im Wintersemester 2003 gestartet

wurde. Dies fand – endlich und erfreulicherweise – auch die personelle und materielle Unterstützung der Universitätsspitze und wurde auch am Institut als eine gerade für unser Fach sinnvolle Innovation eingeschätzt. Nach diesem Neustart lag es nahe, zwanzig Jahre Diplomstudium zu bilanzieren; zwar konnten Prüfungen noch bis zum November 2009 abgelegt werden, aber dies dürfte nur die statistischen Zahlen verändern, aber kaum die grundlegenden Einsichten in die Probleme dieser ersten Studienreform zur Bewältigung der „Massenuniversität“.

1. Vorwort als Nachwort. Nachwort als Vorwort, Dezember 2006
2. Am 2. April 1984 habe ich in Wien meine Professur angetreten. Seitdem sind 45 Semester vergangen. Passenderweise begann in diesem Sommersemester 1984 auch der Diplomstudiengang nach langen internen Auseinandersetzungen seinen Start. Seitdem haben 2.700 Absolventinnen und Absolventen das Institut mit ihrem Magistertitel verlassen. Bis zum Auslaufen dieser Studienordnung im WS 2008/09 werden es noch einige hundert mehr werden. Inzwischen begann im WS 2003/04 eine völlig neue Studienstruktur, nach dem sogenannten Bologna-Modell. Also ein Bakkalaureats- und Masterstudium. Davon soll hier nur am Rande die Rede sein. Aber die Tatsache meiner Emeritierung (Dienstentpflichtung) zum Ende des Sommersemesters 2006 ist mir auch persönlich willkommener Anlass, eine (Zwischen-) Bilanz dieser Epoche des Instituts zu versuchen, die universitätsgeschichtlich den historisch beispiellosen Weg zur Massenuniversität brachte. Unser Fach war davon – zumal in den 90er Jahren – wie kaum ein anderes betroffen.
3. Diese Entwicklung war politisch und gesellschaftlich gewollt, wenngleich auch oft genug – zumal von uns Professoren selbst – bejammert und beklagt. Sie war in mancher Hinsicht revolutionär, insbesondere darin, dass sich nun Jahr für Jahr, aber nachdrücklich und konsequent, die Universitätstüren für den weiblichen Teil der eine höhere Bildung suchenden jungen Menschen öffnete. Der gender switch bei den Maturanten fand um die Jahre 1990 statt; bei uns nachhaltig im Jahre 1980 und ist seitdem ganz offensichtlich unumkehrbar. Gerade angesichts dieser Feminisierung der Universität halte ich es für einen bis heute schreienden Skandal, dass in

keiner Phase dieser Entwicklung die Hochschulpolitik diesen neuen Bedingungen auch nur annähernd gerecht wurde. Weder Räume noch Personal und Budget wuchsen auch nur annähernd in einem vernünftigen Maße zu dieser studentischen Expansion.

4. Eine der unvermeidbaren Folgen lässt sich an unserem Fach – und dies nicht nur in Wien – besonders eindrücklich studieren: Für viele Studienbeginner ist nicht der Abschluss, sondern der Studienabbruch der Normalfall. Dabei muss man freilich differenzieren: Sehr viele unserer Studierenden schließen zwar ihr Studium ab, indem sie alle erforderlichen Prüfungen ablegen und die entsprechenden „Scheine“ erwerben, scheitern dann aber oder verzichten freiwillig auf den förmlichen Abschluss durch die Anfertigung einer Diplomarbeit und das Ablegen der mündlichen Prüfungen. Befördert wird dieses Verhalten selbstredend auch dadurch, dass für viele Berufe auf die unser Fach vorbereitet, ein förmlicher Studienabschluss nicht notwendig ist.
5. Eine häufige Ursache, die man ja nicht im Ernst negativ bewerten kann, ist auch, dass viele unserer Studierenden schon während des Studiums beruflich höchst erfolgreich tätig sind und dann im Laufe des Studiums eine Art gleitender Übergang zum Beruf stattfindet. Die immer stärkere Beanspruchung verhindert dann die Konzentration auf eine größere schriftliche Arbeit und die Abschlussprüfung. Davon zu unterscheiden sind all jene, die uns – oft schon nach dem ersten Semester – wieder verlassen, sich einem anderen Studium zuwenden oder die Universität überhaupt als Studienort meiden. Über diese zahlenmäßig sehr große Population wissen wir wenig, wenngleich einige allgemeinen Studien über den Studienabbruch zeigen, dass die Gründe sehr unterschiedlich sind. Eine Hauptursache aber sind die schlechten Studierbedingungen, die für alle Massenfächer notorisch sind und für deren Zustand die Politik direkt verantwortlich bleibt. Merkwürdigerweise ist daraus nie ein Protestpotential entstanden, obwohl die davon Betroffenen allen Grund zum Protest hätten. Wie viel verschwendete Lebens- und Arbeitszeit wird hier ganz offensichtlich drangegeben. Aus der Sicht des Institutes aber – und das ist geradezu zynisch es zu sagen – war dieses Abbruchverhalten über zwei Jahrzehnte gewissermaßen die einzige Rettung. So imponierend unsere AbsolventIn-

nenzahlen waren und sind, ihnen stehen die Zahlen für ErstinskribentInnen gegenüber, die noch ganz andere Dimensionen haben.

6. Obwohl am Ende nur 1/4 oder 1/3 der ursprünglichen Anfänger bis zum erfolgreichen Abschluss kam, hat uns dies an den Rand all unserer personellen und didaktischen Möglichkeiten gebracht. Die Vorstellung, dass über all die Jahre niedrigere Abbruchquoten sich eingependelt hätten, war für uns immer die schiere Horrorvorstellung. Auch so – mit diesen scheinbar niedrigen AbsolventInnenzahlen in Relation zu den BeginnerInnen –, hat sich unser Institut einer Art Selbstlähmung hinsichtlich der Forschung ausgesetzt. Wir waren uns alle einig, dass die Einführung der Diplomstudienordnung auch unsere Antwort auf die Massenuniversität war und wir waren uns auch einig, dass unser allererstes Ziel die Steigerung der AbsolventInnenzahlen sein musste. Das gelang auf fast beispiellose Weise. Es gab Zeiten, in denen 5 % der Absolventinnen und Absolventen der Gesamtuniversität Wien die unseren waren – und dies erbracht mit einem Anteil des Personals von 0,5 %! So problematisch Vergleiche von Fach zu Fach in dieser Hinsicht sein mögen, aber dieser Effizienzfaktor von 10 spricht gewiss für sich.

7. Der Preis aber war hart und bitter: Seit den 90er Jahren bis zur neuerlichen Universitätsreform haben wir kaum noch anspruchsvoll zur Forschung beigetragen. Natürlich gab es da und dort kleinere Arbeiten, auch immer wieder das eine oder andere Gutachten und erstaunliche Forschungsleistungen in den Abschlussarbeiten vieler StudentInnen, aber was uns fehlte und fehlt, sind die großen Projekte finanziert aus Drittmitteln und die Forschungskooperation mit anderen Instituten und Forschungseinrichtungen. Einen „Ruf“ haben wir immer noch für unsere Beiträge zur Kommunikationsgeschichte, aber davon abgesehen ist es uns nicht gelungen, durch Forschungsleistungen und das heißt nicht zuletzt Veröffentlichungen, profilbildend zu wirken. Diese Beobachtung, die auch durch eine Evaluation bestätigt wurde war der Grund der Universitätsleitung uns um die Ausarbeitung eines Forschungsprofils zu bitten. Dieses haben wir im Jahre 2006 vorgelegt und auch mit einem glasklaren executive summary versehen. Nur leider – die Executives haben nichts exekutiert und so liegt diese

umfangreiche Expertise vorläufig weitgehend ungenutzt in diversen Schubladen. Dieser Zustand muss sich in der nun beginnenden neuen Epoche des Instituts gründlich ändern. Erste Ansätze dazu gibt es, aber ihre Intensivierung und Fortsetzung hängt wiederum von Bedingungen ab, deren Veränderung zum jetzigen Zeitpunkt (also dem Beginn des WS 2006/07) sich nirgendwo andeutet: mehr Personal, mehr Räume, mehr Budget.

8. Wenn es auch anders erscheinen mag angesichts dieser obigen Passagen: ich neige nicht zur Mieselsucht. Im Rahmen seiner bescheidenen Ausstattung haben alle die seit dem Beginn der 80er Jahre an diesem Institut gearbeitet haben und teilweise noch heute dort arbeiten, an einer Erfolgsgeschichte mitgeschrieben, die wir angesichts noch so problematischer Gegebenheiten uns nicht wegdementieren lassen müssen. Ein von Fritz Hausjell und zahlreichen studentischen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen Anfang der 90er Jahre gestartetes Projekt „Karrieren“, das im Zuge dieser Epochenbilanz jetzt wieder aufgenommen und fortgesetzt wird, dokumentiert imponierender und aspektreicher als jede der gängigen Evaluationsmethoden, was dieses Institut für Wissenschaft und Gesellschaft geleistet hat: eine gründliche Akademisierung weiter Berufsfelder der gesellschaftlichen Kommunikation. Dass dabei, was in der Tradition des Instituts im Vordergrund stand, der klassische Journalismus immer gewichtiger durch solche Berufe wie Public Relations, Werbung oder Medienmanagement ergänzt wurde, war für manche von uns schwer nachvollziehbar, aber es entsprach der genau in dieser Epoche stattfindenden Revolution der Medienwelt und Kommunikationsgesellschaft.

Mit dem Sommer 2006 wurde ich nach über 40 Semestern „Wien“ und der „Universität Währing“ und in meinem achten Lebensjahr emeritiert; diese fürsorgliche Vormundschaft des Dienstrechtes (= der Staat) kam mir nicht unwillkommen an – Perspektiven fehlte es mir nicht. Es gab in diesen beiden Jahrzehnten vor allem ein Phänomen, das mich großspurig an ein Zitat von Goethe, dieses abwandeln, denken ließ:

„Von hier und heute geht ein neue Epoche der Universitätsgeschichte aus. Und ihr könnt sagen, Ihr seid dabei gewesen.“

Und was war dieses Neue? Es war die Selbstverständlichkeit und der Erfolg, mit der das weibliche Geschlecht die Universität und unser Fach eroberte. Befriedigend auch, dass trotz aller sonstigen Defizite in dieser Zeit ein Schwerpunkt feministischer Forschung entstand; und ein weiterer, den es denn doch gab (Leseforschung) über-

wiegend von Kolleginnen erarbeitet wurde. Und historisch sollte nicht vergessen werden, dass eine der ersten Professorinnen des Faches an unserem Institut lehrte: Marianne Lunzer-Lindhausen. Mit alledem war das Institut Teil des folgenreichsten gesellschaftlichen Wandels, der zur Signatur der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehört.

Wolfgang R. LANGENBUCHER,

war bis Ende September 2006 Vorstand des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Promotion 1963 (bei Hanns Braun): Eine Arbeit zur *Geschichte und Theorie der Unterhaltungsliteratur*. Danach war er Assistent von Otto B. Roegele am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München. Aus diesen Jahren stammen auch die zahlreichen gemeinsamen Veröffentlichungen mit Peter Glotz.

Seine Habilitationsschrift *Kommunikation als Beruf* (1973) kann man als theoretische Grundlegung seiner Bemühungen zur Reform der Journalistenausbildung sehen, die im Münchener Modellversuch eines berufsbezogenen Studienganges (seit 1979 Diplom-Studiengang Journalistik) ihren institutionellen Niederschlag fanden.

Von 1975 bis 1983 war Langenbucher als Professor am inzwischen umbenannten Institut für Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) der Universität München tätig. Aktiv im *Deutschen Presserat zur Journalistenausbildung*, als Mitglied der *Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems* (KtK) und des Projektteams *Lokaljournalisten* (Konzeption eines Weiterbildungsmodells), als Leiter der *Wissenschaftlichen Kommission Lesen*, als Berater beim Feldversuch *Bildschirmtext* Düsseldorf/Neuss und schließlich als Beauftragter des Landes Berlin für ein Projektdesign Kabelkommunikation Berlin.

Seit 1972 ist Langenbucher Mitherausgeber der wichtigsten Zeitschrift des Faches: *Publizistik. Vierteljahresshefte für Kommunikationsforschung*.

Im Mai 1982 erhielt er einen Ruf auf das Ordinariat für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, den er im April 1984 annahm. Mit 30. September 2006 emeritierte Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Langenbucher.

Research Corner

„Der Schoß ist fruchtbar noch,...“¹

Zur Entwicklung rechtsextremer Ideologien in einschlägigen Zeitschriften von 1952/1953 bis zum Staatsvertrag 1955

Christina Steinkellner
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft,
Universität Wien

Abstract

Das Fortleben der Ideologien ehemaliger NationalsozialistInnen nach 1945 kann sich anhand von Presseartikeln, Dokumenten, gesellschaftlichen Geschehnissen und auch politischen Aktivitäten festmachen lassen. In vorliegender Analyse² wird auf die Auseinandersetzung der österreichischen Politik und Gesellschaft mit dem nationalsozialistischen Erbe eingegangen und dessen Einwirkungen auf die einschlägige Presse, insbesondere auf die Gazetten *Die Aula* und der *Eckartbote* beleuchtet. Das Ziel dieser Arbeit ist das Herausfiltern des Demokratieverständnisses der ehemaligen NationalsozialistInnen im Nachkriegsösterreich. Ausschlaggebend dabei ist, dass das Land falsch als das „erste Opfer“ des Nationalsozialismus deklariert wurde. Das besondere Forschungsinteresse liegt darin, die Einstellungen der ArtikelverfasserInnen hinsichtlich der politischen Umstände im Nachkriegsösterreich unter Berücksichtigung der schwammigen Entnazifizierungsmaßnahmen zu identifizieren. Untersucht wurde die Zeit der (Wieder-)Erscheinung der Blätter, die Jahre 1952 (*Die Aula*) bzw. 1953 (*Eckartbote*), bis zum Jahresende 1955. Damit konnten die medialen Reaktionen auf die Ratifizierung des Österreichischen Staatsvertrages, der im Mai 1955 unterzeichnet wurde, in die Analyse miteinfließen. Ebenfalls wird dem Umstand Aufmerksamkeit geschenkt, dass sich die Lage und Akzeptanz der ehemaligen NationalsozialistInnen nach deren Amnestierungen 1947/1948 um einiges verbesserte, ein regelrechtes Buhlen um die WählerInnenstimmen dieser „Ehemaligen“ stattfand und dies einen großen Einfluss auf gesellschaftliche und politische Bereiche in Österreich hatte.

Schuld und Verdrängen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 gab es in der österreichischen Gesellschaft und Politik keine „Stunde Null“, der Krieg war zwar vorüber aber der „Kampf gegen den Nationalsozialismus“ fand mit dem Fortschreiten des Kalten Krieges ein jähes Ende und brachte die Integration ehemaliger NationalsozialistInnen in der politischen Landschaft mit sich. Schon die völkerrechtliche Auffassung der Okkupation Österreichs durch das Nazi-Regime bereitete einen Nährboden für die ideologischen Entwicklungen in Österreich bis hin zur Ratifizierung des Staatsvertrages sowie der folgenden Zeit. Mit der Moskauer Deklarati-

on vom 1. November 1943 wurde Österreich von den Großmächten USA, Großbritannien und der Sowjetunion zum ersten Opfer des nationalsozialistischen Regimes erklärt. Völkerrechtlich gesehen nahm man an, dass Österreich während der Besatzung durch Deutschland nicht mehr fähig war, freiwillige Handlungen zu tätigen. Die Handlungsfähigkeit des Völkerrechtssubjekts Österreich, das als solches grundsätzlich Rechte und Pflichten die sich aus dem Völkerrecht ergeben einhalten muss, wäre somit durch den Anschluss im Jahre 1938 verloren gegangen (Verosta, 1947, S. 121). Mit dieser Definition wurde das Fundament für den Opfermythos, der sich folgend in der Zweiten Republik verbreitete, erbaut. Die

¹ Brecht, B. & Matthews, S. & Matthews, G. (1981). *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui*. London, S. 200.

² Dieser Artikel beruht auf der Magisterarbeit „Die Demo-

kratie die sie meinen. Deutschnationale Ideologien im post-nazistischen Österreich anhand einer Analyse einschlägiger Zeitschriften zwischen 1952/53 bis 1955“

neue politische Führungselite in Österreich ging in ihren Entscheidungen nun von jener Opferthese aus, schließlich wurde von den Alliierten quittiert, dass man das erste Opfer gewesen war, die Schuld am Nationalsozialismus läge daher bei „den Deutschen“.

Anfang der 1950er Jahre entstand eine Art „Double speak“, der an den vielen Facetten der „Opferthese“ ausgemacht werden kann (Forster, 2001, S. 117). Auf außenpolitischer Ebene war Österreich darum bemüht, die politischen Opfer des NS-Regimes in den Vordergrund zu rücken – man gab sich als antifaschistischer Staat. Innenpolitisch war man bereits daran, ein Opferkollektiv zu erstellen, dies bedeutete auch die Integration ehemaliger WehrmachtssoldatInnen, Angehöriger der Schutzstaffel (SS) der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), ehemaliger NationalsozialistInnen aus allen Bereichen der Gesellschaft sowie der sogenannten „MitläuferInnen“ (Forster, 2001, S. 118).

Mit der Zeit begann sich ein Spannungszustand zwischen dem außenpolitischen Erscheinen Österreichs und der innenpolitischen Lage zu entwickeln, hier sind besonders die Rückstellungen des jüdischen Vermögens sowie die Schadensersatzzahlungen an politische Opfer zu erwähnen (Knight, 2000, 37).

Die vom Nazi-Regime beschlagnahmten Besitztümer und Wertpapiere summierten sich zu großen Vermögenswerten, somit war hier ein Grund für die Regierung gegeben, die Rückstellungen im Zaum zu halten und die Entschädigungen für Jüdinnen und Juden aufzuschieben.

Zudem sah man, im Gegensatz zu Deutschland, in Österreich keine Notwendigkeit für Entschädigungszahlungen für die Opfer des Nationalsozialismus, da man sich selbst ja als Opfer betitelte und zog die Erstellung der Rückstellungsmaßnahmen in die Länge (Bailer, 1993a, S. 25).

Die Entnazifizierungsmaßnahmen in Österreich wurden, im Gegensatz zu den deutschen Gebieten, von den drei Parlamentsparteien, der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) sowie der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), und den vier Besatzungsmächten, die US-amerikanischen, sowjetischen, britischen und französischen Alliierten, gemeinsam durchgeführt (Stiefel, 1986, S. 29). Nach der Nationalratswahl 1945 wurde die Regierung unter der Führung Karl Renners, die bis

dahin nur von der sowjetischen Besatzungsmacht anerkannt wurde, auch von den anderen Besatzungsmächten für rechtmäßig erklärt und die gesetzlichen Entnazifizierungsmaßnahmen von den Beteiligten befürwortet (Stiefel, 2001, S. 208). Verankert wurde die Bestrafung von Kriegsverbrechen, Kriegshetzerei, Quälereien und Misshandlungen, Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde, Denunziation und Hochverrat an Österreich im Verfassungsgesetz. Ebenfalls wurde das Verbot der NSDAP festgelegt, das die Rechtsgrundlage für die Registrierung und Behandlung von Mitgliedern der NSDAP charakterisierte und auf Parteiangehörige zutraf, die nicht durch das Kriegsverbrechergesetz verfolgt wurden. Zudem bestand das Wirtschaftssäuberungsgesetz.

Schon bald war die österreichische Regierung daran, die Entnazifizierungsmaßnahmen zeitlich zu befristen. Die ÖVP bemühte sich von Anfang an, den „harten Kern“ der NationalsozialistInnen zu ahnden, demnach sprach man sich für eine Amnestie für „MitläuferInnen“ aus, da sich diese nur aufgrund von Propagandamaßnahmen dem NS-Regime unterworfen hätten. Die SPÖ wollte mit den Entnazifizierungsmaßnahmen eine „Umerziehung“ bewirken und sah in dem Prozess eine Lernphase für die ehemaligen NationalsozialistInnen, um sie danach wieder in die Gesellschaft integrieren zu können. Die KPÖ hingegen forderte eine durchwegs konsequente Strafverfolgung der Nazis, auch der „MitläuferInnen“ (Stiefel, 1986, S. 31).

Im Februar 1947 kam es bereits zu der Erstellung eines neuen Entnazifizierungsgesetzes, wobei zwischen „belasteten“ und „minderbelasteten“ NationalsozialistInnen, also zwischen Personen, die eine gewisse Stellung und Machtposition innehatten und Personen, die man als „MitläuferInnen“ deklarierte, unterschieden wurde. Ein Jahr später erfolgte die allgemeine Amnestierung der „Minderbelasteten“, umfangreiche Amnestierungen der „Belasteten“ wurden, nach der Wiedererlangung der Souveränität, 1956 und erneut 1957, durchgeführt.

Die Komplexität der Durchsetzbarkeit der „politischen Säuberung“ lag in der Notwendigkeit des Wiederaufbaues eines demokratischen Systems und damit auch die Zusicherung der gleichen politischen Rechte für alle BürgerInnen. Hiermit war den ehemaligen NationalsozialistInnen ein starkes Argument gegeben (Stiefel, 1986, S. 33f).

Zudem war man, besonders im Lager der ÖVP, bald daran, ehemalige NSDAP-Mitglieder anzuwerben. Nach anfänglichem Zögern erkannte auch die SPÖ das Wählerpotential der ehemaligen NationalsozialistInnen. Rein wahrarithmetisch hatte dieser Wählerpool, mit fast einem Viertel der österreichischen Bevölkerung, eine große Bedeutung (Rathkolb, 1986, S. 79f).

Die Nachkriegspresse im Schatten der Entnazifizierungen

Die außen- und innenpolitischen Entwicklungen hatten auch ihre Einflüsse auf den Pressebereich in Österreich. Personen mit einschlägigen Ideologien bekamen nach den Amnestierungen regelrecht die Erlaubnis, ihre Einstellungen in Hetzblättern zu verbreiten. Zwar wurden diese „Ausrutscher“ anfangs juristisch geahndet, doch mit dem Fortschreiten des Kalten Krieges und dem förmlichen Tauziehen der österreichischen Parteien um die Stimmengunst des großen Wählerpools ehemaliger NationalsozialistInnen, wich diese Vergeltung einer Gleichgültigkeit.

Ein Beispiel dafür bietet die Geschichte Josef Papeschs, dem Gründer der Zeitschrift *Die Aula*. Papesch, in der Steiermark eine wichtige Persönlichkeit mit einem deutlichen nationalsozialistischen Hintergrund, setzte sich auch nach dem Krieg dafür ein, die nationalsozialistische Tradition fortzusetzen (Karner, 2005, S. 275). Trotz seiner Ideologien wurde er 1963 durch das Land Steiermark mit dem Peter-Rosegger-Literaturpreis ausgezeichnet (Höller, 2011).

Besonders die Rolle der Presse in der Nachkriegszeit ist interessant, wurden doch nach Ende des Krieges alle zuvor gleichgeschalteten Kommunikationskanäle von den Besatzungsmächten in Beschlag genommen, und auch für eigene Propagandazwecke sowie für die „Re-Education“ der österreichischen Bevölkerung genutzt.

Zu Beginn der Besatzungszeit herrschte gravierender Papiermangel und die Ressourcen reichten nur für die Herausgabe einer einzigen Zeitung. Die österreichischen Parteien sprachen sich für eine Zeitung mit parteipolitischen Bezug aus. Diesem Wunsch wurde jedoch nicht Rechnung getragen, sondern es entstand das *Neue Österreich*, ein „objektiv“ gedachtes Blatt, die den demokratischen Aufbau unterstützen sollte (Schärf, 1960, S. 62).

Fast alle Zeitungen die in den darauffolgenden Jahren erschienen standen entweder in einem di-

rekten Naheverhältnis zu den Besatzungsmächten oder waren Parteizeitungen, welche dennoch der Zensur durch die Alliierten unterlagen (Pollak, 2001, S. 140).

Viele ehemalige NationalsozialistInnen die im NS-Regime im Medienbereich tätig waren gingen auch weiterhin nach dem Kriegsende ihrer Funktion nach. Somit wurde in den 1950er- und 1960er-Jahren von den österreichischen JournalistInnen ein bestimmtes Bild Österreichs konstruiert, indem man die Vergangenheit verschwiegen und ihre Aufarbeitung vermied (Hausjell, 1991, S. 38). Nachdem viele „ehemalige“ MedienmacherInnen 1948 als minderbelastet eingestuft und darauf amnestiert wurden, gab es auch in der einschlägigen Presse ihre Rückkehr an die Schreibtische der Medienhäuser. Diese personellen Verstrickungen zwischen NS-Regime und der Zweiten Republik hatten somit natürlich einen inhaltlichen Einfluss auf die Medien wobei sich dieser Umstand besonders anhand der Reaktionen der Presse auf Entnazifizierungsmaßnahmen und -gesetze sowie auf Bestrafungen der „Ehemaligen“ erkennen lässt, was in dieser Analyse dargelegt wird.

Neonazistische Presse in den „Gründerjahren“

Nach dem Beenden der Entnazifizierungsmaßnahmen 1949 verging nicht allzu viel Zeit bis neonazistische Organisation wieder entstanden und damit auch verschiedene einschlägige Druckwerke, meist Wochen- oder Monatsblätter, jedoch keine Tageszeitungen. Im Jahre 1952 bildeten sich Kameradschafts- und SoldatInnenbünde, die die „HeldInnentaten“ der WehrmachtssoldatInnen im Krieg hervorhoben. Viele dieser Organisationen wurden wiedergegründet, auch viele unter einem neuen Namen (Bailer & Neugebauer, 1993, S. 98). Einer dieser Bünde war der „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ), der zunächst nur in der Steiermark agierte, 1953 jedoch verboten und danach zu „Steirischer Jugendbund“ (SJB) umbenannt wurde (Montalcino, 1996, S. 98). Der BHJ entstand als Bund für die Unterstützung der Kriegsverehrten, das Sprachrohr dieses Vereins war *Der Kamerad* und wurde von Fritz Stüber, einem Dichter der NS-Zeit, gegründet. Stüber war als Mitbegründer des Verbands der Unabhängigen (VdU) in den 1950er Jahren politisch tätig und fungierte als Parteiobmann und Nationalratsabgeordneter. Der Verband sah sich als In-

teressenvertretung ehemaliger NationalsozialistInnen, Heimatvertriebener, HeimkehrerInnen und Personen, die mit der heimischen Politik unzufrieden waren. 1953 aber wurde Stüber wegen „Rechtsabweichung“ abbestellt.

Stüber war zudem Mitbegründer der „Österreichischen Landsmannschaft“ (ÖLM), einem Schutzverein für Heimatvertriebene sowie für die Stärkung der völkischen Geisteshaltung, und des *Eckartboten* im Jahre 1953, bei dem er den Posten des „Schriftleiters“ bis zu seinem Tod 1978 innehatte (Montalcino, 1996, S. 93).

Eines der wichtigsten Sprachrohre in der Neonazi-Szene war die *Wegwarte – Kampfblatt für Volkstum und Heimat*, Herausgeber dieser Gazette war der gebürtige Tschechoslowake und ehemalige Prager Abgeordnete Hans Wagner, welcher 1952 zum ersten Obmann der „Österreichischen Sozialen

Bewegung“ (ÖSB), einem Netzwerk der internationalen FaschistInnen, gewählt wurde, in der er auch später als Obmannstellvertreter tätig war (Gatterer, 1960, S. 47).

Ab 1953 wurde die Bewegung von Wilhelm Landig, einem ehemaligen NSDAP-Kreishauptstellenleiter, geführt. Landig schloss sich dem VdU an und wurde schließlich Obmann der „Demokratisch-nationalen Arbeiterpartei“ (DNAP), zudem hatte er eine bedeutende Rolle in den völkischen Korporationen. Landig war auch Herausgeber der Zeitschrift *Europa-Korrespondenz* (Gatterer, 1960, S. 48).

Neonazistische publizistische Tätigkeiten waren jedoch nicht nur eine Sache von gruppierten „Ehemaligen“ im Hintergrund, auch auf parteipolitischen Ebene gab es Druckerzeugnisse in denen Deutschtümelei ausgelebt wurde, eine wichtige Persönlichkeit in dieser Szene war Viktor Reimann.

Reimann war kurz nach 1938 schon mit der NSDAP in Kontakt gekommen, durch das Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität Wien kam er mit Gleichgesinnten, wie dem Germanistik-Professor Josef Nadler (der Verfasser der „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften“ sowie der „Literaturgeschichte des deutschen Volkes“ war von

1931-1945 an der Universität Wien tätig. Aufgrund von „rassentheoretischen“ Darstellungen in seinen Werken wurde er 1945 von der Universität entlassen, publizierte jedoch weiterhin), in Kontakt. Nach dem Anschluss erkannte Reimann jedoch, dass die österreichischen NationalsozialistInnen in ihren Rechten, verglichen mit deutschen NationalsozialistInnen, eingeschränkt wurden und schloss sich einer Oppositionsgruppe innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung an. 1941 wurde Reimann wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, wo er erste Erfahrungen als Journalist bei der Gefängniszeitung machte (Rathkolb, 1989, S. 35). Nach Kriegsende wurde er Kulturredakteur bei den, von US-amerikanischen Alliierten betriebenen, *Salzburger Nachrichten*, da er als Opfer des Nationalsozialismus galt. 1945 wurde

er schließlich stellvertretender Chefredakteur der Zeitung (Benz, 2013, S. 325). Nachdem sich eine „Aussöhnung“ mit den ehemaligen NationalsozialistInnen anbahnte, kehrte Reimann immer mehr zu seinen ursprünglichen Ideologien zurück. Doch aufgrund des fortschreitenden Kalten Kriegs wurden die unverblühten Verletzungen der alliierten Pressegesetze nicht mehr geahndet (Rathkolb, 1989, S. 36).

Reimann war Mitbegründer des VdU, nachdem am 25. Februar 1949 die Erstausgabe der Wochenzeitung *Neue Front*, dem neu entstandenen Sprachrohr des VdU, erschien, fungierte Reimann auch als Chefredakteur für das Blatt. Er wurde bewusst in die politischen Aktivitäten des VdU eingebunden. Herbert Kraus, Gründer des VdU, holte Reimann wegen seiner Wortgewalt gegen die Entnazifizierungsmaßnahmen, die er offen kundtat, ins Boot. Kraus wollte Reimann für politische Zwecke einsetzen und machte ihn zum Pressechef (Reimann, 1980, S. 106).

Vage Formulierungen in den neonazistischen Gazetten, die sich in teils verworrenen und teils überladenen Satzkonstruktionen finden lassen, zeigten auf, dass man auf nationalsozialistische Inhalte nur anspielen wollte um etwaiger strafrechtlicher Verfolgung zu entgehen. Es ist anzunehmen, dass Reimann

Reimann war Mitbegründer des VdU, nachdem am 25. Februar 1949 die Erstausgabe der Wochenzeitung *Neue Front*, dem neu entstandenen Sprachrohr des VdU, erschien, fungierte Reimann auch als Chefredakteur für das Blatt. Er wurde bewusst in die politischen Aktivitäten des VdU eingebunden. Herbert Kraus, Gründer des VdU, holte Reimann wegen seiner Wortgewalt gegen die Entnazifizierungsmaßnahmen, die er offen kundtat, ins Boot. Kraus wollte Reimann für politische Zwecke einsetzen und machte ihn zum Pressechef (Reimann, 1980, S. 106).

Neonazistische publizistische Tätigkeiten waren jedoch nicht nur eine Sache von gruppierten „Ehemaligen“ im Hintergrund, auch auf parteipolitischen Ebene gab es Druckerzeugnisse in denen Deutschtümelei ausgelebt wurde, eine wichtige Persönlichkeit in dieser Szene war Viktor Reimann.

nehmen, dass die Personen, die diese Zeitschriften konsumierten, verstanden, was die VerfasserInnen der Artikel ihnen mitteilen wollten. Nicht zuletzt deshalb kann man diese subtile „Deutschtümelei“ nicht als abgeschwächten Neonazismus bezeichnen sondern eher als taktisch „klugen“ Feldzug.

Die Aula

Eines dieser neonazistischen Blätter ist *Die Aula*, die auch Untersuchungsgegenstand der Analyse bildet. Das Vorgängerblatt der *Aula*, die Zeitschrift *Der freiheitliche Akademiker - Mitteilungsblatt des Akademikerverbandes Österreichs Landesgruppe Steiermark und Kärnten*, erschien zum ersten Mal im Oktober 1951.

Die Änderung des Titels zu *Die Aula – Monatszeitschrift Österreichischer Akademikerverbände* erfolgte nach einem Jahr, herausgegeben wurde die Gazette vom „Freiheitlichen Akademikerverband Steiermark und Kärnten“, als Gründer der Zeitschrift gilt Josef Papesch (Österreichischer Hochschulführer, 1960, S. 210).

Papesch war Gauhauptstellenleiter für Kultur der NSDAP und Regierungsdirektor der Abteilung II (Volksbildung, Erziehung, Kultur- und Gemeinschaftspflege). Nach dem Krieg war stets darum bemüht, seine nationalsozialistische Ideologie mit der steirischen Volkskultur zu verbinden, dabei die steirischen Traditionen fortleben zu lassen und sich nationalsozialistisch zu artikulieren (Karner, 2005, S. 275). Sechs Jahre nach Kriegsende wurde er amnestiert und widmete sich der „Kultur- und Schutzarbeit“ sowie der Herausgabe der *Aula* (Jontes & Schilhan, 2007, S. 29ff).

Die Verbindung der *Aula* zu den studentischen Korporationen lässt sich schon allein anhand der Inhaberschaft des Blattes erkennen, so bestanden die „Freiheitlichen Akademikerverbände“ (FAV) hauptsächlich aus Personen des völkischen Korporationswesens. *Die Aula* war von Anfang an das Sprachrohr der deutschnationalen Burschenschaften in Österreich, die Beilage des Blattes, *Akademisches Leben*, beinhaltete Informationen für Korporierte (Weidinger, 2015, S. 379).

Durch dieser Verbindung zum Korporationswesen wurden von den AutorInnen natürlich Themen behandelt, die die Akademikerriege tangierten oder für sie von Bedeutung waren. Jedoch fiel

auf, dass man sich mit den Jahren bemühte, nicht nur die korporierte AkademikerInnenschaft mit den Inhalten anzusprechen sondern sich darauf konzentrierte, einen einschlägigen politischen Unterton zu vermeiden, aber trotzdem die nationale Gesinnung der „Freiheitlichen Akademikerverbände“ widerzuspiegeln.

In der Untersuchung der *Aula* wie auch des *Eckartboten* wurde anhand forschungsleitender Fragen Diskurse gefiltert und dargelegt um Einstellungen der AutorInnen hinsichtlich der Entnazifizierungsmaßnahmen, der Behandlung ehemaliger NationalsozialistInnen, der neu entstehenden demokratischen Ordnung und der Ratifizierung des Staatsvertrags aufzuzeigen. Die zentralen Ergebnisse werden im Folgenden vorgestellt.

In der *Aula* wurde auffallend oft die Neugestaltung des Landes erwähnt. Hier brachte man nicht nur den rein nationalen oder völkischen Gedanken ein, sondern nannte auch die Notwendigkeit eines Parlaments oder Mitgliedschaften in supranationalen Organisationen, besonders im Hinblick auf die Verbesserung der Wirtschaftslage in Österreich. Die österreichischen Staatsorgane wurden mehrmals bekrittelt, die Rolle des Staates sah man zu dominierend und das Parteibuch als Schlüssel zur Mitsprachsprache.³

Der Staatsvertrag wurde kaum in den Artikeln behandelt, meistens im Bezug auf Einschränkungen durch die Alliierten. Einzelne Artikel des Vertrages wurden kritisiert, besonders im Bezug auf Einbürgerungen deutscher Staatsangehöriger in Österreich. Ebenso wurde befürchtet, dass der Staatsvertrag die Macht über Österreich in die Hände der Alliierten spielen könnte. Auch nach der Unterzeichnung des Vertrages war man in der *Aula* nicht zufrieden und beanstandete, dass eine wirkliche Souveränität aufgrund der vielen Beschränkungen durch den Staatsvertrag nicht möglich wäre.⁴

Die „unfaire“ Verfolgung von ehemaligen NationalsozialistInnen wurde sehr subtil in den Artikeln erwähnt, man kritisierte besonders Strafgesetze in Verbindung mit dem Staatsvertrag, eine äußere Freiheit Österreichs wäre demnach keine wahre Freiheit wenn noch Ausnahmegesetze

³ Giselher, W. (3/1953). Die Zukunft der Parlamente. In: *Aula*, S. 13 f.

⁴ Berka, G. (9/1955). Staatsvertrag und Staatsgedanke in

Österreich. In: *Aula*, S. 1 ff.

⁵ Pfeifer, H. (12/1955). Der Stand der Befriedungsbestrebungen. In: *Aula*, S. 3 ff.

verankert wären, die gegen die Grundrechte der Verfassung verstoßen. Hier wurde besonders die Degradierung ehemaliger NationalsozialistInnen angeführt, die aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit als minderwertig betrachtet würden.⁵ Auf die konkreten Entnazifizierungsmaßnahmen nahm man keinen Bezug.

Auffällig ist in der *Aula* besonders, dass die AutorInnen der Artikel durchaus auch mit ganzem Namen versehen wurden. Dies verbindet sich auch mit dem Umstand, dass man sich grundsätzlich wenig kriegsverherrlichender Ausschweifungen und vielmehr verworrener Wort- und Satzkonstruktionen bediente und damit eine objektive Behandlung der Themen mimte.

Auch wurden einzelne Artikel gedruckt die oberflächlich Themen behandelten wie das Bauwesen oder die Wasserkraft, sich jedoch gewisse ideologische Haltungen erkennen ließen, unter dem Deckmantel eines „harmlosen“ Themas.⁶

Das Weiterforcieren der großdeutschen Idee wurde in der *Aula* kontinuierlich erwähnt⁷, jedoch war ein höherer weltpolitischer Bezug in den Artikeln zu erkennen, nicht nur die Verbreitung der völkischen Idee.

Der Eckartbote

Der *Eckartbote* war das Organ des Österreichischen Schutzvereines nach dem Deutschen Schulverein „Österreichische Landsmannschaft“ und wurde im Mai 1953 gegründet. Vorgänger des *Eckartboten* war die Zeitschrift *Der getreue Eckart*, eine „völkische Hauspostille“ (Schreier, 1996, S. 4), die ihre Wurzeln in den Druckerzeugnissen des „Deutschen Schulvereins Wien“, einem 1888 gegründeten Verein um deutsche Sprachgrenzen zwischen Osten und Süden der Habsburgermonarchie zu wahren hatte (Ritter von Motawa, 1905).

Die „Österreichische Landsmannschaft“ wurde im gleichen Jahr als Nachfolger des „Deutschen Schulvereins“ von Ernst Schlögl, Hermann Reisinger und Rosa Ebenhöf gegründet (Reiter, 1984, S. 3). Ernst Schlögl war in den 1930er und 1940er-Jahren Journalist und Leiter der nationalsozialistischen „Rundpost“, auch ÖLM-Gründer

Hermann Reisinger war schon früh in einschlägigen Kreisen umtriebig (Fackelmann, 2005, S. 152).

In den frühen fünfziger Jahren war der *Eckartbote* besonders für niederösterreichische SchriftstellerInnen ein Sprachrohr, Hermann Reisinger formulierte bei der Schaffung der Landsmannschaft und dem *Eckartboten* den Sinn deren Konzeption. So sollte der „Landeskulturbund“ als Plattform für geistig Schaffende des Landes Niederösterreich gesehen werden (Fackelmann, 2005, S. 153). Nach und nach wurde der *Eckartbote* zu einer wichtigen publizistischen Heimat für niederösterreichische AutorInnen und DichterInnen wie Friedrich Sacher, Imma von Bodmershof, Walter Zettl oder auch Josef Weinheber. Die Gründung der ÖLM und des *Eckartboten* kann als Folge der großteils wiedergewonnenen Freiheiten von Personen gesehen werden, die nach Kriegsende wegen aktiver Teilnahme an nationalsozialistischen Verbrechen juristisch geahndet wurden. Durch den Schutzverein und den *Eckartboten* konnten diese Gruppierungen sich untereinander wieder vernetzen und ihre Ideologien kundtun (Fackelmann, 2005, S. 152).

Die ÖLM ist nach wie vor Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Zeitschrift, die mittlerweile unter dem Namen *Der Eckart* erscheint (Fischer & Dietzel, 1992, S. 219f).

Die Untersuchung des *Eckartboten* zeigt auf, dass der Fokus der Zeitschrift hauptsächlich auf dem natürlichen Wachstum der deutschen Volksgemeinschaft lag, besonders die großdeutsche Idee wurde hervorgehoben. Man sah sich nicht als Teil des Staates, der für die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit zuständig ist, sondern als eine Instanz, die dem mächtigen Staat Einhalt gebieten muss in seiner angeblichen Willkür.

Der Staatsvertrag wurde nur in wenigen Artikeln und spät im Untersuchungszeitraum (April 1955) behandelt, hier bekrittelt man vor allem, dass national denkenden Menschen nationalsozialistische Einstellungen angehängt würden.⁸

Die Neutralität war ein wichtiger Punkt im *Eckartboten*, man war gänzlich gegen eine Neutralisierung Österreichs und hob vor allem den krie-

⁶ Grengg, H. (11/1954). Gelände, Wasser und Bauwerk. In: *Aula*, S. 4f.

⁷ Berka, G. (11/1952). Sind Österreicher Deutsche? In: *Aula*, S. 3f.

⁸ H. R. (5/1955). Wach bleiben in der Pflicht! In: *Eckartbo-*

te, S. 1.

⁹ N.N. (6/1955). Vor und nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages. In: *Eckartbote*, S. 2f.

¹⁰ H. R. (9/1954). Um der Gemeinschaft willen. In: *Eckartbote*, S. 1.

gerischen Gedanke des deutschen Volkes in den Vordergrund, sowie eine positive Haltung zum Krieg als Durchsetzungsmöglichkeit der großdeutschen Idee.⁹

Deutlich wünschte man sich mehr Mitbestimmung in der politischen Agenda und lehnte die „politische Umerziehung“ der politischen Elite ab. Die unfaire Behandlung der „Ehemaligen“ wurde oft in den Artikeln des *Eckartboten* behandelt, man stemmte sich vehement gegen eine propagierte „Kollektivschuld“, die man von den Alliierten zugeschoben bekam.¹⁰

Als Gesetze über die Rückgabe konfiszierter Vermögen und der Zuerkennung von Pensionen ehemaliger Nationalsozialisten dem Alliierten Rat vorgelegt und von ihm abgelehnt wurden, empörte man sich im *Eckartboten* über diese Vorgehensweise und kritisierte die Entschädigung der jüdischen NS-Opfer, zugleich bezeichnete man die Juden als reiches Volk, das keine finanziellen Entschädigungen bräuchte.¹¹

Grundsätzlich konnte man in der Analyse des *Eckartboten* erkennen, dass Wörter wie „nationalsozialistisch“, „Nazi“ und „deutschnational“ sehr offen verwendet wurden, meist in zynischer Art und Weise. Damit wollte man offensichtlich die Verwendung der Wörter durch die politischen Gegner bekritteln.

Verglichen zur *Aula* wurden im *Eckartboten* die Namen der AutorInnen abgekürzt, zudem wurden einzelne Glossen oder kleine Wortmeldungen ohne Namensvermerk gedruckt. Prinzipiell macht die Zeitschrift den Eindruck, nur als Sprachrohr für Mitglieder der „Österreichischen Landsmannschaft“ zu fungieren, es wurden wenig Informationen zu Ereignissen veröffentlicht, vielmehr wurde der völkische Gedanke immer wieder eingebaut.

Die landsmannschaftliche Idee und die Schutzarbeit der „Österreichischen Landsmannschaft“ spielte im *Eckartboten* eine bedeutende Rolle, man sah sich als eine Plattform der deutschen Gemeinschaft, mit vielen Ungerechtigkeiten konfrontiert sowie der Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen um die „großdeutsche Sendung“ wahrnehmen zu können.¹² Der völkische Aspekt der Gemeinschaft fand durchaus Behandlung in den Artikeln, insbesondere durch volkstümliche Gedichte und Berichte aus dem ländlichen Be-

reich. Auch wurde offen die Wiederbelebung des „Deutschen Reiches“ erwähnt.

Conclusio

In der Nachkriegszeit verwurzelten sich neonazistische Tendenzen in vielen gesellschaftlichen Bereichen, in der Politik und auch in der Presse. Das ideologische Fundament der nationalsozialistischen Kreise war ungebrochen, man sah den Misserfolg des NS-Regimes nur als gescheiterten Versuch, das „Deutsche Reich“ wieder zusammenzuführen. Österreichs „Unschuld“, getragen von den alliierten Besatzungsmächten und der politischen Elite in Österreich, hatte einen immensen Einfluss auf die Wahrnehmung der AutorInnen des *Eckartboten* und der *Aula*. Wieso sollte man für etwas büßen, obwohl man selbst das Opfer war? Besonders wird die Diskrepanz bei der Auffassung des Nationalsozialismus und der Auffassung der „großdeutschen Idee“ deutlich, der Nationalsozialismus als Krieg wird als etwas Negatives gesehen bzw. als eine schlechte Durchführung einer „guten Idee“.¹³

Im *Eckartboten* wurde der Wunsch nach einem großdeutschen Volk mit antisemitischen Kommentaren versehen, was eine Kontinuität nationalsozialistischer Gesinnungen klar verdeutlicht. Die AutorInnen der *Aula*, viele im korporierten Bereich und durchaus auch in höheren Positionen als UniversitätsprofessorInnen wie Josef Nadler und Hermann Grengg, Dekan und später Rektor der Technischen Universität Graz, oder PolitikerInnen wie Helfried Pfeifer, einem Ordinarius für Verwaltungsrecht an der Universität Wien und später Nationalratsabgeordneten tätig, waren offenkundige NationalsozialistInnen, die trotz Entnazifizierungsmaßnahmen weiterhin ihrer ideologischen Gesinnung nachgehen konnten und im politischen und gesellschaftlichen System integriert wurden. Die Verbindung der *Aula* zum korporierten StudentInnenwesen und den Burschenschaften zeigt eine sublimere Formulierung in den Artikeln auf, man verzichtet auf Direktheit und verpackte auch den Wunsch nach einer deutschen Gemeinschaft mit subtileren Hinweisen. Man war sich hier durchaus bewusst, wie man sich zu artikulieren hatte, um in der politischen Landschaft Österreichs ideologisch mitmischen

¹¹ N.N. (9/1954). No und Njet! In: *Eckartbote*, S. 6.

¹² Berka, G. (9/1955). Staatsvertrag und Staatsgedanke in Österreich. In: *Aula*, S. 1ff.

¹³ Berka, G. (11/1954). Recht und Pflicht nationaler Gesinnung. In: *Aula*, S. 9f.

zu können und eventuellen gesetzlichen Strafen zu entgehen.

Die Zeitschriften wurden als Plattform genutzt, um sich untereinander zu vernetzen und um die deutsche Volksgemeinschaft wieder zu stärken. Man sah den Traum einer deutschen, natürlich gewachsenen und blutreinen Gemeinschaft, die auf deutschem Boden endlich ihre Heimat finden solle, noch nicht mit dem Ende des Krieges erloschen. Im späteren Verlauf, als sich der Abschluss

des Staatsvertrages immer mehr abzeichnete, waren auch die Strafmaßnahmen der Alliierten gegenüber den deutschtümelnden NeonazistInnen einer Gleichgültigkeit gewichen, die gelockerten und anschließend beendeten Entnazifizierungsmaßnahmen sowie der Machthunger der österreichischen Parteien und das Verschleiern neonazistischer Tendenzen auf außenpolitischer Ebene waren Voraussetzungen dafür, dass sich rechtsextreme Kreise in Österreich bilden und weiter aktiv sein konnten.

Bibliografie:

- Bailer, B. (1993a). *Wiedergutmachung kein Thema*. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Wien.
- Bailer, B. & Neugebauer, W. (1993b). Abriß der Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*. Wien, S. 97-101.
- Benz, W. (Hg.) (2013). *Handbuch des Antisemitismus*. Judenfeindschaft in Gegenwart und Geschichte. Berlin.
- Fackelmann, C. (2005). *Die Sprachkunst Josef Weinhebers und ihre Leser*. Annäherung an die Werkgestalt in wirkungsgeschichtlicher Perspektive. Wien.
- Fischer, B & Dietzel, T. (1992). *Deutsche Literarische Zeitschriften 1945-1970*. Ein Repertorium. München.
- Forster, D. (2001). „Wiedergutmachung“ in der BRD und in Österreich im Vergleich. Innsbruck.
- Gatterer, C. (1960). Kein Volk, kein Reich und viele Führer. Die österreichischen Neonazi und ihre Auslandsverbindungen. In: *FORVM*, 7 (2).
- Hausjell, F. (1991). Die mangelnde Bewältigung des Vergangenen. Zur Entnazifizierung und zum Umgang von Journalistinnen und Journalisten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945. In: Fabris, H. & Hausjell, F. (Hg.). *Die Vierte Macht*. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. Wien, S. 29-50.
- Höller, H. (2011). *Die Schriftleiter der Steiermark*. Hamburg. Abgerufen von <http://www.zeit.de/2011/48/A-Stocker>, Zugriff am 23.7.2015.
- Jontes, G. & Schilhan, G. (2007). *Vom Anschluss bis zum Staatsvertrag*. Die Steiermark 1938-1955. Graz.
- Karner, S. (2005). *Die Steiermark im 20. Jahrhundert*. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz.
- Knight, R. (2000). „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wien.
- Montalcino, J. (1996). Neonazistische Gründerjahre. In: *Zoom*, 4-5.
- N.N. (1960). *Österreichischer Hochschulführer*. Graz.

- Pollak, A. (2001). Zwischen Erinnerung und Tabu – Die diskursive Konstruktion des Mythos von der „sauberen Wehrmacht“ in den österreichischen Medien nach 1945. In: *Folia Linguistica*, 35 (1-2), S. 131-157.
- Rathkolb, O. (1986). NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Meissl, S. & Mulley, K. & Rathkolb, O. (Hg.), *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne*. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955. Wien, S. 28-36.
- Rathkolb, O. (1989). Viktor Reimanns Publizistik zwischen 1945 und 1955. In: *medien & zeit*, 4 (1), S. 35-39.
- Reimann, V. (1980). *Die Dritte Kraft in Österreich*. Wien.
- Reiter, A. (1984). *Der „Eckartbote“ 1952 – 1982: Modell einer computerunterstützten Zeitschriftenanalyse als Beitrag zur Kritik völkisch-nationaler Ideologie*. Diss. Salzburg.
- Ritter von Motawa, A. (1905). *Der Deutsche Schulverein 1880-1905*. Eine Gedenkschrift. Wien.
- Schreier, E. (1996). „Ein wahrer und großer Hausgenosse in der Zeit der großen deutschen Not“. Zur Ideologie der österreichischen Familien- und Kunstzeitschrift Der getreue Eckart. Dipl. Wien.
- Schärf, A. (1960). *Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945*. Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Wien.
- Stiefel, D. (1986). Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null? Bemerkungen zur besonderen Problematik der Entnazifizierung in Österreich. In: Meissl, S. & Mulley, K. & Rathkolb, O. (Hg.), *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne*. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955. Wien, S. 28-36.
- Stiefel, D. (2001). *Die österreichischen Lebensversicherungen und die NS-Zeit*. Wirtschaftliche Entwicklung, Politischer Einfluß, Jüdische Polizzen. Wien.
- Verosta, S. (1947). *Die internationale Stellung Österreich*. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 und 1947. Wien.
- Weidinger, B. (2015). „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945. Wien.

Christina STEINKELLNER,

Mag., geboren 1988, absolvierte 2015 das Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien. In ihrer Masterarbeit *„Die Demokratie die sie meinen.“ Deutschnationale Ideologien im postnazistischen Österreich anhand einer Untersuchung einschlägiger Zeitschriften von 1952/53 bis 1955* beschäftigte sie sich mit neonazistischen Druckwerken der frühen fünfziger Jahre, mit besonderem Fokus auf Ideologien ehemaliger NationalsozialistInnen angesichts einer neu entstehenden demokratischen politischen Ordnung. Ihr Forschungsinteresse liegt im Bereich rechtsextremer und neonazistischer Druckwerke der Zweiten Republik, speziell die Gazette *Die Aula*. In ihrer Bakkalaureatsarbeit *Die „Aula“. Publikation des dritten Lagers mit tragender Rolle als Vermittler rechtsextremen Gedankenguts* knüpfte sie an Reinhold Gärtners Untersuchung in *Die ordentlichen Rechten. Die „Aula“, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus* an und analysierte personelle Vernetzungen der „Neuen Rechten“ sowie das Verhältnis der zur Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Beide Arbeiten liegen im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) auf.

Rezensionen

GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL: *Hauptwerke*. Herausgegeben von der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften. Hamburg: Felix Meiner Verlag 2015, ges. 3.432 Seiten

GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL: *Briefe von und an Hegel*. Herausgegeben von Johannes Hoffmeister und Friedrich Nicolin. Hamburg: Felix Meiner Verlag 2015, ges. 2.204 Seiten.

Sollen wir Klassiker lesen? Eine rhetorische Frage: Ja, wir sollen und müssen. Unabhängig von den regalfüllenden Kompendien zum sogenannten Kanon ist die Lektüre des eigentlichen Werks der Startpunkt lohnender Entdeckungen. Die verlegerische Großtat des Felix Meiner Verlags macht mit vorbildlich edierten Sonderausgaben der philosophischen Hauptwerke und Briefe Georg Wilhelm Friedrich Hegels (1770-1831) nun einen solchen Klassiker des europäischen Denkens umfassend zugänglich, der sonst oftmals ausschließlich über Sekundärvermittlungen rezipiert wird. Doch nicht nur seine unterschiedlichsten Aus- und Nachwirkungen, hin bis zur Philosophie unserer Tage lädt zum Studium seiner Schriften ein – Hegels Werk ist eigentlich Einladung genug. Die Zugänglichkeit zu seinem als totalen (und eben nicht: totalitären) System ausgearbeiteten Denkgebäude des prozessual angelegten, absoluten Idealismus ist aber nicht nur eine Frage der Verfügbarkeit, sondern auch des Erschließens eines Stils, der durchaus seine dunklen, unscharfen und fordernden Stellen hat. Schon Tennemanns *Grundriss der Geschichte der Philosophie für den akademischen Unterricht* aus 1825 – Hegel ist zu diesem Zeitpunkt mit einer wirkmächtigen Professur in Berlin auf dem Höhepunkt seiner Karriere angelangt – stellt in Bezug auf ihn fest:

„In der Anwendung der fortschreitenden Methode zeigt sich großer Scharfsinn, aber die Darstellung hat eine Trockenheit und Härte, welche das Verständnis ungemein erschwert“ (Tennemann, 1825, S. 513).

Ausgehend von einem positiv zu wendenden Moment der Zeitgenossenschaft bietet es sich an, diesen als schwer zugänglich apostrophierten Denker

über die Begriffe der *Gegenwart* und des *Jetzt* lesend zu erschließen. Die Leitlinie dafür ist schon in Hegels Werken, in seinen Schriften, Briefen und Vorlesungen, so angelegt. Neben einem Verständnis von Geschichte, das für ihn am Jetzt ausgerichtet ist und mit der Gegenwart abgeglichen werden soll, führt er mit seinen Arbeiten ja ein historisches Element in die Philosophie ein; damit ist nicht die Geschichtsschreibung der Philosophie gemeint – hier müssen wir Aristoteles und Diogenes Laertius den entsprechenden Vorzug lassen – denn vielmehr das Herausarbeiten der einzigartigen Perspektive der Philosophie auf die Geschichte an sich. Die Geschichte wird über das Werk hinweg als Gegenstand der Philosophie etabliert, das Prinzip von Geschichtlichkeit wird erstmals als Zusammenwirken von Fakt und zeitlicher Kontextualisierung formuliert und damit auch verhandelbar. Dass Hegel, ganz im Sinne seines idealistischen Programms, Geschichte in das progressionslineare Konstrukt einer prozesshaften Entwicklung von Vernunft, Geist und Freiheit stellt, mag (oder auch: muss) angesichts der historiografischen Wende in der Geschichtsphilosophie des 20. Jahrhunderts freilich überholt anmuten. Die Philosophie als erzieherischen Schlüssel zur Freiheit eines Bei-sich-seins anzusetzen – und sich damit sowohl von Kant als auch von Schiller kritisch abzusetzen – hat Hegel in seiner Wirkungsgeschichte nicht nur positive Resonanz eingebracht.

Angesichts der auch politisch lesbaren Rezeption Hegels – die, wie seine Schüler, alle Extreme umfasst – ist es streckenweise sicherlich angeraten, dem Prinzip der Kontinuität innerhalb seines Systems nicht nur vorbehaltlos zu vertrauen. Von beeindruckender Stringenz und strategischer Schärfe ist es aber fraglos nicht zuletzt im Aufbau geprägt; ein Umstand, den auch die Ausgabe der *Hauptwerke* spürbar macht: Band 1 umfasst die *Jenaer kritischen Schriften* und gibt einen Eindruck von Hegels Auseinandersetzung seiner eigenen, kritikwürdigen Gegenwart im Verhältnis zur republikanischen Antikenvorstellung. Neben seinen Beiträgen zum *Kritischen Journal für Philosophie* findet sich mit der sogenannten *Differenzschrift*, der Auseinandersetzung mit Fichte und seinem Weggefährten Schelling, Hegels erste umfangreichere philosophische Arbeit. Schon in diesen Arbeiten wird der Wunsch nach Systematisierung des eigenen

Denkens spürbar – die bahnbrechende *Phänomenologie des Geistes* (Band 2), die überblicksartig angelegte *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse* (Band 6) und die *Wissenschaft der Logik* (Bände 3 und 4) sind deutlicher Ausdruck davon: Emanzipiert sich Hegel mit der *Phänomenologie* von Schelling – die Vorbemerkung zum Haupttext führt zum Bruch zwischen den beiden Studienfreunden – bietet die *Wissenschaft der Logik* die umfassende Grundlegung von Hegels System; freilich nicht, ohne erneut eine deutliche Absetzbewegung zu Kant und dessen Ding-an-sich zu vollziehen.

Band 5 bietet mit den *Grundlinien der Philosophie des Rechts* eine der umstrittensten Arbeiten Hegels an. In der Ausformulierung eines auf Ausgleich zwischen individuellen Pflichten und übergeordneter Struktur zielenden Staatsentwurfs scheint er sich aber weniger an der Beschreibung preußischer Staatsrealität, denn vielmehr an der Gestaltung eines angestrebten Vernunftstaats abzuarbeiten. Hegels Rechtsphilosophie ist vielgestaltig, enthält es doch einerseits das Bekenntnis zum Rechtsstaat, die Forderung nach dem Schutz der Regierten oder Kritik einer maßlosen, asymmetrischen Bürgergesellschaft, andererseits aber auch den Ruf nach dem Staat als notwendiges Regulativ, deutlich konservative Einschlüsse oder einen fragwürdig großzügig gefassten Pflichtbegriff. Aufbauend auf Eric Weils Studie *Hegel and the State* (Weil, 1998) würde ich hier, durchaus im Zusammenwirken mit Hegels *Phänomenologie*, ein von metaphysischen Haken durchzogenes ethisches Projekt sehen wollen, in der man nicht zuletzt über das sich entfaltende Werk zu sich selbst kommt. Die zu leistende Arbeit zur Erschließung von Hegels Schriften und Briefen steht im Kontext der von ihm angesetzten Vorarbeiten des Subjekts um Philosophie sozusagen als Programm für alle (somit: für jeden einzelnen) wirksam werden zu lassen. Von der Askese der antiken Quellen, die ja durchaus ihre deutlichen Spuren in Hegels Denksystem hinterlassen haben, über die schlichte Evidenz des Descartes'schen Subjekts mit seinem „ego sum, ego existo“ (Descartes, 1959, S. 44) gelangt man zur Fleißforderung Hegels, um sich Philosophie als Weg der Bildung und der Freiheit des Geistes denkend zu erarbeiten. Die Lektüre ist gewiss fordernd, doch auch überaus lohnend. Es muss ja nicht immer Žižek sein (Žižek, 2014).

Bibliographie

- Descartes, R. (1959). *Meditationes de prima philosophia*. Meditationen über die Grundlagen der Philosophie. Auf Grund der Ausgaben von Artur Buchenau neu herausgegeben von Lüder Gabe. Hamburg.
- Tennemann, W.G. (1825). *Grundriss der Geschichte der Philosophie für den akademischen Unterricht*. Vierte vermehrte und verbesserte Auflage oder zweite Bearbeitung von Amadeus Wendt. Leipzig.
- Weil, E. (1998). *Hegel and the State*. Baltimore.
- Žižek, S. (2014). *Weniger als nichts*. Hegel und der Schatten des dialektischen Materialismus. Berlin.

Thomas Ballhausen, Wien

ANTON HOLZER: *Rasende Reporter. Eine Kulturgeschichte des Fotojournalismus*. Wien: Primus Verlag 2015, 496 Seiten.

Anton Holzer legt mit seiner fast 500 Seiten umfassenden multiperspektivischen Kulturgeschichte des österreichischen Fotojournalismus von den 1890er Jahren bis zum zweiten Weltkrieg ein opus magnum vor. Zwar wird im Buchtitel die nationale Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes unterschlagen, was insofern verzeihlich ist, als diese vorbildliche Studie durchaus als pars pro toto einer allgemeinen Kulturgeschichte des Fotojournalismus zu verstehen ist und hoffentlich im Hinblick auf Methodenvielfalt und untersuchten Bildkorpus wissenschaftliche Nachahmer findet. Explizit wendet sich der Autor gegen die kunsthistorische Praxis des aktuellen Kunstbetriebes, der die Fotografen in Monografien und Ausstellungskatalogen zu journalistischen Heroen, zu herausragenden Einzelkämpfern des Fotojournalismus hochstilisiert. Demgegenüber ist es das Anliegen dieser Publikation, die Wechselwirkungen zwischen Medien, Politik und Gesellschaft anhand der publizierten Fotografien in der illustrierten Presse zu beschreiben. Dabei zeigt sich, dass die Fotoreporter lange Zeit anonyme Bildlieferanten für einen komplexen Medienbetrieb waren.

Führt man sich den Untersuchungszeitraum von 50 Jahren und den Boom der Illustrierten in den 1920er Jahren vor Augen, so wird klar, dass der

Autor einen enormen Bildkorpus zu bewältigen hatte: allein für das *Interessante Blatt* galt es 130.000 Zeitungsseiten durchzublättern, weiters wurden Magazine und Revuen (u.a. *Moderne Welt*, *Bühne*, *Wiener Magazin*), politische Illustrierte (u.a. der *Kuckuck*), frivole Revuen (u.a. *Mocca*, *Jedermann*), Radiorevuen, die illustrierte Regierungspresse nach 1934 (u.a. *Profil*, *Bunte Woche*, *die Pause*) und Publikationen der NS-Ära (u.a. *Ostmarkwoche*, *Kunst dem Volk*) untersucht. Zwar liegt das Schwergewicht der Studie auf veröffentlichter Fotografie, ergänzend dazu wurden aber Kontextrecherchen in Presse- und Fotoarchiven (u.a. Österreichische Nationalbibliothek, Ullstein Archiv, Fotomuseum in Kecskemét, Nationalbibliothek in Prag) durchgeführt.

Methodisch fragwürdig bleibt in diesem Zusammenhang lediglich das Fehlen jeglicher quantitativer Erhebung bzw. Auswertung des durchgesehenen Bildmaterials. Aus diesem Grund bleiben Aussagen zur Häufigkeit von beispielsweise Trude Fleischmanns publizierten Fotos in der illustrierten Presse zwangsläufig etwas vage und nicht verifizierbar. Zwar ist die Erfassung aller Bilddaten aus den Illustrierten in einer Datenbank zwecks Vergleichbarkeit und statistischer Auswertung für einen Forscher alleine schlichtweg nicht leistbar, der komplette Verzicht auf einen empirischen Teil aber öffnet genau der vom Autor abgelehnten kunsthistorischen Attitüde eine Hintertür: die LeserIn muss sich gänzlich den kennerschaftlichen Urteilen Holzers und dessen Bildauswahl anvertrauen.

Was Anton Holzer aber aus dem von ihm recherchierten Bildmaterial herausliest und wie er die unterschiedlichen Untersuchungsperspektiven zu einer komplexen Medien- und Kulturgeschichte des österreichischen Fotojournalismus zusammenfügt, ist spannend und überzeugend. Die 31 Kapitel des Buches sind in chronologischer Reihenfolge mit jeweils unterschiedlichen, aber wiederkehrenden Fragestellungen angeordnet, sodaß sich klare Entwicklungslinien herauskristallisieren. So wird beispielsweise die Entwicklung des politischen Bildes in mehreren Kapiteln angefangen bei der Propaganda im 1. Weltkrieg über die Arbeiterfotografie, politische Zeitschriften, Heimatfotografie bis zur Gleichschaltung der Bilder nach dem Anschluß und der NS-Medienpolitik nachgezeichnet. Besonders gelungen und vor allem im Bereich der historischen Pressefotografieforschung bisher total

unterbelichtet sind Holzers wirtschaftshistorische Ausführungen. Er beschreibt die finanziellen Verflechtungen der Verlagshäuser, die wirtschaftlichen Hintergründe der Redaktionen und den in dieser Ära rapide anwachsenden Handel mit Bildern von Seiten sich neu etablierender kleiner und großer Fotoagenturen. Hier finden sich erstmals gebündelt Informationen zu den drei führenden Wiener Fotoagenturen der Zwischenkriegszeit: Austrophot-Willinger, Wiener-Photo-Kurier-Schostal und Polyphot. Zudem ermöglicht die Einbeziehung wirtschaftlicher Aspekte die Korrektur fotohistorischer Annahmen, beispielsweise die in der Fachliteratur weit verbreitete Überzeugung von der Erfindung der modernen Fotoreportage in den 1920er Jahren. Holzer hingegen zeigt auf, dass sich die moderne Fotoreportage trotz technischer Machbarkeit nicht vor dem 1. Weltkrieg durchsetzte, weil erst später, in den 1920er Jahren, der wirtschaftliche Konkurrenzdruck stark genug war, um von Seiten der Verlage und Druckereien in Innovationen zu investieren. Das Auftreten der modernen Fotoreportage in den 1920er Jahren, das oft als Zäsur gedeutet wird, ist laut Holzer in Wirklichkeit das Ereignis einer nachholenden Modernisierung. Darin besteht eine wesentliche Stärke dieser Publikation: immer wieder wird deutlich, wie eng in der Pressefotografiegeschichte wirtschaftliche, medienhistorische und ästhetische Entwicklungen ineinandergreifen. Dementsprechend berücksichtigt Holzer auch bei seinen formalen und medienspezifischen Untersuchungen, etwa wenn es um den Medienumbruch von Zeichnung zur Fotografie auf der Zeitungsseite geht oder bei der Analyse von Layout und narrativen Strukturen der Fotoreportage stets interdisziplinäre Fragestellungen.

Punktuell sind zwischen die inhaltlich und chronologisch zusammenhängenden Teile Kapitel mit thematischen Schwerpunkten (z.B. die ersten Wiener Flugschauen, der Kaiser im Blick der Fotografen) oder mit dem Fokus auf ein bestimmtes fotografisches Genre (z.B. Sportfotografie, Modelfotografie, Tanzstudien) platziert. Auch die künstlerischen Aufbrüche um 1930 kommen zur Sprache. Der Autor unterscheidet zwischen ausgesprochenen Vertretern des Neuen Sehens und solchen einer gemäßigten Moderne. Als neues Forschungsergebnis weist er auf die engen Wechselwirkungen zwischen der österreichischen Heimatfotografie der 1930er Jahre und der vergleichbaren Richtung des „Magyarós

Stilus“ (ungarischer Stil) im Nachbarland hin. Auch genderspezifische Fragestellungen klingen an, etwa im Kapitel zum Bild der Neuen Frau oder bei den Ausführungen zum Wandel des Berufsbildes seit dem 1. Weltkrieg, als zunehmend Frauen, viele davon jüdisch, als (Presse) fotografInnen arbeiteten. Insgesamt ist im Buch von mehr als 350 FotografInnen die Rede, ihre Biografien werden in unterschiedlichen Kapiteln teils ausführlich teils nur am Rande behandelt und ihre Arbeiten werden in unterschiedlichen Kontexten vorortet. Keinem der Fotografen ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Der prominenteste Platz wird dem Sportfotografen Lothar Rübelt eingeräumt, tatsächlich ein Star der Zwischen- und Nachkriegszeit, und auch, wie schon lange bekannt, ein Parteigänger und eifriger Dienstnehmer der Nationalsozialisten. Man hätte sich ein eigenes Kapitel gewünscht, in dem eine Art Kollektivbiografie einer FotografInnengeneration und der Wandel des Berufsbildes des österreichischen Pressefotografen/in gebündelt und konzise herausgearbeitet wird. So bleiben die Hinweise auf die Verfolgung jüdischer FotografInnen, auf Exil, auf Arbeitsverbot oder Mitläufertum relativ disparat. Auch die spannende Geschichte personeller Kontinuitäten und Brüche innerhalb dieser politisch durch starke Umbrüche gekennzeichneten Ära wird eher exemplarisch (beispielweise der Fall Siegfried Weyr, der als Herausgeber des kämpferisch sozialistischen *Kuckuck* im Jahre 1934 bruchlos zur regierungstreuen *Bunten Woche* des Ständestaates wächselte) als systematisch abgehandelt.

Abschließend bleibt noch anzumerken, dass Holzners Studie nicht nur wissenschaftlich überzeugt, sie ist zudem richtig gut geschrieben und kann neben dem Fachpublikum auch einem breiteren Leserkreis empfohlen werden. Der Autor versteht es, seine Kapitel so zu bauen, dass er von einem sprechenden Detail oder einem denkwürdigen Ereignis ausgehend auf das Gesamtbild schließt. So wählt er einmal eine Mordgeschichte in der Sensationspresse um 1900 als Ausgangspunkt, um auf die Bedeutung der Schulerstraße, der damaligen Wiener Zeitungsstraße, einzugehen. Besonders gut gelungen ist der Einstieg in das Kapitel „Hitler in Österreich 1938“, bei dem er den Werbeslogan einer Odol-Reklame mit den politischen Konsequenzen des Anschlusses an das deutsche Reich kontrastiert. Es bietet sich an, das Buch als Anthologie zu nutzen und darin immer wieder zu unterschiedlichen Themen der wech-

selhaften Geschichte der österreichischen Pressefotografie der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachzuschlagen. Dazu leistet das ausführliche Register am Ende der Publikation eine unverzichtbare Hilfestellung. Nicht zuletzt laden auch die 400 schwarzweiß und Farbbildungen in exzellenter Druckqualität zum Durchblättern und zu genauem Betrachten ein.

Margarethe Szeless, Wien

JAN-HINRIK SCHMIDT: *Social Media*. Wiesbaden: Springer VS (= Medienwissen kompakt) 2013, 102 Seiten.

Gemessen an anderen Forschungstraditionen im kommunikationswissenschaftlichen Fach ist die Auseinandersetzung mit Social Media recht neu, was nicht verwundert, haben sich Web 2.0, Social Web bzw. Soziale Medien erst Mitte der 2000er-Jahre begonnen auszugestalten. Seither haben KommunikationsforscherInnen nicht nur zahlreiche, sondern auch inhaltlich vielfältige Fragestellungen im Bereich der Social Media-Forschung bearbeitet, sodass sowohl die Dichte als auch Komplexität dieses Themenbereichs als hoch eingestuft werden können.

Hält man nun Schmidts gerade einmal 108 Seiten umfassendes Buch mit dem Titel „Social Media“ in der Hand, stellt sich also unweigerlich die Frage, wie es gelingen kann, ein so weitreichendes Themengebiet auf so wenig Platz zu bearbeiten. Um es gleich vorweg zu nehmen: Es gelingt dem Autor, indem er Fragestellungen im Forschungsbereich in aller Kürze streift bzw. in einfachen Worten beschreibt, ohne dabei detailliert in entsprechende Theoriediskurse bzw. Forschungsstände auszuschweifen. Bereits sein Klappentext verrät mit der Auflistung seiner Zielgruppen, dass das Buch gar kein solches ausführliches akademisches Handbuch sein will; vielmehr soll wohl EntscheiderInnen im Bereich Politik und Medien, JournalistInnen, PädagogInnen und Eltern, SchülerInnen der Oberstufe bzw. AbiturientInnen (MaturantInnen) und StudienanfängerInnen ein Einstieg bzw. ein Überblick über die Materie aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive ermöglicht und erleichtert werden.

Inhalt und Struktur des Buches sind demgemäß so zusammengestellt, dass die einzelnen Kapitel

wesentliche Themenaspekte der kommunikationswissenschaftlichen Social Media-Forschung abdecken. Konkret werden nach einer definitorischen Auseinandersetzung und einer Erläuterung zur Entwicklung und Verbreitung Sozialer Medien sowie zur Struktur des Buches (Kapitel 1: Einstieg: Was sind soziale Medien?, Kapitel 2: Aufbau des Bandes) zunächst „Selbstdarstellung und Privatsphäre in sozialen Medien“ (Kapitel 3) aufgegriffen. In Kapitel 4 „Medienöffentlichkeit und Journalismus“ werden Zusammenhänge zwischen Journalismus und Sozialen Medien bei der Entstehung von Medienöffentlichkeit erörtert. Daran anschließend behandelt Kapitel 5 („Teilhabe an Wissenswelten“) die Vergrößerung der Informationsfülle durch Soziale Medien einerseits und deren Potenzial, diese scheinbar unüberblickbare Informationsfülle etwa durch dahinterliegende Algorithmen zu ordnen, andererseits. Gemäß des Kapiteltitels wird auch auf das Ordnen von Informationen durch ein aktives Mitwirken von Social Media-NutzerInnen an Wissenssammlungen wie Wikipedia eingegangen, woran sich allerdings nur ein kleiner Teil der NutzerInnen beteilige. Um Teilhabe geht es auch im anschließenden Kapitel 6 „Das Partizipationsparadox“, wenn darauf hingewiesen wird, dass Soziale Medien wohl eine Infrastruktur bieten, an gesellschaftlichen und politischen Debatten teilzunehmen, dass dieselben Sozialen Medien aber auch kommerzielle Plattformen sind, die entsprechende Interessen vertreten und kaum Mitbestimmung zulassen. Im abschließenden Kapitel 7 („Fazit und offene Fragen“) werden Soziale Medien unter anderem in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt, wenn diese als geeignete Technologien für die gegenwärtige Gesellschaftsform der vernetzten Individualität thematisiert werden. Das Buch schließt nach einem kurzen Quellenverzeichnis mit einem Glossar, in dem Begriffe wie Cloud, Hashtag, Shitstorm, Tweet und Wiki kurz erläutert werden.

Die eben beschriebene Kapiteleinteilung folgt insofern einer inhaltlichen Konsistenz, dass Schmidt jeweils auf die zur Verfügung gestellten Wissensbestände des vorangegangenen Kapitels aufbaut: Wenn der Autor in Kapitel 1 erst einmal die Rolle Sozialer Medien in gesellschaftlichen Debatten oder Umbrüchen anhand viel zitierter Beispiele wie dem so genannten „Arabischen Frühling“ (Anm.: Schmidt verwendet den Begriff in seinen Ausführungen nicht) oder der Sexismus-Debatte unter dem Twitter-Hashtag #auf-

schrei veranschaulicht, den Begriff Social Media bzw. Soziale Medien definiert und ob des begrifflich implizierten „sozial“ einer kritischen Würdigung unterzieht und Daten zur Entwicklung und Verbreitung Sozialer Medien vorstellt, scheint er bei den potenziellen LeserInnen des Buches von wenig bis keinem Vorwissen zum Themengebiet auszugehen. Erst danach behandelt der Autor die in der Kommunikationswissenschaft vielfach bearbeiteten Aspekte der Selbstdarstellung und Privatsphäre in Sozialen Medien, die er mit dem Konstrukt Öffentlichkeit in Verbindung setzt: Anhand des von ihm eingeführten Begriffs der „persönlichen Öffentlichkeit“, welcher sich wie ein roter Faden durch das Buch zieht, verdeutlicht Schmidt das Entstehen eines neuen Typus von Öffentlichkeit, der durch das Teilen von Meinungen, Interessen und Erlebnissen etwa auf Netzwerkplattformen wie Facebook ermöglicht wird und sich etwa hinsichtlich der Auswahlkriterien über Gepostetes oder Gebloggtes sowie des Kommunikationsmodus (Publizieren versus Konversation) von journalistisch-publizistischen Öffentlichkeiten der Massenmedien unterscheidet. Wie „persönliche Öffentlichkeiten“ und massenmedial konstituierte Öffentlichkeiten zusammenwirken bzw. interagieren und wie sich die Medienöffentlichkeit dadurch wandelt, wird in der Folge behandelt. Diskutiert werden in diesem Zusammenhang etwa auch virale Effekte und das Phänomen Shitstorm oder die Fragestellung, inwieweit Social Media-NutzerInnen auch JournalistInnen sind. Im Kontext mit Letzterem betont Schmidt, dass Soziale Medien nicht jede/n ob der Filterung von Informationen in der eigenen „persönlichen Öffentlichkeit“ zum/r JournalistIn machen; journalistische Leistungen und Funktionen massenmedialer Öffentlichkeit reichen darüber weit hinaus. Der Aspekt der „Teilhabe an Wissenswelten“ (Kapitel 5) bemüht neben dem Journalismus ebenfalls das Konstrukt der „persönlichen Öffentlichkeit“, diesmal als Beispiel dafür, wie das Internet bzw. Soziale Medien Orientierung in der großen zur Verfügung stehenden Fülle an Informationen bieten können, um schließlich auf Algorithmen sowie Wissenssammlungen (Wikis) als Informationssortierungs- bzw. orientierungshilfen zu thematisieren. Auch im darauffolgenden Kapitel 6 „Das Partizipationsparadox“ geht es um Teilhabe, die Schmidt in drei unterschiedliche Formen einteilt: Teilhabe in Sozialen Medien (sprich: der Austausch in Sozialen Medien selbst), Teilhabe mithilfe Sozialer Medien (sprich: zur Einflussnahme auf Entscheidungen

außerhalb Sozialer Medien, etwa im Rahmen von Petitionen oder Demonstrationsaufrufen) und Teilhabe an den Sozialen Medien selbst (sprich: Netzpolitik). Schmidt erörtert in Bezug auf diese Formen der Teilhabe, dass die Teilnahme in den Sozialen Medien selbst nicht notwendigerweise zur Teilhabe mithilfe Sozialer Medien führt. Weiters führt er aus, dass die Teilhabe an Sozialen Medien im Sinne des Gestaltens von Regeln und Strukturen des sozialen Miteinanders von den meist kommerziellen Social Media-Diensten nicht vorgesehen sei. Hier spannt der Autor den Bogen zu den großen Datenmengen, über die Social Media-Betreiber verfügen und die letztlich etwa personalisierte Werbung möglich machen und stellt somit die Frage nach der Förderung von Partizipation und Teilhabe oder doch eher von Kontrolle und Überwachung durch Soziale Medien in den Fokus.

Wurde zu Beginn dieser Rezension darauf hingewiesen, dass das hier vorgestellte Buch nicht in detaillierte Theoriediskurse ausschweift, so soll das nicht heißen, dass ein Hinweis auf relevante theoretische Ansätze komplett ausbleibt: Selbstdarstellung in „persönlichen Öffentlichkeiten“ setzt der Autor in Beziehung mit dem vom Soziologen Erving Goffman in den 1950er-Jahren geprägten Begriff bzw. Ansatz des „Impression Management“ sowie mit Identitätsarbeit in und durch Soziale(n) Medien. Den Aspekt der Privatsphäre bzw. die Möglichkeit der Aufrechterhaltung eines konventionellen Verständnisses des Begriffs als Kontrolle über das Publikum diskutiert Schmidt anhand der von ihm näher beschriebenen vier Merkmale digitaler vernetzter Medien (Persistenz, Kopierbarkeit, Skalierbarkeit und Durchsuchbarkeit von Informationen) und

der „post privacy“-Haltung, die bisherige Vorstellungen von Privatsphäre und Datenschutz als zu überdenken sieht. Im Kapitel „Medienöffentlichkeit und Journalismus“ bezieht sich Schmidt dann auf Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“, wenn er Massenmedien als Folge des gesellschaftlichen Wandels thematisiert.

Insgesamt bietet Schmidts Buch „Social Media“ einen anschaulichen Überblick über eine durchaus komplexe und vielfältige Thematik und wird somit den eingangs erwähnten Zielgruppen bestimmt gerecht. Was die Gewichtung einzelner Themenaspekte der kommunikationswissenschaftlichen Social Media-Forschung betrifft, so ist zu sagen, dass etwa durchaus relevante Forschungsstränge im Zusammenhang mit Werbung oder „Big Data“ im Buch zwar Erwähnung finden, aber schwächer ausgeprägt sind als beispielsweise das Zusammenspiel von Sozialen Medien und Journalismus. Im Falle einer kompakten Darstellung eines Forschungsbereiches wie im vorliegenden Buch sind solche Gewichtungsentscheidungen aber nachvollziehbar, zumal Journalismusforschung in der Kommunikationswissenschaft traditionell stark verankert ist. Anerkennend ist auf jeden Fall die verständliche Sprache und Struktur zu erwähnen, in der das Buch verfasst ist, was angesichts der Komplexität und Vielfältigkeit der kommunikationswissenschaftlichen Social Media-Forschung zweifelsohne viel Durchblick im Themenbereich erfordert und den eingangs erwähnten definierten Zielgruppen des Buchs, vor allem aber SchülerInnen und StudienanfängerInnen, bestimmt entgegen kommt.

Irmgard Wetzstein, Wien

Empfehlung

HV HERBERT VON HALEM VERLAG

VON DER
STERN-SCHNUPPE
ZUM FIX-STERN
Zwei deutsche Illustrierte
und ihre gemeinsame Geschichte
vor und nach 1945.
Tim Tolsdorf

TIM TOLSDORFF

**Von der Stern-Schnuppe zum Fix-Stern.
Zwei deutsche Illustrierte und ihre gemeinsame
Geschichte vor und nach 1945**

Öffentlichkeit und Geschichte, 7

2014, ca. 540 S., Broschur, 213 x 142 mm, dt.

EUR(D) 34,00 / EUR(A) 34,80 / sFr. 56,70

ISBN 978-3-86962-097-8

Die Erfindung der Illustrierten *Stern* durch Henri Nannen im Sommer 1948 ist einer der bestimmenden Gründungsmythen in der bundesrepublikanischen Pressegeschichte. Der Medienhistoriker Tim Tolsdorf dekonstruiert diesen Mythos und legt offen, dass Nannen zu großen Teilen das Konzept einer Illustrierten übernahm, die bis Ende 1939 in Berlin als erfolgreiches Produkt der NS-Propaganda erschien. Der Autor recherchierte in zahlreichen Archiven, wertete Zeitschriften aus und erschloss bislang unbekannte Nachlässe. Auf dieser Grundlage beleuchtet er den Einfluss erfahrener NS-Propagandisten bei Nannens Blatt und weist nach, dass der Relaunch Ergebnis eines nach wirtschaftlichen, pressepolitischen und markenrechtlichen Kriterien gesteuerten Ausleseprozesses war.

Außerdem in der Reihe Öffentlichkeit und Geschichte erschienen:

GEDÄCHTNIS-
VERLUST?
Geschichtvermittlung und
ästhetik in der Mediengesellschaft
Linda Erker / Klaus Kienberger
Ernst Kogel, Fritz Haeppel (Hrsg.)

L. ERKER / K. KIENESBERGER /
E. VOGL / F. HAUSJELL (Hrsg.)
Gedächtnis-Verlust?
Geschichtvermittlung und -di-
daktik in der Mediengesellschaft
Öffentlichkeit und Geschichte, 6
2013, 260 S., 9 Abb.,
EUR(D) 28,50 / EUR(A) 29,20 /
sFr. 47,60
ISBN 978-3-86962-066-4

DAS
SELBSTGESPRÄCH
DER ZEIT
Die Geschichte des Journalismus
in Deutschland 1920-1914
Thomas Birkner

THOMAS BIRKNER
Das Selbstgespräch der Zeit.
Die Geschichte des
Journalismus in Deutschland
1605 - 1914
Öffentlichkeit und Geschichte, 4
2012, 430 S., 61 Abb., 5 Tab.,
EUR(D) 30,00 / EUR(A) 30,70 /
sFr. 50,40
ISBN 978-3-86962-045-9

JOURNALISTISCHE
PERSÖNLICHKEIT
Fall und Aufstieg eines
Phänomens
Wolfgang Duchkowitz
Fritz Haeppel, Hans Pötker,
Bernd Semrad (Hrsg.)

W. DUCHKOWITSCH / F. HAUSJELL /
H. PÖTKER / B. SEMRAD (HRSG.)
Journalistische Persönlichkeit.
Fall und Aufstieg eines
Phänomens
Öffentlichkeit und Geschichte, 3
2009, 488 S., 2 Tab.,
EUR(D) 29,50 / EUR(A) 30,20 /
sFr. 49,60
ISBN 978-3-938258-82-8

THEODOR FONTANE
ALS JOURNALIST
Selbstverständnis und Werk
Dorothee Krings

DOROTHEE KRINGS
Theodor Fontane als Journalist.
Selbstverständnis und Werk
Öffentlichkeit und Geschichte, 2
2008, 400 S.,
EUR(D) 29,50 / EUR(A) 30,20 /
sFr. 49,60
ISBN 978-3-938258-52-1

<http://www.halem-verlag.de>

info@halem-verlag.de

Bei Unzustellbarkeit
bitte zurück an:

medien & zeit

Währinger Straße 29
A-1090 Wien

Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1180 Wien,
2. Aufgabepostamt 1010 Wien